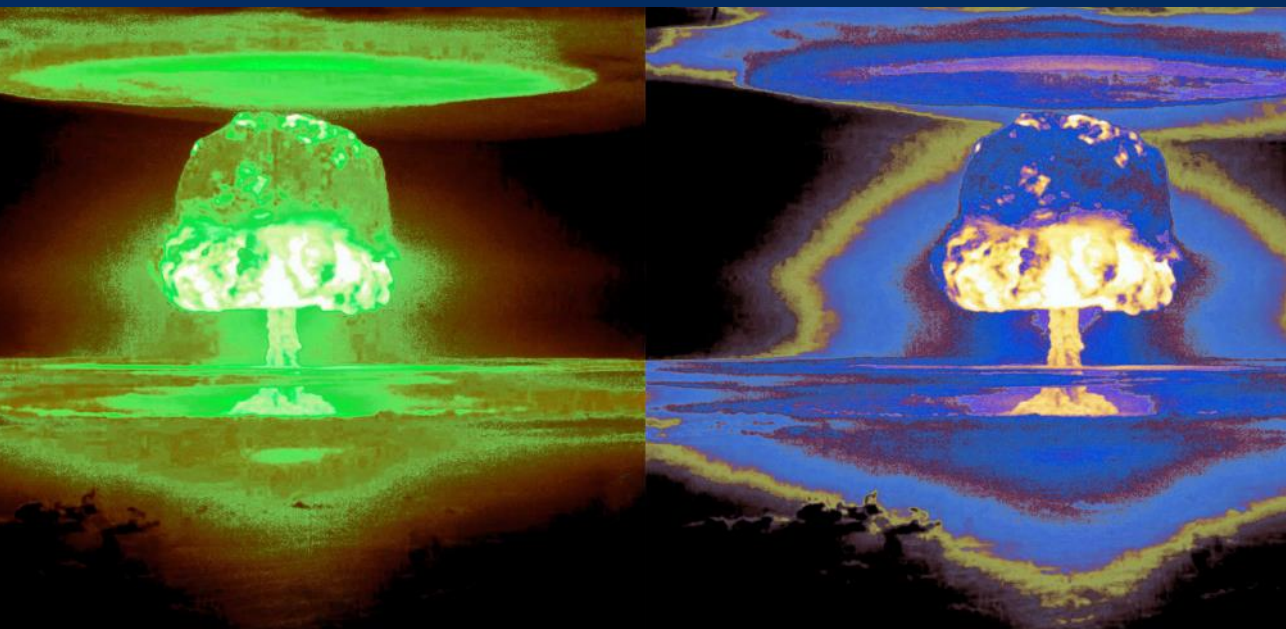
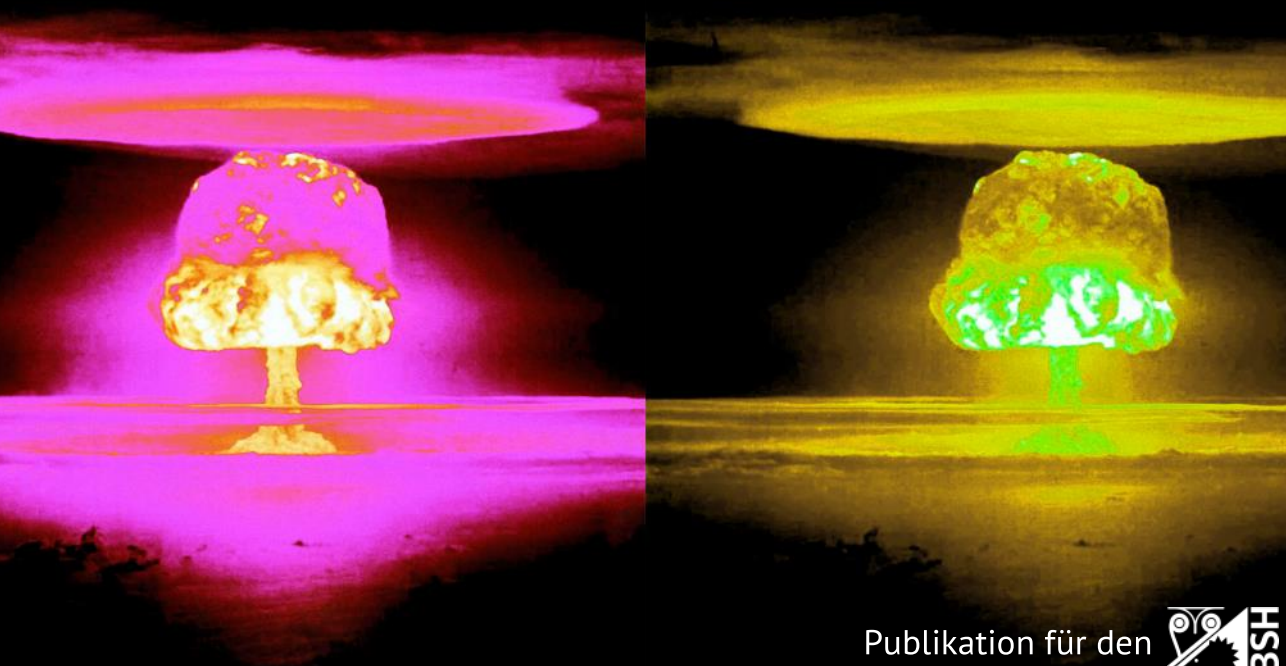




Strahlende Zukunft



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

noch vor wenigen Jahren sah es ganz so aus, als ob die vollständige und weltweite Ächtung von Atomwaffen tatsächlich gelingen könnte. Kurz nach seiner Wahl zum US-Präsidenten hatte Barack Obama im April 2009 in Prag das Ziel des »Global Zero« erneut mit Wucht auf die Agenda gesetzt. Hierzulande beschloss der Bundestag unter einer gelb-schwarzen Bundesregierung mit großer Mehrheit, sich für das Ende der taktischen Nuklearwaffen in Deutschland stark zu machen.

Davon ist heute nichts mehr zu spüren. Ganz im Gegenteil: Nuklearwaffen erleben eine ungeahnte Renaissance. Genau der richtige Zeitpunkt, um der Debatte ein wenig Futter zu geben. Beispielsweise durch ein prominent besetztes Pro & Contra zur Nuklearen Teilhabe, einigen Grundlagen zur Funktionsweise von Atomwaffen und deren Gefahrenpotenzial oder ein paar Gedanken unserer Redakteure dazu, wie Atomwaffen die Theoriedebatte der Politikwissenschaften beeinflusst haben. Ein Plädoyer für den Iran-Atomdeal, ein Blick nach Nordkorea und China sowie eine Analyse der aktuellen russischen Atomdoktrin runden den Schwerpunkt ab.

Apropos informierte Debatte: Unser Partner, der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH), legt sich genau dafür immer wieder mächtig ins Zeug. Beispielsweise im Rahmen der Sicherheitspolitischen Aufbauakademien, in denen Studierende aller Fachrichtungen sich jedes Jahr aufs Neue zusammen mit Wissenschaftlern, Politikern sowie Vertretern von Behörden und Ministerien oder Fachkräften aus der Wirtschaft für mehrere Tage tief in ein sicherheitspolitisches Thema einarbeiten. Im zweiten Teil des Heftes bieten wir daher diesmal einen Blick auf die Aufbauakademie 2017 zum Thema Vereinte Nationen.

Das ADLAS-Team wünscht eine anregende Lektüre!

»Die Bombe wird niemals hochgehen, und ich sage das als Bombenexperte.«

Einschätzung von Admiral William D. Leahy gegenüber US-Präsident Harry S. Truman zu Beginn des Jahres 1945



US-Präsident Harry S. Truman und Admiral William D. Leahy

Tiefelfoto: Bearbeitung von Jan Fuhrmann

Foto: President Truman with Admiral Fish at Isherwood Hall 1946 von United States Navy / wikipedia / Public Domain

INHALT

► STRAHLENDE ZUKUNFT

- 6 NUKLEARE TEILHABE: **Deutschland und die Bombe**
Deutschland ist keine Atommacht. Eigentlich. Oder doch? Wie so oft in der internationalen Politik ist es kompliziert.
Einleitung
- 10 PRO NUKLEARE TEILHABE: **Atomwaffen bleiben Realität**
Waffen sind nicht die Ursachen von Spannungen. Staaten bewaffnen sich nuklear, weil sie glauben, damit ihren Sicherheitsinteressen zu dienen.
von Karl-Heinz Kamp
- 16 CONTRA NUKLEARE TEILHABE: **Ein Relikt der Vergangenheit**
2017 sind Atomwaffen in den Fokus der Weltöffentlichkeit zurückgekehrt. Dennoch scheint Deutschlands Teilhabe an der NATO nicht mehr zeitgemäß – wenn sie das überhaupt je war.
von Leo Hoffmann-Axthelm
- 23 NUKLEARWAFFEN: **Vom winzigen Atom zur mächtigen Bombe**
Wie funktionieren Kernwaffen und was für Auswirkungen können sie haben?
von Lina-Marieke Hilgert und Mathias Krämer
- 31 NUKLEARDOKTRIN: **Eskalieren um zu de-eskalieren?**
Atomwaffen spielen weiterhin eine bedeutende Rolle in Russlands Sicherheitspolitik – Erstschlagdoktrin eingeschlossen.
von Dirk Schuchardt
- 38 NUKLEAR-WELTADLAS: **»Satan« gegen Deutschland**
- 40 NUKLEARWAFFEN: **»Ett hätt noch immer jot jejange«**
Die strategischen Auswirkungen, die Unfälle und der ungewollte Einsatz von Atomwaffen mit sich bringen können, verlangen einen besonders sensiblen Umgang mit ihnen.
von Oliver Teige
- 46 NUKLEARE STABILITÄT: **Abschreckender Optimismus**
Kenneth Waltz' nuklearer Optimismus erweist sich als Lehrstück von Grenzen und Grenzübergängen zwischen Forschung und Praxis.
von Sebastian Nieke
- 56 NUKLEARES ZEITALTER: **Mit Morgenthau und Bombe zum Weltstaat**
Wie die Furcht vor Nuklearwaffen einst sogar »Realisten« dazu brachte, sich für die Idee vom Weltstaat zu öffnen.
von Moritz Rudolph

INHALT

- 62 **NUKLEAR-DEAL: Plädoyer für ein schweres Abkommen**
Die Übereinkunft mit dem Iran polarisiert bis heute die politische Weltbühne.
Lohnt es sich weiterhin für den Deal zu kämpfen?
von Stefan Lukas
- 69 **NUKLEARPROGRAMM: Sanktionsmacht und Systemagrarant**
Warum China nicht mehr tut, um den nuklearen Ambitionen des
nordkoreanischen Regimes Einhalt zu gebieten.
von Markus B. Liegl

► DEUTSCHLANDS UN-ENGAGEMENT

- 76 **BSH-AUFBAUAKADEMIEN: Einer von 193**
Die Aufbauakademien des BSH tauchen tief in ausgewählte Themen der
Sicherheitspolitik ein.
von Anne-Kathrin Herlitze
- 78 **STRATEGIEDEBATTE I: Das »Level of Ambition« definieren**
Interview mit Winfried Nachtwei über Prioritäten, Fähigkeiten, nachhaltige
Sicherheit, Krisenprävention und Weißbuch.
von Jan Fuhrmann & Anne-Kathrin Herlitze
- 83 **AUSLANDSEINSÄTZE: Vom Strohfeuer zum Dauerbrenner?**
Ein Schwächeln des deutschen Engagements schadet der Bewerbung um
einen Sitz im UN-Sicherheitsrat.
Kommentar von Lena Strauß
- 89 **EIN PLATZ IM SICHERHEITSRAT: Dabeisein ist alles**
Der deutsche Weg des beständigen Anspruchs zum nicht-ständigen Sitz im
Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.
von Samir Felich
- 95 **STRATEGIEDEBATTE II: Tabubruch oder Neuausrichtung?**
Das strategische Verständnis des ehemaligen Außenministers Sigmar Gabriel
wirft Fragen auf.
Kommentar von Sven Morgen

3	EDITORIAL
4	INHALT
102	IMPRESSUM

Foto: Atomwaffen Alarm in Köln von atomwaffenfrei, jetzt / flickr / Public Domain



Deutschlands nukleare Teilhabe war nach Ende des Kalten Krieges lange nicht auf der öffentlichen Agenda. Doch das hat sich 2017 geändert. Hier im Bild: Aktion eines Petitionsbündnisses gegen Atomwaffen in Köln im August 2017.

DEUTSCHLAND UND DIE BOMBE

Verfügt Deutschland über Atomwaffen? Nein, eigentlich nicht. Oder doch und nur nicht allein? Und sind Kernwaffen eigentlich teilbar? Die Antwort darauf ist nicht einfach – wie Vieles in der internationalen Politik. Der ADLAS hat zwei Fachleute zur Diskussion über die Nukleare Teilhabe der Bundesrepublik eingeladen.

Deutschland verfügt über keine eigenen Nuklearwaffen, ist aber ähnlich wie Belgien, die Niederlande, Italien oder die Türkei ein Partnerstaat der »Nuklearen Teilhabe«. Dabei handelt es sich um eine Regelung im Rahmen der Nato, die auf zwei Säulen ruht. Die erste ist technischer Natur und sieht vor, dass die »nuklear teilhabenden« Staaten sich im Falle eines Atomangriffs gegen die Allianz nach Freigabe durch die US-Streitkräfte mit Kernwaffen aus deren Besitz an einem nuklearen Gegenschlag beteiligen könnten.

Im Fall Deutschlands würde das heute durch Kampfflugzeuge vom Typ Tornado geschehen, die in der Lage sind, US-Atombomben zu tragen. Diese Waffen würden auch nach einer grundsätzlichen Freigabe zum Einsatz aus Washington fast bis zuletzt in US-Hand verbleiben und erst kurz vor dem Abheben der Tornados an der Rollbahn durch speziell geschultes Personal entsperrt werden.

Dieses »Zweischlüsselsystem« stellt sicher, dass die Bundeswehr die Bomben nicht im Alleingang einsetzen könnte. Trotz dieser Regelung verweisen Kritiker darauf, dass mit der Nuklearen Teilhabe gegen Artikel Eins und Zwei des Atomwaffensperrvertrages verstoßen würde, welche die Weitergabe von Atomwaffen an Nichtnuklearstaaten, beziehungsweise deren Versuche »Verfügungsgewalt« darüber zu bekommen, auch dann verbieten, wenn es dies »mittelbar« – sprich: über Bande – erfolgt.

Zu dieser technischen Dimension der Teilhabe gesellt sich die strategische: Jene Nichtnuklearstaaten, die Partner der Nuklearen Teilhabe sind, dürfen mit am Tisch sitzen, wenn in der Nato über die gemeinsame Nuklearstrategie entschieden wird, und sich an den strategischen Entscheidungen beteiligen. Dass nur wirklich mitreden kann, wer auch mitmacht, ist wieder-

um ein gewichtiges Argument der Befürworter Nuklearer Teilhabe.

Dass Nuklearwaffen, so ein geflügeltes Wort unter Experten, vor allem »politische Waffen« sind, bewahrheitet sich im Fall der nuklearen Teilhabe Deutschlands gleich in zweierlei Hinsicht: Einerseits sollen sie durch gegenseitige Abschreckung Staaten davon abhalten, gegeneinander Krieg zu führen, also nie eingesetzt werden. Andererseits sorgen sie aber auch regelmäßig für kontroverse Debatten und politisches Engagement. So profitierte gerade die Bundesrepublik jahrzehntelang von der Abschreckung durch US-Atomwaffen gegenüber der Sowjetunion, während sich zugleich die Friedensbewegung gerade an der Präsenz genau dieser Waffen entzündete.

Nach Ende des Kalten Krieges schienen beide Dimensionen lange Zeit an Bedeutung verloren zu haben. Denn obwohl Anhänger von Friedensorganisationen immer noch alljährlich in der Tradition der Ostermärsche zu einem Luftwaffenstützpunkt in der Eifel zogen, der in Forschung und Öffentlichkeit als Stationierungsort der betreffenden US-amerikanischen Atombomben gilt, mutete ihr Engagement gegenüber den Protestzügen und Sitzblockaden der Achtzigerjahre mit zehntausenden Demonstranten heute eher folkloristisch an. Und auch in Fernsehen, Feuilleton und Fachpresse war die Nukleare Teilhabe in den vergangenen Jahren kaum präsent, sieht man einmal von der recht kleinen Rüstungskontrollszene ab.

Zwar forderte der Deutsche Bundestag im März 2010 die Bundesregierung mit breiter Mehrheit von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen dazu auf, sich »mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen« – ein Vorhaben, dass die Schwarz-Gelbe Bundesregierung bereits 2009 in den

Koalitionsvertrag geschrieben hatte. Weiterverfolgt wurde das Unterfangen jedoch nicht – was allerdings auch keine sichtbare politische oder gesellschaftliche Resonanz mehr auslöste. Kurzum: Nukleare Abschreckung war in Politik und Öffentlichkeit der Bundesrepublik lange kein Thema.

Doch das hat sich innerhalb kurzer Zeit gründlich geändert. Seit sich die Beziehungen zwischen Russland und der Nato drastisch verschlechtert

darüber ferngeblieben. Die Nichtregierungsorganisation ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), welche den Vertrag international maßgeblich vorangetrieben hatte, erhielt dafür 2017 den Friedensnobelpreis.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung spricht sich unter den heutigen Bedingungen für die Nukleare Teilhabe aus: »Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im

Das nukleare Gleichgewicht zwischen Ost und West spielt wieder eine Rolle.

haben, spielt auch das nukleare Gleichgewicht zwischen Ost und West wieder eine zunehmende Rolle in der sicherheitspolitischen Debatte Europas. Insbesondere nachdem US-Präsident Trump nach seinem Amtsantritt durch Äußerungen über eine vermeintlich »obsolete Nato« Zweifel an der Glaubwürdigkeit des US-Nuklearbeistands für Europa entfachte, schaffte es die zunächst nur in Fachkreisen geführte Debatte darüber, ob europäische Staaten über eigene Fähigkeiten zur atomaren Abschreckung nachdenken müssten, 2017 sogar in Deutschland in den medialen Mainstream.

Während die Relevanz nuklearer Abschreckung in Europa wieder zunimmt, spielte sich auf globaler Ebene wiederum eine andere Entwicklung ab: 122 von 193 Mitgliedstaaten der UN stimmten für die Formulierung eines Atomwaffenverbotsvertrages, den mittlerweile 57 Staaten unterzeichnet haben. Die Nuklearmächte und viele Partnerstaaten der Nuklearen Teilhabe einschließlich Deutschlands waren hingegen bereits den Verhandlungen

Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen«, heißt es auf Seite 148 des Dokuments vom März 2018. Dem Souverän reicht diese Erklärung offenbar nicht aus, denn viele Deutsche sehen die Stationierung skeptisch. So sprachen sich laut TAZ in einer repräsentativen Umfrage von YouGov vom Mai 2017 über zwei Drittel der Befragten unabhängig parteipolitischer Präferenzen für einen Abzug der US-Nuklearwaffen aus.

Eine weitere Facette der Diskussion ist technischer Natur, denn das in den Achtzigerjahren eingeführte Tornado-Kampfflugzeug als derzeit einziges nukleares Trägersystem der Bundeswehr steht am Ende seiner Nutzungsdauer. Darüber hinaus werden die taktischen US-Nuklearwaffen derzeit modernisiert, und es ist unklar, ob der

Tornado so umgerüstet werden kann, dass er die neuen Versionen der US-Bomben tragen könnte.

In Fachkreisen hat deshalb die Debatte darüber, welcher Flugzeugtyp für die Luftwaffe künftig die Rolle der Nuklearen Teilhabe erfüllen soll, längst begonnen. Sicher ist, dass jede der potentiellen Optionen viel Geld kosten würde. Gerade angesichts des Streits

um Materialprobleme und Finanzmittel der Bundeswehr ist also mit einer Neuauflage der Diskussion über Kosten, Nutzen und politische Opportunität der Nuklearen Teilhabe zu rechnen. Es gibt also Diskussionsbedarf. Das ADLAS-Magazin möchte dafür einen Raum bieten und hat zwei namhafte Vertreter verschiedener Positionen gewonnen.

...

Foto: Dr. Karl Heinz Kamp / Privatfoto



Karl-Heinz Kamp

Dr. Karl-Heinz Kamp ist Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Zuvor war er unter anderem Forschungsdirektor am Nato Defense College in Rom. Kamp hat sich bereits in seiner Promotion Anfang der Neunzigerjahre mit nuklearer Abschreckung befasst und seitdem zahlreiche Beiträge dazu vorgelegt. Er ist der Überzeugung, dass Nuklearwaffen eine Realität in der internationalen Politik bleiben werden und dass Deutschland an der Nuklearen Teilhabe festhalten sollte.

Leo Hoffmann-Axthelm

Leo Hoffmann-Axthelm ist Gründungsmitglied und gehört dem Vorstand von ICAN Deutschland an. Nachdem er bei der EU-Kommission und als Abrüstungs-Attaché für die Pazifikinsel Nauru bei den Vereinten Nationen in New York tätig war, arbeitet er seit 2015 für Transparency International in Brüssel. Hier vertritt er ICAN gegenüber den EU-Institutionen. Axthelm ist überzeugt, dass Atomwaffen abgeschafft werden können und sollten sowie dass die Bundesrepublik die Nukleare Teilhabe verlassen sollte.



Foto: Sascha Hach, Leo Hoffmann-Axthelm, Anne Balzer, ICAN Deutschland von Ralf Schlesener / flickr / CC BY-NC-SA 2.0



Eingespieltes Verfahren: Ein deutscher Tornado erhält von einem US-Tankflugzeug im Flug Treibstoff. Auch die nukleare Teilhabe sieht vor, regelmäßig gemeinsame Verfahren zu üben, was aus Sicht ihrer Befürworter entscheidend zur Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung beiträgt.

ATOMWAFFEN BLEIBEN REALITÄT

VON KARL-HEINZ KAMP

Nukleare Abschreckung und die Präsenz amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden – oft als »nukleare Teilhabe« bezeichnet – werden von Einigen oft in Bausch und Bogen verdammt. Denn wie könne man für den Verbleib von Waffen sein, deren Einsatz katastrophale Folgen für die gesamte Menschheit hätte? Fordere nicht das eigene Überlebensinteresse den Verzicht auf Kernwaffen im Allgemeinen und ihre Präsenz vor der eigenen Haustür im Besonderen? So einfach ist es leider nicht.

Bei der Frage nach der künftigen Rolle von Atomwaffen in der internationalen Sicherheitspolitik zeigt sich ein wachsender Widerspruch. Einerseits scheinen Kernwaffen und die damit verbundene Idee der nuklearen Abschreckung schon seit Jahren an Unterstützung und Legitimation zu verlieren. 2009 präsentierte US-Präsident Barack Obama seinen Traum von der atomwaffenfreien Welt und wurde mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Im Sommer 2017 verkündeten die Vereinten Nationen ein vollständiges Kernwaffenverbot – das freilich keine Bindewirkung hat – und im Herbst des gleichen Jahres ging der Friedensnobelpreis an die internationale Anti-Atomwaffen-Initiative »ICAN«.

Auf der anderen Seite nimmt die Bedeutung von Kernwaffen in der internationalen Politik aber deutlich zu. Ein revisionistisches Russland sieht Nuklearwaffen nicht nur als eine notwendige Kompensation für fehlende konventionelle militärische Fähigkeiten, sondern bindet diese offen in Gefechtsübungen ein und nutzt sie als Drohpotential gegenüber der Nato.

Das Atlantische Bündnis verstärkt im Gegenzug sein nukleares Abschreckungspotential gegenüber Russland, etwa indem mehr nukleare Übungen durchgeführt oder die militärischen Reaktionszeiten verkürzt werden. Nordkorea hat sich allen Warnungen und Sanktionen zum Trotz ein eigenes Kernwaffenarsenal geschaffen und arbeitet zielstrebig an weitreichenden Trägersystemen. Für die Sicherheit seiner Nachbarn Südkorea oder Japan ist die von den USA bereitgestellte nukleare Abschreckung existenziell, und selbst China bringt mittlerweile versteckte Abschreckungsdrohungen gegen Nordkorea vor.

Nun ist der Wunsch nach einer Welt ohne Kernwaffen und wechselseitige Abschreckungsdrohungen legitim und

verständlich, denn so lange es Atomwaffen gibt, kann ihr Einsatz und die damit verbundenen gewaltigen Schäden nicht ausgeschlossen werden. Sicherheit vor den katastrophalen Folgen einer atomaren Detonation gäbe es nur in einer nuklearwaffenfreien Welt. Aber gäbe es dadurch eine allgemeine Verbesserung der globalen Sicherheit?

Der Traum von der völligen weltweiten nuklearen Abrüstung ignoriert zwei unbequeme Realitäten, an denen auch Nobelpreise nichts ändern können. Zunächst denken die meisten Atommächte nicht an völlige nukleare Abrüstung, weil sie ihre Kernwaffen nicht abgeben wollen. Waffen sind nicht die Ursachen von Spannungen sondern umgekehrt – Staaten bewaffnen sich nuklear oder konventionell, weil sie glauben, damit ihren Sicherheitsinteressen zu dienen, einer konkreten Bedrohung entgegenzutreten zu können oder einen machtpolitischen Status sowie innenpolitisches Prestige zu erlangen. Abrüstungsinitiativen werden von diesen Staaten daher mitunter sogar als Bedrohung angesehen. Über jede dieser Begründungen mag man streiten, für die betreffenden Länder sind sie aber absolut zwingend.

Zum zweiten wäre die Bedrohung durch atomare Zerstörung auch dann nicht gebannt, wenn es wirklich gelänge, alle Kernwaffen auf dem Globus zu verschrotten. Denn das Wissen um Kernspaltung und Kernfusion ist in der Welt, und die Kenntnisse zum Bau von Atomwaffen lassen sich nie mehr aus den Köpfen tilgen. Uran und Plutonium werden täglich produziert.

Sollte sich ein Staat in einer kernwaffenfreien Welt im Konfliktfall doch wieder für die nukleare Option entscheiden, um dadurch einen entscheidenden Vorteil zu erlangen, so würde es vermutlich nur Wochen dauern, bis dass er den ersten Sprengkopf produ-

ziert hätte. Wie aber wäre es um die internationale Stabilität bestellt, wenn jede ernste Krise in einen Wettlauf um den frühesten Besitz einer Atomwaffe münden würde?

Die harte nukleare Realität, in der einige Staaten über Kernwaffen verfügen und andere womöglich ebenfalls nach dem Nuklearstatus streben, wird also bleiben. Damit bleibt auch die Nato eine »nukleare« Allianz, also ein Bündnis, das aus Nuklearstaaten und nicht-nuklearen Mitgliedern besteht und am Konzept der nuklearen Abschreckung festhält, gerade weil es sich seit 2014 einer konkreten militärischen Bedrohung durch Russland gegenüber sieht. Abschreckung im Nato-Rahmen heißt aber, dass die nukleare Bündnisvormacht USA ein atomares Sicherheitsversprechen für die Mitglieder ohne eigene Kernwaffen gegeben hat. Werden diese angegriffen, so muss der Aggressor mit der nuklearen Vergeltung der USA rechnen.

Leitgedanke dieser sogenannten »erweiterten Abschreckung« ist der gleiche wie bei der »normalen« Ab-

erweiterte Abschreckung die Verbreitung von Kernwaffen, denn ohne das amerikanische Sicherheitsversprechen hätte womöglich der eine oder andere Verbündete seine eigenen Kernwaffen entwickelt. Südkorea und Japan sind dazu in der Lage.

Allerdings hat die erweiterte Abschreckung ein doppeltes Glaubwürdigkeitsproblem gegenüber den Verbündeten und gegenüber dem potentiellen Gegner. Glauben die Verbündeten, dass die Garantiemacht – im Falle der Nato die USA – im Extremfall wirklich zu ihrem Versprechen stehen wird? Schließlich müsste die Schutzmacht selbst wiederum mit der nuklearen Vergeltung des Angreifers rechnen, sofern dieser wie im Falle Russlands über ein eigenes gewaltiges Atomwaffenarsenal verfügt.

Im Kalten Krieg stellten sich die europäischen Verbündeten sogar die Frage, ob die beiden Supermächte USA und Sowjetunion angesichts ihrer nuklearstrategischen Parität einen Krieg nicht sogar stillschweigend auf (west-)europäisches Territorium

Die harte nukleare Realität, in der Einige über Kernwaffen verfügen und Andere danach streben, wird bleiben.

schreckung zwischen zwei Kernwaffenstaaten: Es gilt, das Kosten-Nutzen-Kalkül des Gegners zu ändern und einen militärischen Konflikt zu verhindern. Ein nuklearer Vergeltungsschlag würde einem Angreifer einen Schaden zufügen, der jeden möglichen Nutzen des Angriffs weit übersteigt – also verzichtet man besser auf eine militärische Aggression. Auch verhindert diese

beschränken würden, um ihr eigenes Heimatland zu verschonen. Die Nato-Europäer fassten das in der plakativen Frage zusammen: »Werden die USA wirklich Chicago riskieren um Hamburg oder Amsterdam zu retten?«

Das führt zum zweiten Problem: Glaubt der Angreifer, dass die Garantiemacht wirklich zu ihrem »Commitment« steht und im Extrem-

fall nuklear eskaliert? Denn glaubt er das nicht, dann wäre die erweiterte Abschreckung ein Papiertiger und würde ihr Ziel der Kriegsverhinderung letztlich verfehlen.

Dieses doppelte Dilemma existiert seit es die erweiterte Abschreckung gibt und kann prinzipiell nicht gelöst werden. Eine Antwort auf die Glaubwürdigkeitsfragen gäbe es erst, wenn der Kriegsfall eintreten würde, den es aber in jedem Fall zu verhindern gilt. Um mit dem Dilemma umzugehen hatte die Nato ihre erweiterte Abschreckung schon während des Ost-West-Konflikts mit drei Besonderheiten ausgestattet.

Erstens haben die USA seitdem in mehreren europäischen Nato-Staaten Kernwaffen stationiert, die im Extremfall mit europäischen Kampfflugzeugen

ins Ziel gebracht würden. Diese Trennung von Waffe (USA) und Trägerflugzeug (europäisches Stationierungsland) wird als Zweischlüssel-System bezeichnet und soll die Verbindung von Schutzmacht und Schutzbedürftigem symbolisieren. Auch zeigt es die europäische Bereitschaft zur nuklearen Risikoteilung, denn die Waffenlager sind mit Sicherheit bevorzugte Angriffsziele für die Atomwaffen eines Aggressors.

Zweitens gibt es in der Nato nukleare Konsultationen zwischen den USA und den europäischen Verbündeten, in denen über die nukleare Zielplanung gesprochen werden kann, um den Sicherheitsinteressen der Nicht-Nuklearstaaten Rechnung zu tragen. Drittens schließlich gibt es gemeinsame nukleare Übungen, mit denen die



Foto: Bild 183-49306-0003 von Zentralbild Hoff / Bundesarchiv / CC-BY-SA 3.0

Nuklearwaffen sind in Deutschland seit jeher umstritten. Die SPD etwa ging 1957 noch mit einer strikten Anti-Atomwaffenposition in den Bundestagswahlkampf, hielt später als Regierungspartei jedoch an der Nuklearen Teilhabe fest und wandte sich in den Achtzigerjahren wiederum gegen den von Bundeskanzler Helmut Schmidt vorbereiteten NATO-Doppelbeschluss.

Einsatzbereitschaft gegenüber einem potentiellen Gegner dokumentiert werden soll. Die Gesamtheit dieser drei Elemente bildet das Konzept der nuklearen Teilhabe in der Nato. Es geht also über die reine Stationierung von Kernwaffen hinaus und bildet den zugegeben unvollkommenen Versuch, mit den Dilemmas und Glaubwürdigkeitsproblemen der atomaren Abschreckung zurande zu kommen.

Nun kann man zu Recht fragen, ob hier nicht zu viel mit Annahmen und Glaubensfragen gearbeitet wird. Abschreckung müsste doch auch ohne US-Atombomben auf europäischem Boden machbar sein. Ist sie natürlich! Die USA haben auch gegenüber Japan oder Südkorea ein nukleares Schutzversprechen abgegeben, ohne dass die erweiterte Abschreckung dort mit einem der Elemente der Teilhabe

unterfüttert ist. Es gibt weder amerikanische Kernwaffen in Ostasien, noch Konsultationen oder Übungen. Das schien in der Vergangenheit auch kein großes Problem für die Verbündeten gewesen zu sein – die Glaubwürdigkeitsfrage wurde nur selten thematisiert. Durch die nordkoreanischen Atomambitionen hat sich das jedoch geändert. Ob die jüngst von Kim Jong-un in Singapur geäußerten Abrüstungsbekundungen sich bewahrheiten, bleibt abzuwarten. Sollte Nordkorea zu einem aggressiven Kurs zurückkehren, so gibt es bereits jetzt gewichtige Stimmen in Südkorea, die für die Beschaffung eigener Kernwaffen plädieren.

In Europa hat es einen ähnlichen Sinneswandel gegeben. Nach Ende des Kalten Krieges waren bis 2014 Begriffe wie »Teilhabe«, »Stationierung« oder

Foto: Presidential Address to the Federal Assembly von kremlin.ru / Public Domain



In seiner Ansprache zur Bundesversammlung am 1. März 2018 waren vom russischen Präsidenten folgende Ankündigungen zu vernehmen: »Wir haben begonnen, neue Arten von strategischen Waffen zu entwickeln, die keine ballistischen Flugbahnen verwenden, wenn sie sich auf ein Ziel zubewegen, und deshalb sind Raketenabwehrsysteme gegen sie nutzlos, absolut sinnlos.« Wie weit die russischen Entwickler bei diesem Projekt aktuell sind, ist bislang mit Fakten nur schwerlich zu belegen, aber allein schon die Rhetorik des Kremlchefs erschwert zur Zeit jeden Versuch für eine globale Abrüstung zu argumentieren.

»Konsultationen« nur in Expertenzirkeln bekannt. Doch in der veränderten Lage einer grundlegenden Konfrontation mit Russland stellt sich die Frage neu, wie nukleare Abschreckung in einem Bündnis glaubwürdig praktiziert werden kann.

angesichts des irrlichternden Donald Trump im Weißen Haus noch nicht endgültig abzusehen. Fakt ist allerdings, dass die amerikanischen nuklearen Kapazitäten für die Sicherheit der Nato und Europas unverzichtbar sind. Unausgegrenzte Pläne einer rein

Die amerikanischen nuklearen Kapazitäten sind für die Sicherheit der NATO und Europas unverzichtbar.

Und selbst wenn nukleare Teilhabe für Deutschland heute eine verminderte Bedeutung haben mag, weil die Bundesrepublik nicht mehr »Frontstaat« ist – anders als im Kalten Krieg, als Warschauer-Pakt-Divisionen an der innerdeutschen Grenze standen – so gilt das nicht für Polen oder das Baltikum. Für diese Länder kann ein militärischer Konflikt mit Russland zu einer existenziellen Bedrohung werden. Folglich schaut man gerade dort viel genauer auf die Frage der Glaubwürdigkeit westlicher Abschreckung.

Konzeptionell wäre es vermutlich sogar schlüssiger, amerikanische Atomwaffen weiter östlich in Europa zu stationieren, statt in den bisherigen Lagerstätten in Deutschland, Belgien oder den Niederlanden.

Allerdings hatte sich die Nato Ende der Neunzigerjahre in der Nato-Russland Grundakte verpflichtet, keine Atomwaffen in die neuen Mitgliedsländer in Osteuropa zu verlagern. An diese Vereinbarung hält sich die Nato weiterhin, obgleich die Partnerschaft mit Russland de facto nicht mehr existiert.

Diese Position kann sich allerdings ändern, je nachdem wie sich Moskau weiterhin gegenüber seinen Nachbarn verhält. Welche Position die USA in der Nuklearfrage künftig einnehmen ist

europäischen oder gar deutschen nuklearen Abschreckung sind völlig unsinnig und haben es deshalb bislang nur ins akademische Feuilleton geschafft.

Muss man nun angesichts der neuen Konfrontation mit Russland zu den Zeiten des Kalten Krieges zurück, als tausende von Atomwaffen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs bereitgehalten wurden? Keinesfalls! Der Wert von Kernwaffen als Machtwährung hat im Vergleich zum Kalten Krieg an Wert eingebüßt. In Zeiten islamistischer Gewalt, hybrider Bedrohungen oder Staatszerfall in ganzen Regionen sind militärische Mittel nur ein Element in einer ganzen Palette von Instrumenten zur Sicherheitsvorsorge. Auch innerhalb des militärischen Spektrums nimmt nukleare Abschreckung nur einen kleinen Teil ein. Allerdings ist dieser Teil angesichts der nuklearen Realitäten unverzichtbar. Daran ändert auch die Sehnsucht nach der atomwaffenfreien Welt nur wenig.

Dr. Karl-Heinz Kamp ist Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

...



Bis Anfang der Achtzigerjahre setzte die Bundesrepublik für die nukleare Teilhabe das Kampfflugzeug Starfighter ein, welches allerdings nur eine geringe Reichweite hatte. Der seitdem genutzte Tornado fliegt zwar weiter, käme im Ernstfall aber dennoch kaum über EU-Territorium hinaus - für Kritiker nur eines der Argumente gegen die nukleare Teilhabe.

EIN RELIKT DER VERGANGENHEIT

VON LEO HOFFMANN-AXTHELM

Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen Atomwaffen aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verschwunden. Mit der Blockkonfrontation sei auch die Gefahr des Atomkriegs gebannt, lautete die Annahme. Die Waffen aber sind noch da, und das nicht nur fernab auf Atom-U-Booten und Interkontinentalraketen. Denn etwa 200 amerikanische Bomben warten auch auf Luftwaffenstützpunkten in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei auf ihren potenziellen Einsatz. Diese sogenannte nukleare Teilhabe ist ein Relikt der Vergangenheit und gehört abgeschafft.

Solange die nuklear bewaffneten Staaten auf ihr Recht pochen, weiterhin Atomwaffen zu besitzen und aufgrund der Abschreckungsdoktrin mit ihrem Einsatz drohen, werden auch andere Staaten daraus ableiten, dass Atomwaffen einen Sicherheits- und Prestigegewinn bringen können. Und so kommen Atomwaffen primär im Kontext von Proliferationskrisen in die Schlagzeilen, ob durch Nordkoreas zahlreiche Tests seit 2006 oder die bislang erfolgreichen diplomatischen Versuche, Iran von der Entwicklung von Nuklearwaffen abzuhalten.

2017 erhielt das Bewusstsein um die Bedrohung durch Atomwaffen eine neue Qualität. US-Präsident Trump zog rote Linien, während Nordkorea neue Fähigkeiten und weiterentwickelte Interkontinentalraketen ankündigte. Diese Drohgebärden können jederzeit eskalieren. Dabei werden zwei Aspekte deutlich: Zum einen sind Atomwaffen eine Technologie aus den 1940er Jahren und stehen grundsätzlich allen industriell entwickelten Staaten offen – nur politische und rechtliche Hürden können die weitere Verbreitung eindämmen. Zum anderen können selbst reife Demokratien wie die USA unberechenbare Präsidenten hervorbringen. Wie der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon es einst formulierte: »Es gibt keine richtigen Hände für die falschen Waffen«.

Zudem drängt sich eine Entscheidung über Verbleib oder Abzug der in Deutschland und Europa stationierten Atomwaffen geradezu auf. Die freifallenden, von Flugzeugen des Typs Tornado abzuwerfenden B-61-Atomwaffen werden aktuell modernisiert, und sollen ab 2020 durch die neue B-61 Mod-12 ersetzt werden. Sie werden damit zu Lenkwaffen umgebaut, die keine stupide Gravitationsbombe mehr sind, sondern präzise in ihr Ziel gesteuert werden können. Da eine solche Waffe neue militärische Szenarien

eröffnet, würde sie unter US-Präsident Obamas Nuclear Posture Review (NPR) von 2010 als »neue« Waffe gelten, und somit wiederum US-Versprechungen brechen, keine »neuen« Atomwaffen zu entwickeln. Daher spricht Washington von einem »Lebenserweiterungsprogramm« (*life extension program*). Der im Februar 2018 unter der Trump-Administration veröffentlichte neue NPR räumt mit der Hoffnung auf einen Verzicht auf neue Waffen aber ohnehin auf.

Mit mindestens 10 Milliarden Dollar werden die neuen Bomben teurer als Repliken aus reinem Gold. All das geschieht für eine Waffe, die mit alternden Flugzeugen aus den 1980er-Jahren ins Ziel gesteuert werden soll. Die Flugstunden der deutschen Tornado-Jets werden mittlerweile auf einen Mindestumlauf reduziert – jede Flugstunde darüber hinaus würde die Flugzeuge näher an ihre Ausmusterung bringen. Sie müssten dann teuer mit einem neuen Flugzeugtyp ersetzt werden – denn der verfügbare Eurofighter der Bundeswehr käme wohl nicht in Frage, da die deutsche Luftwaffe der US-Regierung zum Einsatz von US-Atomwaffen sämtliche technischen Details des Flugzeugs offenlegen müsste.

Dazu kommen militärische Probleme: Es ist absolut unzeitgemäß, Atomwaffen per Flugzeug einzusetzen. Erstens sind Flugzeuge im Gegensatz zu Interkontinentalraketen und Marschflugkörpern einem weitaus größeren Risiko ausgesetzt, kurzerhand abgeschossen zu werden. Zweitens können Tornados mit ihrem Einsatzradius von unter 1.500 Kilometern kaum EU-Territorium verlassen und so nur uns selbst bombardieren – eine Luftbetankung auf dem Weg zu einem weiter entfernten Ziel scheidet in einem von gegnerischen Flugzeugen und Flugabwehrwaffen bedrohten Luftraum ebenfalls aus. Da die einzige Chance

Atomwaffensperrvertrag (*Auszug*)

Artikel I

Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

Artikel II

Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

Artikel IV

Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, schließen entweder einzeln oder gemeinsam mit anderen Staaten nach Maßgabe der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation Übereinkünfte mit dieser, um den Erfordernissen dieses Artikels nachzukommen. Verhandlungen über derartige Übereinkünfte werden binnen 180 Tagen nach dem ursprünglichen Inkrafttreten dieses Vertrags aufgenommen. Staaten, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach Ablauf der Frist von 180 Tagen hinterlegen, nehmen Verhandlungen über derartige Übereinkünfte spätestens am Tag der Hinterlegung auf. Diese Übereinkünfte treten spätestens achtzehn Monate nach dem Tag des Verhandlungsbegins in Kraft.

Atomwaffen, welche ganze Millionenstädte und Staatsgebiete bedrohen und somit das eigentliche Wesen der Abschreckung ausmachen, sollen sie von Flugzeugen abgeworfen »auf dem Schlachtfeld« zum Einsatz kommen. Waffen, die Mensch und Umwelt über Generationen schädigen, und größere Sprengkraft entfalten als jene in Hiroshima und Nagasaki, werden sich in ihrer Wirkung jedoch kaum auf einzelne feindliche Stellungen beschränken lassen. Zu guter Letzt erschließt sich nicht, warum die USA nicht ihre eigenen Interkontinentalraketen aus Silos im mittleren Westen oder von ihren alle Weltmeere befahrenden U-Booten verwenden sollten. Diese erreichen ihr Ziel schneller, sicherer, und ohne möglicherweise unzuverlässige Partner der Luftwaffe zu bemühen.

Da Atombomben militärisch noch nutzloser sind als Atomsprengköpfe auf Raketen, stellt sich die Frage, warum sie überhaupt je als »zeitgemäß« erachtet wurden. Ursprüngliches Ziel war es, Länder wie Deutschland davon abzuhalten, im Kalten Krieg ihre eigenen Atomwaffen zu entwickeln.

Die Stationierung sollte auch das Glaubwürdigkeitsproblem der »erweiterten Abschreckung« verringern, da die USA aus hiesiger Sicht Frankfurt eher nicht gegen Pittsburgh eintauschen würden. Das ist einer von vielen Umständen, die der nuklearen Abschreckung das Genick brechen, zusammen mit den ständigen Unfällen, der demoralisierten Truppe und der Tatsache, dass eine nukleare Eskalation die Menschheit auslöschen würde, wenn man den festgezurrtten Einsatzszenarien und Nuklear-doktrinen Glauben schenken darf. Denn gemäß dem Prinzip »use 'em or lose 'em« werden nach einem (Fehl-)Alarm sämtliche Waffen eingesetzt. Hiesige Atomwaffen sind also »Abschreckung



ICAN Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN). Das internationale Bündnis hat 2017 den Friedensnobelpreis entgegennehmen dürfen.

zum Anfassen«. Aber Abschreckung wovor beziehungsweise gegen wen? Das letzte Mal, dass Belgien und die Niederlande bedroht wurden, war Deutschland der Aggressor. Die Bundesrepublik wiederum wird eher nicht von Russland angegriffen, unabhängig

ten Mullah-Regime zu erklären, dass Teheran kein Anrecht auf dieselbe »Sicherheit« und »Stabilität« habe.

Völkerrechtlich gesehen ist es noch schwieriger, die nukleare Teilhabe zu rechtfertigen. Dass die 5-jährlichen Konferenzen zum Atomwaffensperr-

Flugzeuge mit Atombomben sind noch nutzloser als Atomsprengköpfe auf Raketen.

von nuklearer Abschreckung. 130 Millionen verarmte Russen können es nicht mit 500 Millionen EU-Bürgern aufnehmen. Wenn wir, umzingelt von Freunden, aber in UN-Konferenzen Atomwaffen legitimieren, ist es schon ironisch, dass sich Deutschland zusammen mit den fünf Veto-Nuklearstaaten des UN-Sicherheitsrats mit Iran an den Verhandlungstisch setzt, um dem von Instabilität und Rivalitäten umzingel-

vertrag noch nicht feststellen konnten, dass die nukleare Teilhabe offenkundig gegen dessen Artikel 1 und 2 verstößt, liegt vor allem daran, dass 28 NATO-Staaten in den per Konsens angenommenen Abschlussdokumenten derlei Feinheiten streichen.

Dennoch gab es 2017 einen Durchbruch für die nukleare Abrüstung: Nach 72 Jahren erreichten die Vereinten Nationen endlich ein kategorisches

Verbot von Atomwaffen. Am 7. Juli 2017 nahmen 122 Staaten einen entsprechenden Vertragsentwurf an, für den wir bei ICAN jahrelang gearbeitet haben. Wir wissen also, was ein großer Teil der Staaten von Atomwaffen hält: Die große Mehrheit ist nicht länger bereit, von den nuklear bewaffneten Staaten in ihrer fehlgeleiteten Suche nach Sicherheit in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Was also spricht für eine nukleare Teilhabe? Zuletzt wurden vor allem drei Gründe angeführt: Erstens habe Russland noch 2.000 »taktische« Atomwaffen, und man solle nur als quid pro quo abrüsten. Aber: Russland hat sie nicht in Drittländern stationiert, und wir sollten ihnen kaum ein Veto über unsere eigene Nuklearplanung einräumen, abgesehen davon, dass die hiesigen Atomwaffen Rheinland-Pfalz zur Zielscheibe machen. Zweitens sei Deutschland unter Außenminister Westerwelle bereits daran gescheitert, den Abzug zu erwirken – übrigens nachdem dies in der Koalitionsvereinbarung von 2009 sowie in einem Bundestagsbeschluss von 2010 anvisiert war. Wenn Deutschland als mächtiges NATO-Mitglied sich nicht einmal für den Abzug der hiesigen Atomwaffen einsetzen kann, dann ist

Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Auszug)

Artikel 4, Paragraph 4

Ungeachtet des Artikels 1 Buchstaben b und g trägt jeder Vertragsstaat, der in seinem Hoheitsgebiet oder an einem unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle stehenden Ort Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper hat, die sich im Eigentum, im Besitz oder in der Verfügungsgewalt eines anderen Staates befinden, dafür Sorge, dass diese Waffen so bald wie möglich, spätestens aber zu einem von dem ersten Treffen der Vertragsstaaten festzulegenden Termin, zügig entfernt werden. Nach der Entfernung dieser Waffen oder sonstigen Sprengkörper legt der Vertragsstaat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Meldung vor, aus der hervorgeht, dass er seine Verpflichtungen nach diesem Artikel erfüllt hat.

Teilhabe einen »Platz am Tisch« haben, wenn in der NATO über Nuklearstrategie und -einsätze debattiert wird. Doch der Platz am Tisch reicht offenbar weder dazu aus, eine Mitsprache über

Der NATO-Gründungsvertrag verliert kein Wort über Atomwaffen.

es mit unserer Mitsprache in diesem Bündnis wohl generell nicht weit her. Besser wäre dann allemal, eine klare Grenze zu ziehen und nicht länger Komplize in der Re-Nuklearisierung der Geopolitik zu sein. Drittens würden wir nur durch die nukleare

den Abzug zu haben, noch die Rhetorik gegenüber Russland von Atomwaffen frei zu halten. Trump will mit dem neuen NPR eine massive Ausweitung von Investitionen und Einsatzszenarien in die Wege leiten. Sofern Deutschland je wirklich einen Platz am nuklea-

ren Tisch hatte, hat dieser wenig gebracht. Auch ohne in der NATO Nuclear Planning Group (NPG) teilzunehmen, könnte Deutschland verhindern, dass der US-amerikanische NPR seinen Weg in ein neues Strategisches Konzept der NATO findet, da dieses im Konsensverfahren verabschiedet werden muss.

Wir sollten vorsichtig sein, die NATO nicht permanent als Hindernis für Abrüstung in Stellung zu bringen: Es kursieren gar Behauptungen, das Atomwaffenverbot könne die NATO existenziell gefährden. Das aktuelle Strategische Konzept mag sie zur nuklearen Allianz machen, »solange Atomwaffen existieren«. Gleichzeitig verpflichtet es alle Mitgliedsstaaten

dazu »die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen«. Die NATO ist eine flexible Allianz, die stets auf die Wünsche ihrer Mitglieder eingehen konnte.

Im Gegensatz zum Strategischen Konzept der NATO, welches nur politischen Charakter hat und nicht rechtsverbindlich ist, verliert der Gründungsvertrag des Bündnisses, der rechtlich bindend ist, kein Wort über Atomwaffen. Atomar bewaffnete sowie atomwaffenfreie Mitglieder haben sich das Recht vorbehalten, nationale Festlegungen zu machen, die ihre Beteiligung an der Atomwaffenpolitik der NATO begrenzen. Beispiele hierfür gibt es zahlreiche: So ist die Stationierung von Atomwaffen in Dänemark,



Foto: Tornado GR4 von Jez / flickr / [CC BY-NC-ND 2.0](#)

Tief und schnell: Der Tornado ist Deutschlands Beitrag zur nuklearen Teilhabe. Kritiker verweisen unter anderem auf seine Verwundbarkeit und die relativ geringere Reichweite dieses Flugzeugs - gerade wenn, wie hier von einem britischen Tornado demonstriert, im Ernstfall eine gegnerische Flugabwehr auf Baumwipfelhöhe unterflogen werden müsste.

Island, Litauen, Norwegen und Spanien verboten, und der Transit von atomwaffenfähigen Schiffen ist in den Häfen von Island, Dänemark und Norwegen eingeschränkt.

Andersherum basiert die Kategorisierung der NATO als »nukleare Allianz« allein auf der Bereitschaft der USA und des Vereinigten Königreichs, ihre Waffen hierzu zur Verfügung zu stellen, und diese Bereitschaft kann jederzeit unilateral widerrufen werden. Frankreich wiederum beteiligt sich trotz eigener Atomwaffen gar nicht an der Nuklearplanung der Allianz.

Letztlich scheint der Hauptgrund für die Präsenz von Atomwaffen in Deutschland eine perverse Form der institutionellen Pfadabhängigkeit zu sein, die uns bisher davon abhielt, neue Wege zu gehen. Atomwaffen, und insbesondere nukleare Abschreckung, erhöhen niemandes Sicherheit.

Deutschlands Platz am Tisch beeinflusst wiederum die Nuklearpolitik auf internationalem Parkett: Die Bundesrepublik boykottierte, auf Basis von vorgeschobenen Argumenten, die Verhandlungen über ein Verbot in den Vereinten Nationen. Laut repräsentativen YouGov-Umfragen im Auftrag von ICAN lehnen jedoch 93 Prozent der Deutschen Atomwaffen ab; 76 Prozent forderten im August 2017 von der Bundesregierung, dem Verbot beizutreten.

Hierzu wäre es notwendig, die nukleare Teilhabe, die auf einer bilateralen Übereinkunft zwischen Deutschland und den USA basiert, zu beenden, und mit den übrigen NATO-Partnern ein »opt-out« von der »erweiterten Abschreckung« auszuhandeln. Nur so kann die Bundesregierung sicherstellen, dass niemals Massenvernichtungswaffen im Namen der deutschen Bevölkerung eingesetzt werden. So ein Schritt will vorsichtig vorbereitet sein, um nicht das falsche Signal zu senden. Es geht nicht darum, die Bündnissoli-

darität aufzukündigen, sondern fast drei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges mit einem immerzu aufgeschobenen Relikt der Vergangenheit aufzuräumen. Hierzu kann es auch hilfreich sein, den Schritt mit anderen Staaten zu gehen, die diese Waffen ebenfalls nicht brauchen. Das italienische Parlament etwa hat seine Regierung jüngst dazu verpflichtet, eine Ratifikation des Verbots im Einklang mit seinen internationalen Bündnisverpflichtungen zu prüfen.

Zu guter Letzt würde dieser Schritt ein klares Signal an US-Präsident Trump senden: Deutschland akzeptiert keine Rhetorik, die den Mord an Millionen Zivilisten ankündigt, denn sie beschädigt das Vertrauen innerhalb der Allianz. Deutschland, und im Übrigen auch das humanitäre Völkerrecht, kennt Prinzipien. Wir sollten dieses Verhalten nicht länger mittragen.

Leo Hoffmann-Axthelm, ist Mitgründer der »International Campaign to Abolish Nuclear Weapons« (ICAN) in Deutschland. Heute ist er für ICAN und die Europäische Kommission in Brüssel tätig.

...

Quellen und Links:

[»Neuer Kampffiet bringt Deutschland die Atombomben-Frage« in der WELT vom 12.06.2017.](#)

[Hoffmann-Axthelm, Leo: Deutschland: Für oder gegen Atomwaffen?, Heinrich-Boell-Stiftung, 2016.](#)

[ICAN: Bevölkerung für Beitritt zu Atomwaffenverbot, 2017.](#)



Foto: The Gadget von bswise / flickr / [CC BY-NC-ND 2.0](#)

"The Gadget" war der erste zur Explosion gebrachte Atomsprengkopf der Welt. Er wurde am 16. Juli 1945 in Alamogordo, New Mexico gezündet. Wie an der Kugelform erkennbar ist, handelte sich um eine Plutonium-Implosionsbombe.

VOM WINZIGEN ATOM ZUR MÄCHTIGEN BOMBE

VON LINA-MARIEKE HILGERT UND MATHIAS KRÄMER

Zwar ist allgemein bekannt, dass Atombomben erheblich mehr Schaden anrichten als alle anderen Waffen. Die dafür verantwortlichen physikalischen Grundlagen und technischen Bedingungen sind jedoch nur wenig bekannt. Es lohnt sich, darauf einen Blick zu werfen, um zu sehen, welche politischen und militärischen Konsequenzen sich aus diesen Waffen ergeben.

»Ich betrachte mich nicht als Vater der Auslösung der Atomenergie. Mein Anteil daran war ein sehr indirekter. Ja ich hätte nicht geglaubt, dass die Kernspaltung zu meinen Lebzeiten verwirklicht werden würde. Das ge-

rende Verhalten Nordkoreas seit 2016 wieder verstärkt in den Fokus der internationalen Politik gerückt. Immerhin behauptete Kim-Jong Un in seiner Neujahrsansprache für 2018, dass der sogenannte Atomknopf stets

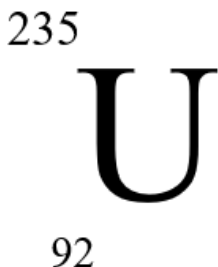
Uran ist nicht gleich Uran.

schah durch die zufällige Entdeckung der Kettenreaktion – ein Phänomen, das ich nicht voraussehen konnte.«

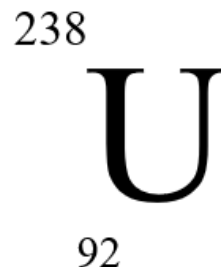
Albert Einsteins Worte vom 19. März 1955 greifen die beiden wesentlichen Aspekte von Kernwaffen auf: Kernspaltung und Kettenreaktion. Zugleich lassen sie erahnen, dass es sich bei Atombomben nicht um herkömmliche Bomben handelt. Die mit ihnen verbundene Gefahr ist spätestens durch das drohende und provozie-

auf seinem Schreibtisch bereitstünde. Allerdings stellen Nuklearwaffen für viele eine abstrakte Gefahr dar – nicht zuletzt, weil oft Unwissenheit über die Herstellung und Funktionsweise dieser Waffen herrscht. Dabei ist das dahinterstehende grundlegende Prinzip nicht sonderlich kompliziert. Es zu verstehen hilft, die Diskussion über diese gefährliche Waffenart und die daraus resultierenden Konsequenzen besser einzuordnen.

There are many types of uranium:



A	235
Z	92
Number of protons	92
Number of neutrons	143



A	238
Z	92
Number of protons	92
Number of neutrons	146

Isotopes of any particular element contain the same number of protons, but different number of neutrons.

Grafik: Stefan Mehrens

Zusammensetzung von Uran-235 und Uran-238.

Bindungsenergie und Massendefekt

Die physikalische Grundlage für Kernwaffen ist die Formel Albert Einsteins $E=mc^2$ (Energie = Masse * Lichtgeschwindigkeit²). Hierbei wird sich die Masse der Bestandteile eines Atomkerns, den sogenannten Nukleonen, und deren Bindungsenergie untereinander zu Nutze gemacht. Nukleonen sind Neutronen und Protonen und müssen zur Bildung eines Atomkerns Energie aufwenden, um sich gegenseitig aneinander zu binden. Diese Bindungsenergie ziehen die Neutronen und Protonen aus ihrer Masse, wodurch sie an Gewicht verlieren. Die Gesamtheit dieser Nukleonen wiegt damit weniger als die Summe des ursprünglichen Gewichts aller Neutronen und Protonen. So wiegt zum Beispiel Uran weniger, als wenn man seine einzelnen Bestandteile in ihrer ursprünglichen Form wiegen und addieren würde. Dieser Massenverlust resultiert folglich in der Freisetzung von Energie. Bei einer Kernspaltung oder Kernfusion wird dieser Massenverlust in Sekundenbruchteilen erzeugt und bildet somit die Grundlage der enormen Energie von Atomwaffen.

Kernwaffen brauchen zur Herstellung nicht nur spaltbares Material, sondern müssen auch speziell konstruiert werden. Hierzu ist neben dem geeigneten Material auch das entsprechende Know-how erforderlich. Um es zuge-spitzt zu formulieren: ohne Kernphysiker gibt es keine Atombombe! Es geht nicht nur darum, die richtigen Materialien herzustellen und zu verwenden, sondern diese auch korrekt in den Funktionsablauf einer Bombe einzubauen, um den Prozess einer nuklearen Kettenreaktion in Gang zu bringen.

Für Nuklearwaffen ist vor allem das relevante Spaltmaterial mit seinen

Atomkernen entscheidend. Aus diesen wird die ungeheure Menge an benötigter Energie gewonnen. Der Grundstoff ist das Metall Uran. In der Natur kommt es als Uran-238 vor und kann abgebaut werden. Dessen Isotope sind radioaktiv. Zum Bau eines Atomsprenghkopfs ist vor allem das Isotop Uran-235 geeignet, da es ebenfalls in geringerem Anteil natürlich vorkommt, relativ stabil ist und im Gegensatz zu den anderen Uranisotopen mit Neutronen gespalten werden kann.

Daneben lässt sich aus Uran-238 ein weiteres zum Bau von Nuklearwaffen geeignetes Material erzeugen: Plutonium-239. Dieses kommt in der Natur nicht vor, fällt aber als Abfallprodukt eines künstlichen Spaltungsprozesses in Kernkraftwerken an. Um aus diesen spaltbaren Materialien zerstörerische Energie freizusetzen, wird ihre Masse genutzt, um eine Kernspaltung oder eine Kernfusion zu erreichen. Hierbei

Kritische Masse

Die geplante Höhe des Anreicherungsgrades sowie die gewünschte Menge des Spaltmaterials beeinflussen zusammen mit der hierzu verwendeten Technik die Dauer des Herstellungsprozesses. Eine kritische Masse ist dann erreicht, wenn zum Beispiel circa 8kg waffenfähiges Plutonium-239 oder circa 25kg hochangereichertes (>20 %) Uran-238 vorhanden sind. Erst bei diesen Mengen von entsprechend angereichertem Spaltstoff, ist eine Kettenreaktion möglich. Es ist jedoch zu bedenken: Je mehr Spaltmaterial verwendet wird, desto schwerer und größer wird auch die Bombe. Um also weniger als 25kg des Urans zu verwenden, müsste waffenfähiges Uran mit einem Anreicherungsgrad von mindestens 80 % genutzt werden.



Urananreicherungsanlage mit Zentrifugen von Urenco in Piketon, Ohio.

spielen die Bindungsenergie und der Massendefekt der Teilchen eines Atomkerns eine entscheidende Rolle.

Bei einer Kernspaltung wird ein Neutron auf das Uran oder das Plutonium geschossen, sodass sich dieses in zwei neue Kerne aufspaltet und zusätzliche Neutronen freisetzt. Diese verursachen wiederum eine Kernspaltung bei anderen Uran- oder Plutoniumkernen, sodass eine Kettenreaktion entsteht, die eine enorme Energie freisetzt. Um diesen Prozess zu starten, reicht jedoch Uran in seinem natürlichen Zustand nicht aus, da für die gewünschte Kettenreaktion eine Mindestmenge des Urans-235 notwendig ist, welches das »Natururan« zwar bereits enthält, aber nur in einer geringen Menge von 0,71 Prozent. Dementsprechend muss das »Natururan« angereichert werden bis es 80

Prozent des Isotops Uran-235 beinhaltet. Ab diesem Grad ist das Uran waffenfähig.

Die Anreicherung findet anhand von Zentrifugen (siehe Bild oben) in mehreren Schritten statt, das heißt die Zentrifugen müssen mehrmals durchlaufen werden, da ihre Anreicherungs-fähigkeit begrenzt sind. Es werden dabei allein 3.000 Schritte benötigt, um von den 0,71 Prozent im Naturzustand auf 3,5 Prozent zu gelangen. Von diesem Grad sind es dann noch 12.000 Schritte, um es auf 80 Prozent anzureichern. In Relation ist also die Anreicherung von 3,5 % auf 80 % (Faktor >22) schneller zu bewerkstelligen als von den 0,71 % auf die 3,5 % (Faktor 5).

Plutonium wiederum ist bereits in seiner künstlich erzeugten Form waffenfähig, allerdings wesentlich gefährlicher in der Handhabung, da es

dazu neigt, aus eigenem Antrieb zu zerfallen (spontane Kernspaltung).

Im Laufe des Wettrüstens während des Kalten Krieges sind verschiedene Arten von Atombomben entwickelt worden. Eine davon ist die Kernspaltungsbombe. Dabei handelt es sich um einen Nuklearsprengkopf, der durch Spaltung von Atomkernen seine volle Wirkung entfacht, also durch den oben beschriebenen Prozess.

Hier gibt es verschiedene Funktionsweisen, wie zum Beispiel das Kanonenrohrprinzip (»Gun-Type«). Dieses Prinzip funktioniert allerdings nur mit Uran und nicht mit Plutonium, da letzteres aufgrund einer höheren Spaltrate zur vorzeitigen Zündung neigt.

Beim »Gun-Type« wird eine geringere Menge Uran durch konventionellen Sprengstoff gleich dem Geschoss einer Schusswaffe in eine größere

Menge Uran geschossen. Dadurch erreichen die beiden Uranteile gemeinsam die kritische Masse, welche für eine Kernspaltung notwendig ist. Mit einem Neutronenreflektor wird sichergestellt, dass die freigesetzten Neutronen nicht verloren gehen, sondern zurückgeworfen werden und so weitere Kernspaltungen auslösen, um zu einer Kettenreaktion beizutragen.

Die Wirkungskraft ist bei dieser Bauart allerdings begrenzt. Ein Beispiel für diese Bombenart ist die erste im Krieg eingesetzte Kernwaffe »Little Boy«, die im Zweiten Weltkrieg von den USA in Japan über Hiroshima abgeworfen wurde (siehe Bilde unten).

Eine weitere Variante von Kernspaltungsbomben ist die Implosionsbombe. Hierbei werden mehrere Schichten konventionellen Sprengstoffs hüllenartig so um das Spaltmaterial angeordnet und gezündet, dass eine konzentrische

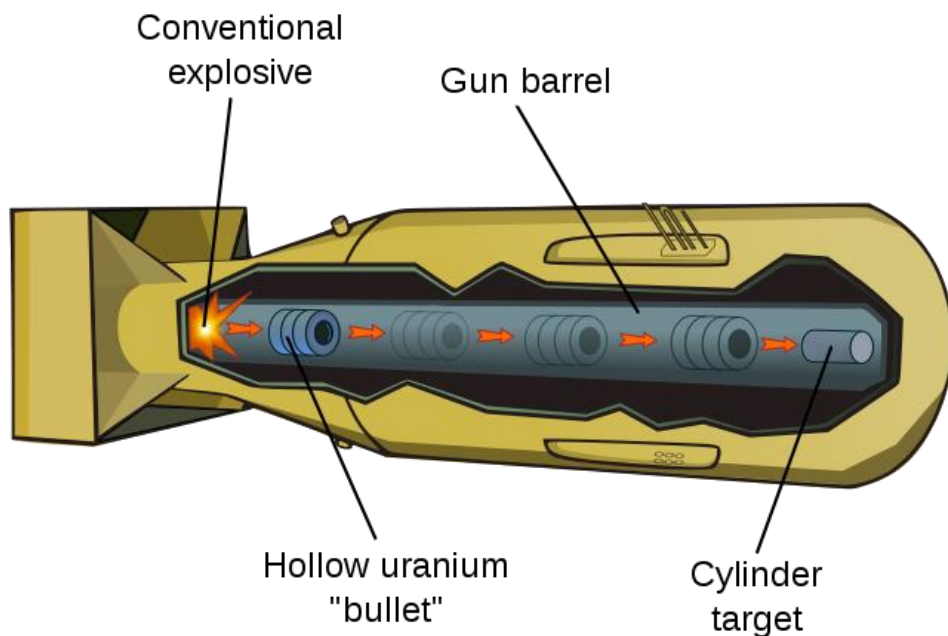
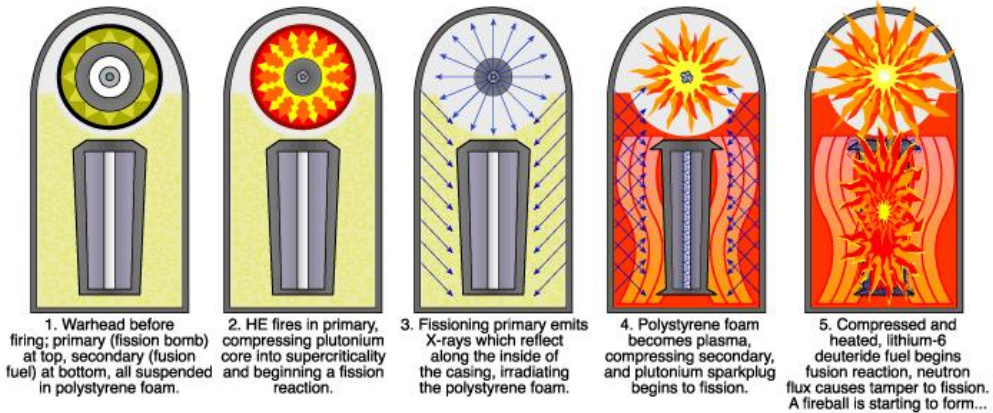


Foto: Gun-type fission weapon von Dale / wikipedia / CC-BY-SA 3.0

»Little Boy«, so der Codename der Atombombe, die am 06. August 1945 über Hiroshima abgeworfen wurde, funktionierte nach dem Kanonenprinzip oder Gun-Design: Durch Sprengstoff trifft eine Uranmasse gleich einem Projektil auf eine andere Uranmasse. Die dadurch entstehende kritische Masse löst die explosive Kettenreaktion aus.



Explosionsablauf einer Wasserstoffbombe nach dem Teller-Ulam-Design.

Sprengwirkung nach innen erzielt wird. Dadurch wird das Spaltmaterial dermaßen stark zusammengepresst, dass aus der zuvor unkritischen Masse eine kritische entsteht, wodurch die Kernspaltung ausgelöst wird. Solch eine Implosionsbombe zündet schneller und kann mehr Spaltmaterial aufnehmen, sodass hier eine größere Wirkung erzielt wird. Die zweite von den USA im Krieg eingesetzte Atombombe in Japan über Nagasaki namens »Fat Man« war nach diesem Prinzip konstruiert worden.

Die zweite Art von Kernwaffen bilden die Fusionsbomben, die eine weitaus höhere Zerstörungskraft erreichen. Sie werden auch als »Wasserstoffbomben« bezeichnet, weil es hier zur Kernverschmelzung der Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium kommt.

Sie zieht folglich ihre Wirkung nicht nur aus einer Kernspaltung, sondern insbesondere aus einer zusätzlichen Kernfusion, die noch deutlich mehr Energie freisetzen kann. Baulich findet hier das sogenannte Teller-Ulam-Design Verwendung, welches mindestens zweistufig aufgebaut ist: Im ersten Schritt wird eine Implosionsbombe gezündet, die eine Kernspaltung erzeugt. Mit diesem primären Kernspaltungssprengsatz wird ein sekundä-

rer Kernfusionssprengsatz ausgelöst. Diese Kernfusion entsteht mithilfe eines zylinderförmigen, von Uran ummantelten Plutoniumkerns, der von einem Schaum-Kunststoff umgeben ist.

Die Strahlung des ersten Kernspaltungssprengsatzes wird von dem Gehäuse absorbiert, wodurch eine dünne Plasmaschicht entsteht, die radioaktiv (Röntgenstrahlung) im Zylinder strahlt und hohe Temperaturen und Druck erzeugt. Aufgrund von Kompression und Erhitzung beginnt die Fusion. Der Plutoniumkern wird zusammengepresst und dadurch in einen überkritischen Zustand versetzt, woraus eine Kettenreaktion folgt (siehe Abbildung oben).

Radioaktive Strahlung

Während Alpha- und Beta-Strahlung nur bei Körperkontakt gefährlich ist, sind Gamma- und Neutronenstrahlung auch auf Entfernung eine Gefahr. Die radioaktive Strahlung wird in Gray (Gy) gemessen. 1Gy erhöht das Krebsrisiko um ca. 10 Prozent. 6-10 Gy stellen eine letale Dosis dar. Diese Strahlung kann ernste genetische Veränderungen bewirken.

Bei der vollständigen Spaltung von 1g Materie multipliziert mit Lichtgeschwindigkeit ($E=mc^2$) wird die Äquivalenzenergie von circa 22 Kilotonnen (kT) – also 22.000 Tonnen TNT – freigesetzt. Das entspricht ungefähr der Sprengkraft von der Implosions-

elektromagnetische Impuls und der Feuerball, die 40 % der Gesamtenergie ausmachen.

Darauf (nach 0,1 bis 10 Sekunden) folgt die Druckwelle mit 50 % der Gesamtenergie. Die aus Schmutz bestehende Pilzwolke erscheint inner-

Das Fachwissen zur Herstellung und zum Einsatz von Kernwaffen reicht allein nicht aus, um damit politisch oder militärisch zu agieren.

bombe »Fat Man«. »Little Boy« (Kanonenrohrprinzip) hatte hingegen nur eine Sprengkraft von circa 15kt TNT. Die Ausdehnung der Druckwelle und des Feuerballs bei einer Explosion mit 100 kT TNT erreicht innerhalb von zwei Sekunden knapp einen halben Kilometer; bei 100.000 kT sind es sieben Kilometer.

Die größte je getestete Wasserstoffbombe der USA (Castle Bravo) hatte hingegen eine Sprengkraft von 15 Megatonnen (15 Millionen Tonnen) TNT. Die Sowjetunion testete ihre größte Wasserstoffbombe An602 (auch Zar-Bombe genannt), die sogar dreistufig aufgebaut war, mit einer Sprengkraft von circa 57 Megatonnen (MT) TNT.

Je nachdem welche Art von Kernwaffen eingesetzt werden und wie stark diese sind, unterscheiden sich logischerweise auch die Auswirkungen. Der Ablauf bleibt im Großen und Ganzen allerdings der gleiche: Die Kettenreaktion erfolgt innerhalb von 0 bis 1 Mikrosekunden (μs). Im Anschluss erfolgt im Zeitraum von 1 μs bis 10s die Freisetzung der Strahlung, der

halb weniger Minuten, während der radioaktive Fallout (nur 10 % der Gesamtenergie) mehrere Wochen andauern kann.

Eine erhöhte Verwendung von Kernwaffen kann auch enorme globale Auswirkungen haben. Durch die entstehenden Rußpartikel, die in die Troposphäre gelangen, wird das Sonnenlicht absorbiert und die Atmosphäre abgekühlt (»Nuklearer Winter«). Dies ist ein Grund, weshalb die gesamte internationale Politik davon betroffen ist. Daher wurde 1963 der Partial Test Ban Treaty unterzeichnet, wodurch nur noch unterirdische Tests erlaubt waren. Die Atommächte China und Frankreich signierten diesen Vertrag jedoch nicht.

Die radioaktive Strahlenbelastung ist natürlich auch von der Sprengkraft der jeweiligen Atombombe abhängig. Bei einer Megatonne ist die Strahldosis auf einer Fläche von circa 1.700km² so groß, dass sie tödlich ist. Bei zehn Megatonnen wäre es eine Fläche von über 20.000 km² – was ungefähr der Fläche Sachsen-Anhalts entspräche. Dennoch ist die Strahlung

bei der Explosion von Kernwaffen nicht mit einem Unglück bei einem Kernreaktor (Tschernobyl oder Fukushima) zu vergleichen. Letztere haben eine länger andauernde und viel intensivere Strahlung, da die Strahlungsursache nur schwer einzugrenzen ist.

Das Fachwissen zur Herstellung und zum Einsatz von Kernwaffen reicht jedoch allein nicht aus, um auch politisch oder gar militärisch damit agieren zu können. Ohne ein geeignetes Trägersystem in Form von Raketen, sind die meisten Atombomben nur eingeschränkt nutzbar. Zwar können sie als Fliegerbomben und Artilleriegranaten verwendet werden, jedoch ist der Wirkungsbereich begrenzt.

Seit dem Zweiten Weltkrieg, in dem auf deutscher Seite die erste Großrakete mit dem Namen »V-2« (oder auch »A4«) entwickelt und gebaut wurde, sind die Trägerraketen insbesondere während des Kalten Krieges ständig weiterentwickelt worden. Auch hierzu ist technisches Know-how unabdingbar, ebenso wie einige Testläufe. Es müssen unter anderem Raketenmotoren, das Mehrstufenprinzip, die Lenkung, ein Hitzeschutzschild und ein Wiedereintrittskörper entwickelt und aufeinander abgestimmt werden, um eine wirksames Gesamtkonzept für eine Interkontinentalrakete zu erstellen. Außerdem muss noch der Sprengkopf untergebracht werden. Die jahrzehntelangen Anstrengungen von Nordkorea zeigen, wie mühsam dieser Weg sein kann.

Folglich haben Kernwaffen aufgrund ihrer Funktion verheerende Folgen, die sich sowohl kurzfristig, aber auch mittel- und langfristig auswirken. Dies hängt maßgeblich von der Bauweise als auch von der Art des verwendeten Materials sowie dessen Menge ab. Je nachdem wie die Kernwaffen also konstruiert sind, variiert ihre Sprengkraft und Wirkung. Ohne das entsprechende Know-how und das

richtige Material, ist die Herstellung jedoch unmöglich. Das gilt auch für die Raketen als Trägersysteme.

Alles Gründe, weshalb Staaten – wie zum Beispiel Nordkorea – mühsame und langandauernde Programme verfolgen. Haben sie es jedoch erstmal geschafft, verfügen sie über eine der tödlichsten Waffen. Dann ist auch die Diskussion, ob es sich um eine vermeintlich kleine taktische Kernwaffe im kT-Bereich handelt oder um eine strategische im MT-Bereich, fast schon müßig.

Lina-Marieke Hilgert arbeitet am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) in der Leitung des Deep Cuts Projekts mit den Schwerpunkten der nuklearen Abrüstung und der Rüstungskontrolle.

Mathias Krämer ist beim Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. als Referent für Internationale Zusammenarbeit tätig. Er studierte Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt auf den internationalen Beziehungen.

Beide Autoren haben gemeinsam den Studiengang Master of Peace and Security Studies (MPS) am IFSH absolviert.

...

Quellen und Links:

[United Nations Office of Disarmament Affairs \(UNODA\)](#)

[Internationale Panel of Fissile Materials \(IPFM\): Global Fissile Material Report 2015](#)

[Bulletin of Atomic Scientists](#)



Foto: Iskander/SS-26 Stone launch cruise missile von ermaleksandr / flickr / [Public Domain](#)

Eine russische Kurzstreckenrakete vom Typ Iskander, Nato-Bezeichnung SS-26 Stone, abgefeuert von einer mobilen Startrampe.

ESKALIEREN UM ZU DE-ESKALIEREN?

VON DIRK SCHUCHARDT

Welche Rolle sieht Russland konzeptionell für sein Nuklearwaffenarsenal vor? Spekulationen über eine gesunkene nukleare Einsatzschwelle und einen möglichen »deeskalierenden« Ersteinsatz von Nuklearwaffen, die Stationierung von nuklearfähigen SS-26 »Stone« Kurzstreckenraketen in der Oblast Kaliningrad und nicht zuletzt aggressive Rhetorik von russischer Seite werfen diese Frage auf.

Nuklearwaffen gelten unverändert als ultimative Sicherheitsgarantie für den, aus einem Selbstverständnis strategischer Defensive agierenden, russischen Staat. Gleichwohl hat die russische Nuklearwaffendoktrin seit dem Ende der Sowjetunion einige Veränderungen erfahren. Die UdSSR verfolgte seit 1982 offiziell eine Politik, die einen Einsatz von Nuklearwaffen nur als Antwort auf einen Ersteinsatz durch einen Aggressor vorsah. Nuklearwaffen war die beschränkte Rolle zugewiesen, eine Aggression globalen Ausmaßes inklusive eines nuklearen Erstschlags gegen die Sowjetunion durch die Androhung eines garantierten, vernichtenden Gegenschlags (*Nepruemlevyj Ushcherb*) abzuschrecken.

Seit der Neufassung der Militärdoktrin von 1993 sieht Russland hingegen den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor – bis zur Militärdoktrin von 2000 allerdings ausschließlich in Fällen einer umfassenden Aggression, welche die Existenz des russischen Staates bedroht. Hintergrund für diesen Politik-

wechsel war der grassierende Verfall der konventionellen Fähigkeiten der russischen Streitkräfte nach dem Ende der Sowjetunion, welche insbesondere angesichts der westlichen militärischen Überlegenheit die Sicherheit Russlands vor einer konventionellen Aggression nicht mehr gewährleisten konnten.

Erfolg und Art des Einsatzes vor allem amerikanischer Streitkräfte während des Zweiten Golfkriegs 1990/91 und insbesondere während Operation Allied Force (OAF) 1999, führten der russischen politischen und militärischen Führung die eigene konventionelle Unterlegenheit deutlich vor Augen. Dies schlug sich auch in einer erweiterten Rolle für das russische Nuklearwaffenarsenal in der Militärdoktrin von 2000, beziehungsweise dem ergänzenden Weißbuch von 2003, nieder. Nunmehr sollte nicht nur ein Angriff mit Massenvernichtungswaffen oder eine massive konventionelle Aggression gegen Russland in einem globalen Konflikt durch den Einsatz von Nuklearwaffen abge-

Foto: Russian army rocket complex von Stanislav Kozlovskiy / wikipedia / CC BY-SA 3.0



Das russische Raketensystem Topol-M, Nato-Bezeichnung SS-27 Sickle B - präsentiert auf der jährlichen Parade in Moskau anlässlich des Sieges im 2. Weltkrieg am 9. Mai 2011.

schreckt werden, sondern zusätzlich gegebenenfalls auch regionale Konflikte, welche durch die russischen konventionellen Streitkräfte nicht mehr beherrschbar schienen.

Dabei scheint die russischen Planer seinerzeit vor allem das Szenario eines westlichen Eingreifens à la OAF in den Tschetschenien-Konflikt beunruhigt zu haben, welches durch die erweiterte Einsatzmöglichkeit der eigenen Nuklearwaffen abgeschreckt werden sollte. Im gleichen Zug wurde die bisherige Einsatzschwelle abgesenkt.

War vorher eine »Bedrohung der Existenz des russischen Staates« die Schwelle für den Einsatz nuklearer Waffen, sollten fortan bereits »kritische Auswirkungen auf die Sicherheit Russlands« für eine derartige Eskalation ausreichend sein.

Die russische Logik hinter einer solchen begrenzten nuklearen Eskalation ist dabei die Annahme, dass in einem regionalen Konflikt eine Asymmetrie von Interessen zulasten des Gegners besteht, dieser also dem Konfliktgegenstand – im Fall einer westlichen Intervention in den Tschetschenien-Konflikt also beispielsweise die Durchsetzung von Menschenrechten – geringerer Bedeutung zuzuschieben als Russland – hier dem Erhalt der territorialen Integrität der Russischen Föderation. Somit ist die Annahme, dass ein Gegner nach einem begrenzten Nuklearschlag – durch den ihm »maßgeschneiderter« Schaden (*Zadannyi Ushcherb*) zugefügt wird – zum Einlenken bereit ist (*»Escalate to De-Escalate«*), da die Kosten des Einlenkens den Nutzen einer Fortführung – und gegebenenfalls weiteren nuklearen Eskalation – des Konfliktes deutlich übersteigt.

Dabei ist »begrenzte Eskalation« nicht mit »begrenzter Reichweite« der gewählten Nuklearwaffen zu verwechseln: In der russischen Diskussion spielt insbesondere die amerikanische

Fähigkeit zum Waffeneinsatz über große Distanzen eine Rolle, dem ebenfalls über große Distanz begegnet werden müsse. Somit ist im Rahmen eines begrenzten nuklearen Schlags insbesondere auch der Einsatz von Nuklearwaffensystemen mit »strategischer« Reichweite vorgesehen.

Ein solcher Nuklearschlag soll sich dabei ausschließlich gegen militärische Ziele richten, insbesondere solche, die den Waffeneinsatz über große Distanzen gegen Russland ermöglichen, wie zum Beispiel Militärbasen oder Flugzeugträgerverbände. Diese Möglichkeit einer begrenzten nuklearen Eskalation in einem regionalen Konflikt soll im Rahmen der russischen Überlegungen dabei lediglich als Übergangslösung dienen, bis eine ausreichende konventionelle Befähigung der russischen Streitkräfte zur Abschreckung, insbesondere im Bereich von Langstreckenwaffen, erreicht wird.

In den beiden folgenden Doktrinen von 2010 und 2014 wurde die Rolle der Nuklearwaffen dem gegenüber wieder leicht eingeschränkt. Zwar änderten sich nicht ihre Kernaufgaben, nämlich die Abschreckung einer massiven Aggression gegen Russland in einem globalen Konflikt sowie einer begrenzten konventionellen Aggression in einem regionalen Konflikt, welcher konventionell nicht begegnet werden kann.

Wohl erhöhte sich aber die doktrinaire Einsatzschwelle, da nun für eine begrenzte nukleare Eskalation wieder die Existenz des russischen Staates als Maßstab gesehen wurde. Diese leichte Reduzierung der Rolle der russischen Nuklearwaffen schien innerhalb der russischen Führung nicht unumstritten zu sein, wie interne Diskussionen vor allem 2009 zeigten. Gegenstand dieser internen Debatten war dabei eine Ausweitung der möglichen Konfliktszenarien, in denen Nuklearwaffen zum Einsatz kommen könnten, auch

auf lokale Konflikte, wie etwa den Georgienkrieg von 2008.

Deren Befürworter konnten sich allerdings nicht durchsetzen, und so werden derzeit zunehmend eher gegenläufige Tendenzen betont, nämlich zum einen die »nicht-nukleare Abschreckung« in der Militärdoktrin von 2014 sowie das Konzept der »Strategischen Abschreckung«. Dabei sind diese Ansätze komplementär zu den bisherigen doktrinären Grundlagen zum Einsatz von Nuklearwaffen zu verstehen und werden vermutlich keine weitere Reduzierung ihrer zentralen Rolle im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsplanung nach sich ziehen.

Während die Abschreckung von Angriffen mit Nuklearwaffen weiterhin im Kern durch das eigene Nukleararsenal gewährleistet werden soll und dieses damit das Fundament der Abschreckungskapazitäten Russlands darstellt, ist man sich seitens der russischen Führung der begrenzten Möglichkeiten bewusst, mit Nuklearwaffen nicht-nuklearen Bedrohungen begegnen zu können. In den letzten fünfzehn Jahren entwickelten sich die russischen Doktrinen somit von der konzeptionellen Verbindung nuklearer und nicht-nuklearer militärischer Abschreckung – etwa dem sogenannten »Anti-Access/Area Denial« (A2/AD) – über die Einbindung nicht-militärischer Machtmittel hin zum Ansatz der »Strategischen Abschreckung«.

Dieser Ansatz geht deutlich über das westliche Verständnis von Abschreckung hinaus, da er:

1. universell durch die defensive und offensive Nutzung sämtlicher verfügbarer Machtmittel (also militärische, politische, diplomatische, rechtliche, wirtschaftliche und etwa propagandistische) gegen sämtliche Arten von Bedrohung, ein-

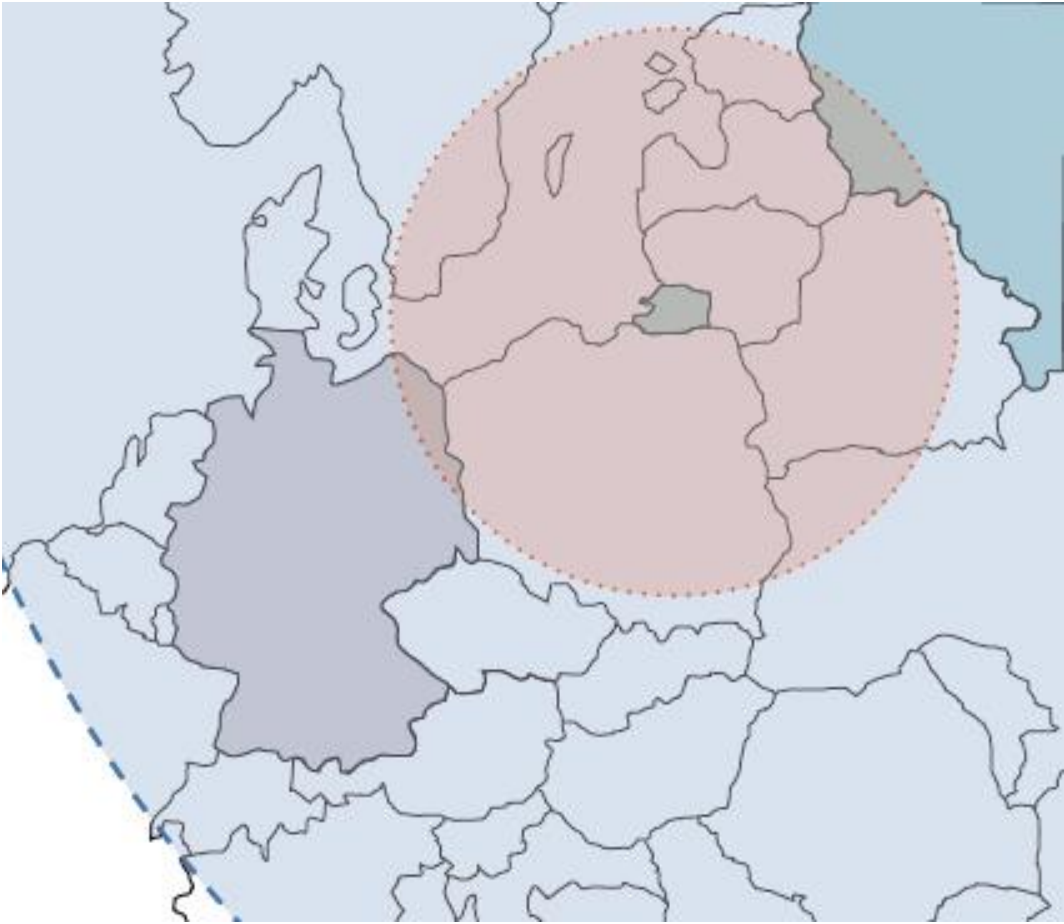
schließlich westlicher Einflussnahme und »nicht-linearer«, sprich hybrider Kriegsführung, abschreckend wirken und in einem Konflikt russische Dominanz gewährleisten soll;

2. kontinuierlich alle Phasen von Krieg und Frieden umfasst, um mögliche Bedrohungen gegen Russland schon im Entstehen zu unterdrücken/einzudämmen und ungünstige Eskalation zu verhindern sowie
3. die Logiken von Abschreckung und Zwang verbindet.

Während der Begriff der »Strategischen Abschreckung« bereits durch das russische Verteidigungsministerium definiert wurde, handelt es sich bisher noch nicht um eine eigenständige Doktrin, sondern um ein Konzept im Entwicklungsstadium.

Bislang beinhaltet der Ansatz einige problematische Implikationen, etwa das Verschwimmen der Linie zwischen Frieden und Krieg, die Möglichkeit, eigene offensive Handlungen und Zwang gegenüber Dritten als »defensiv« zu legitimieren und die damit verbundenen Schwierigkeiten, denen diese bei der Interpretation russischer »Abschreckungsmaßnahmen« dann gegenüberstehen: Welche russische Maßnahme soll abschrecken, welche gegebenenfalls aggressive Absichten verschleiern? Welche russische Maßnahme erfolgt also im Selbstverständnis defensiven Handelns, welche im offensiven?

Da Abschreckung unter anderem auf einer klaren Kommunikation unerwünschter Handlungen, roter Linien und Konsequenzen beruht, die ein potenzieller Gegner zu deuten auch in der Lage sein muss, bestehen derzeit noch erhebliche Probleme im russischen Ansatz. Gleichwohl dürfte eine noch ausstehende, tiefgehende Analyse des Ansatzes der »Strategischen



Während die in Kaliningrad stationierten SS-26 »Stone« (roter Kreis) mit rund 500km nur eine begrenzte Reichweite haben, können aus der Tiefe des russischen Luftraums gestartete luftgestützte Flugkörper AS-15 »Kent« (blauer Kreis) ganz Mitteleuropa bedrohen.

Abschreckung« das Verständnis russischen strategischen Denkens weiter erhöhen.

Jedenfalls lässt der Blick in die derzeitige Doktrin von 2014 in Kombination mit der stärkeren Betonung nicht-nuklearer und nicht-militärischer Instrumente zur Abschreckung von Bedrohungen konzeptionell kein Absenken der Einsatzschwelle für Nuklearwaffen seitens Russlands erkennen. Möglich wäre zwar, dass Moskau sich in eingestuften Dokumenten selbst eine niedrigere Einsatzschwelle für seine Nuklearwaffen gesetzt hat, allerdings erscheint dies unwahrscheinlich, da eine geheime,

entgegen offiziellen Verlautbarungen niedrigere, Einsatzschwelle keinen abschreckenden Mehrwert verschafft.

Die regelmäßige Einbindung von Nuklearwaffen in russische Großübungen inklusive simulierter Angriffe auf Nato und EU-Staaten (so werden beispielsweise für die ZAPAD-Übungen von 2009 und 2013 Angriffssimulationen auf Warschau beziehungsweise Stockholm angenommen) sind ein Bestandteil der russischen »Strategischen Kommunikation«.

Dieses nukleare Säbelrasseln dient derzeit vermutlich in erster Linie dazu, den Westen an den russischen Status als nukleare Großmacht und auch

daran, dass jeder Konflikt mit Russland am Ende die Gefahr einer nuklearen Eskalation in sich birgt, zu erinnern.

Gleichzeitig wird Russland versuchen, aus so verursachter Nervosität politisches Kapital zu schlagen und gegebenenfalls im Konfliktfall über nukleare »Strategische Kommunikation« eine ungünstige Eskalation zu verhindern und Spannungen zu reduzieren. Gleichwohl führt diese Art der

Russland neben der Weiterentwicklung des Ansatzes der »Strategischen Abschreckung« sowie konventioneller Fähigkeiten auch die amerikanische Nukleardoktrin sowie die Weiterentwicklung amerikanischer Fähigkeiten im Bereich »Counter A2/AD«, »Prompt Global Strike« und der Abwehr von Nuklearraketen – Stichwort: »Ballistic Missile Defense« – die eigenen Überlegungen beeinflussen werden.

Mit dem nuklearen Säbelrasseln will Russland den Westen an seinen Status als nukleare Großmacht erinnern.

Kommunikation, insbesondere bei seinen Nachbarn, zu einem erheblichen Unsicherheitsempfinden gegenüber den russischen Absichten und weiterer Instabilität.

Bei der Beurteilung der russischen Nuklearwaffendoktrin muss außerdem beachtet werden, dass diese im Bezug insbesondere zur amerikanischen Doktrin zu sehen ist. So haben die USA – wie die anderen Nuklearwaffenstaaten mit Ausnahme Indiens und (noch?) China – nie auf die Möglichkeit des Ersteinsatzes ihrer Nuklearwaffen verzichtet. Die Parameter hierfür sind mit dem Schutz vitaler Interessen in der aktuellen »Nuclear Posture Review« annähernd so gewollt uneindeutig formuliert wie in der russischen Doktrin.

Ähnlich wie in Russland erreichte die Diskussion zur Erweiterung der nuklearen Einsatzrolle auch in der ersten Hälfte der 2000er Jahre in den USA einen Höhepunkt, der dort aber anschließend zugunsten erweiterter konventioneller Fähigkeiten mit überwiegend großer Reichweite ausging. Es ist davon auszugehen, dass für

Gleichzeitig ist selbstverständlich, dass die Doktrin jedes Nuklearwaffenstaates lediglich eine Planungsannahme für die Funktion und den möglichen Einsatz von Nuklearwaffen darstellt. Die Realität in einem tatsächlichen Konflikt kann hiervon erheblich abweichen. Insofern ist es – unabhängig von russischer Doktrin und »Strategischer Kommunikation« zwingend, bei jedweder Überlegung zu einem möglichen Konflikt mit Russland die nukleare Dimension mitzudenken. Insofern besitzen zum Beispiel die aktuellen Diskussionen, ob Russland nun tatsächlich eine »Escalate to De-Escalate«-Doktrin verfolgt, im Grunde wenig praktische Relevanz. Abgesehen davon, dass jede Eskalation in einem Konflikt am Ende eine Deeskalation – sprich: eine günstige Konfliktbeendigung – bezweckt und letztlich jeder Nuklearwaffenstaat mit einer Ersteinsatzdoktrin einen Ansatz der Eskalation zur Deeskalation verfolgt, wird Russland, unabhängig gültiger Doktrinen, seine Nuklearwaffen in einem Konflikt einsetzen, wenn die politische Führung des Landes dies als in ihrem Interesse

erachtet, um diesen Konflikt zu einem für sie günstig(er)en Ende zu führen.

Zur Abschätzung dieser Rahmenbedingungen bieten dann im konkreten Fall unter anderem die Nukleardoktrin, die Bedeutung von Regimestabilität sowie entscheidender Erfolge in der ersten Phase eines Konfliktes im russischen militärischen Denken in Verbindung mit dem massiven, im Konfliktverlauf zunehmenden Kräfteungleichgewicht zugunsten des Westens, erste Anhaltspunkte.

In gleicher Weise gilt für Russland ebenfalls: es muss damit rechnen, dass jeder Konflikt mit dem Westen in einer nuklearen Eskalation endet. Hier offenbaren sich konzeptionelle Schwächen des russischen Ansatzes: Grundlage der angenommenen deeskalierenden Wirkung eines begrenzten russischen Nuklearschlags ist eine vermutete Asymmetrie von Interessen zu Gunsten Russlands. Unabhängig vom ursprünglichen Konfliktgegenstand kann sich diese Asymmetrie allerdings durch den Einsatz von Nuklearwaffen massiv zu Lasten Russlands verschlechtern, nachdem eine Konfliktpartei durch russische Nuklearwaffen getroffen wurde.

Somit ist eine weitere nukleare Eskalation durch Gegenschläge nicht auszuschließen, das angenommene deeskalierende Potenzial einer solchen »nuclear de-escalation« also keineswegs sicher. Dieses Eskalationspotenzial erhöht sich nochmals bei einem Einsatz »strategischer« Nuklearwaffen. Auch kann sich die Konfliktpartei, welche durch einen, aus russischer Sicht begrenzten, Nuklearschlag getroffen wurde, dieser Begrenztheit eben nicht sicher sein, sondern die Angriffe als Auftakt für einen massiven Nuklearschlag interpretieren und entsprechend eskalierend reagieren. Grundsätzlich gilt somit, dass, unabhängig jeder Doktrin, ein Konflikt zwischen Nuklearmächten stets das

Risiko nuklearer Eskalation bis zur »Mutual Assured Destruction« birgt, welches durch die jeweiligen Entscheidungsträger zwingend einzukalkulieren ist. Mit Blick auf die russische Nukleardoktrin sollte der Westen daher weiterhin den gegenwärtigen Ansatz verfolgen, zum einen seine, insbesondere konventionellen, Fähigkeiten zur Abschreckung zu stärken und zum anderen weiter den Dialog mit Russland zu suchen, um einen Konflikt zwischen beiden Seiten schon im Vorfeld zu verhindern.

Gleichzeitig sollte es Politik des Westens bleiben, unter anderem durch Festhalten an den Abschreckungs- und Rückversicherungsmaßnahmen in Osteuropa, Russland klar zu signalisieren, dass die Garantie der Sicherheit jedes Bündnispartners sowie der Erhalt der Sicherheitsordnung der Nato und EU vitale Interessen der Mitgliedstaaten sind, und somit die Annahme einer Asymmetrie von Interessen zugunsten Russlands nicht gegeben ist. Ein »Herauseskalieren« aus einem durch eine russische Aggression verursachten Konflikt wird somit für Russland keine Option sein.

Dirk Schuchardt ist Referent im Bundesministerium der Verteidigung. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

...

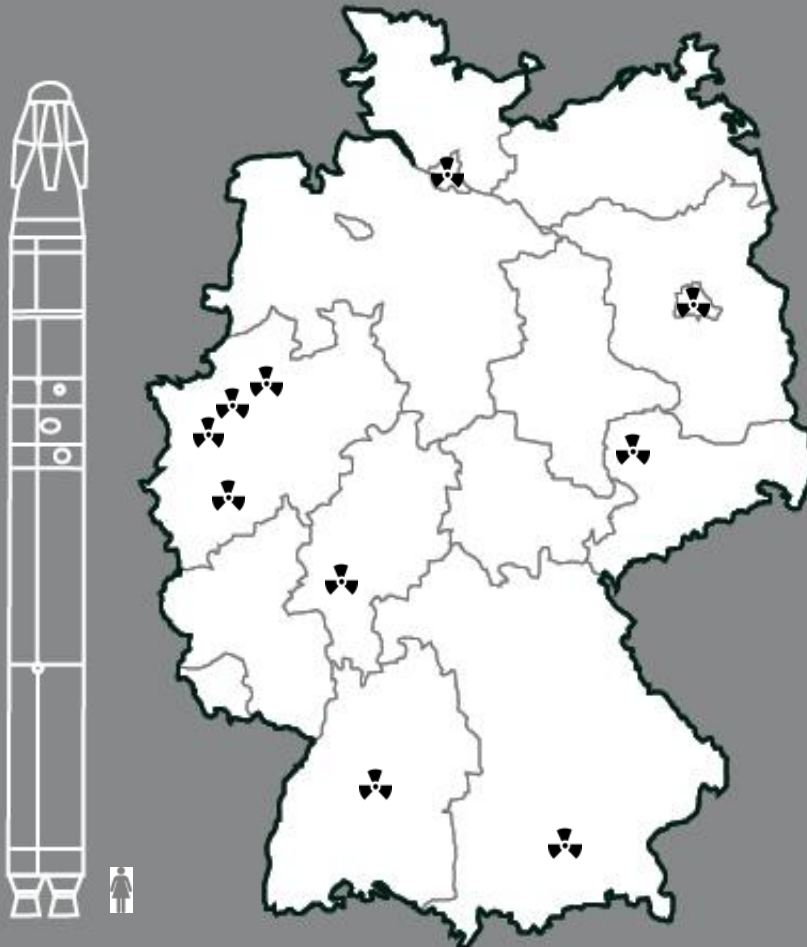
Quellen und Links:

Stephen J. Blank (Hrsg.): »Russian Nuclear Weapons: Past, Present, and Future«.
Carlisle, Strategic Studies Institute, 2011.

Analyse »Russian Strategic Deterrence« in
Survival, Ausgabe August-September 2016

[Analyse »Russia's Nuclear Doctrine: What we know, what we don't know and what that means« des Center for Strategic and International Studies vom 4. Mai 2016.](#)

»Satan« gegen Deutschland



Todesopfer:

~3.669.000*

Verletzte:

~6.329.000*

Hamburg

~379.000 / ~724.000

München

~488.000 / ~626.000

Köln

~346.000 / ~593.000

Frankfurt a. M.

~301.000 / ~548.000

Stuttgart

~256.000 / ~550.000

Düsseldorf

~268.000 / ~533.000

Dortmund

~249.000 / ~535.000

Essen

~318.000 / ~777.000

Leipzig

~272.000 / ~226.000

Eine russische Interkontinentalrakete vom Typ SS-18 »Satan« verfügt über **10 Sprengköpfe**, die wiederum eine Sprengkraft von je **800 Kilotonnen** besitzen. Mit **einer einzelnen** SS-18 könnten somit die **10 größten Städte** Deutschlands auf einen Schlag fast vollständig zerstört werden. Geschätzte **12% der deutschen Gesamtbevölkerung** wären unmittelbar Opfer eines solchen Angriffs — weitere Opfer durch Fallout & Spätfolgen nicht eingerechnet.

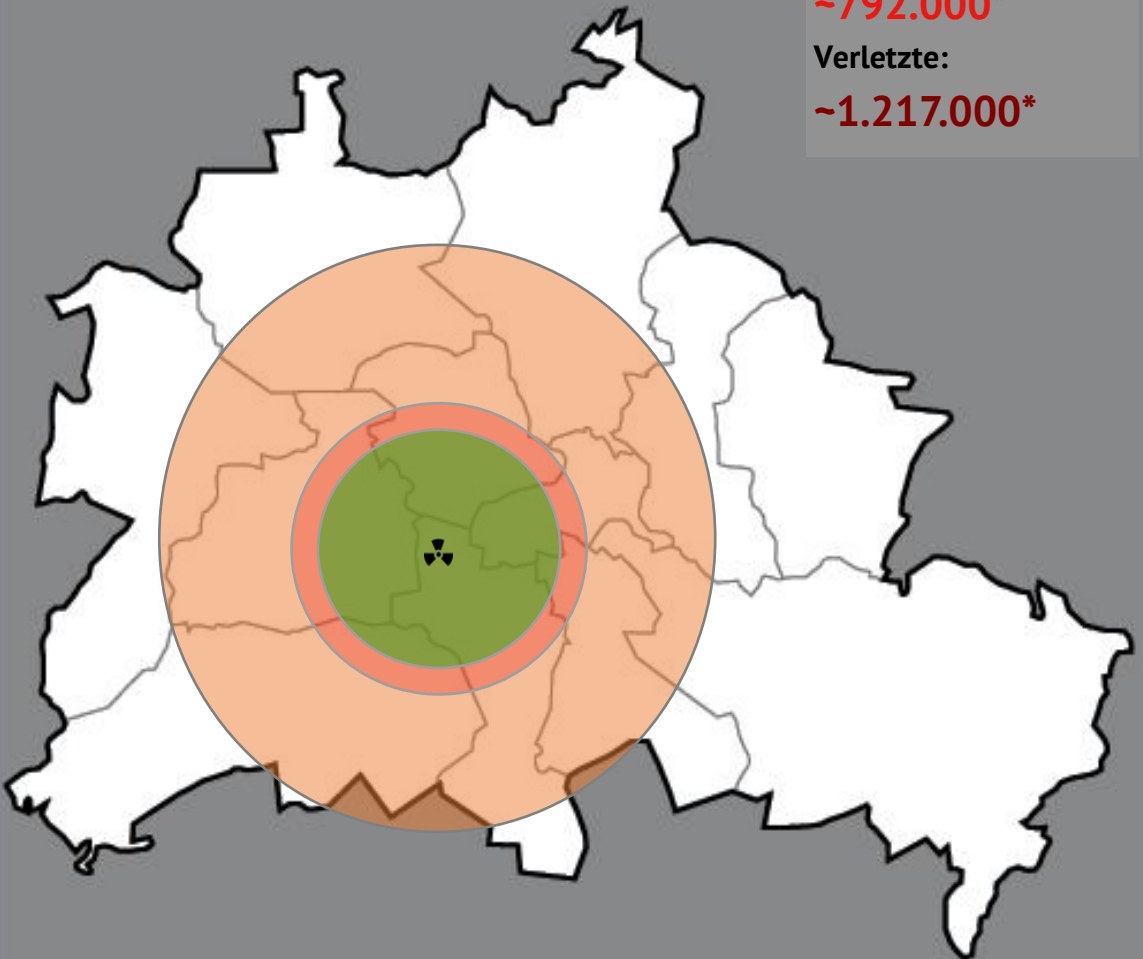
46 solcher Raketen mit insgesamt **460 Sprengköpfen** stehen derzeit jederzeit abschussbereit in russischen Silos. Auf anderen Trägersystemen verfügt Russland allerdings noch über etwa **1000 weitere einsatzbereite Sprengköpfe**.

Todesopfer:

~792.000*

Verletzte:

~1.217.000*



Ein solcher SS-18 Sprengkopf, etwa gezündet über dem Verteidigungsministerium, hätte verheerende Auswirkungen. Innerhalb des grünen Kreises, der fast die komplette Innenstadt Berlins — mitsamt Kanzleramt & fast allen Ministerien — umfasst, wäre die **Überlebenswahrscheinlichkeit schon auf Grund der enorm hohen Strahlenbelastung kleiner als 5%**. Innerhalb des roten Kreises würde zudem die Druckwelle ein Überleben fast unmöglich machen, während Personen innerhalb des orangenen Kreises noch mit Verbrennungen dritten Grades rechnen müssten. Geschätzt **die Hälfte aller Berlinerinnen & Berliner** wären unmittelbare Opfer einer solchen Detonation.

* Die genannten Zahlen sind Schätzwerte basierend auf statistischen Daten zu Bevölkerungsdichte und Art der Bebauung.



Nur ein Beispiel von vielen: 1966 verlor ein B52-Bomber über der Südküste Spaniens vier Wasserstoffbomben, von denen eine ins Mittelmeer und drei an Land stürzten. Sicherheitsvorkehrungen verhinderten eine Nuklearexplosion, doch bei zwei Bomben detonierte der konventionelle Sprengstoff und führte zu einer Kontamination der Umgebung.

»ETT HÄTT NOCH IMMER JOT JEJANGE«

VON OLIVER TEIGE

Atomare Waffen sind durch ihr Zerstörungspotential von strategischer Bedeutung. Seit dem ersten Einsatz dieser Waffen im Zweiten Weltkrieg kam es wiederholt zu Unfällen und Verlusten von Atomwaffen. Diese Beinahe-Katastrophen führten dazu, dass die Sicherungssysteme von nuklearen Waffen stetig verbessert und elaborierter wurden. Die Komplexität dieser besonderen Waffen- und Trägersysteme verhindert jedoch eine hundertprozentige Sicherheit in ihrem Umgang und stellt damit eine ständige Herausforderung für Personal und Prozeduren dar.

Vielfach wurde argumentiert, dass die Präsenz der nuklearen Triade, also dem Komplex aus nuklear bestückten landgestützten Raketen, mit Atombomben bewaffneten Langstreckenbomben sowie U-Booten mit Nuklearraketen an Bord auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges systemstabilisierend gewirkt haben. Die verheerende Wirkung der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 und die durch die Triade bestehende Möglichkeit der Zweitschlagfähigkeit der angegriffenen Partei vor Augen – so das Kalkül – sollte den jeweiligen Gegner von dem Ersteinsatz seines nuklearen Arsenal abhalten. In der Tat kam es zu keiner direkten militärischen Konfrontation zwischen den beiden Militärallianzen – die Gefahr einer nuklearen Katastrophe mag die jeweiligen politischen Führer in ihren Kalkulationen dabei maßgeblich geleitet haben.

Das massive und nachhaltige Zerstörungspotential von atomaren Waffen macht diese zu besonderen Waffen. Der Sprengkopf der mittlerweile außer Dienst gestellten amerikanischen »Titan II« Interkontinentalraketen hatte eine Sprengkraft von neun Megatonnen TNT-Äquivalent (zum Vergleich: die über Hiroshima abgeworfene Bombe verfügte über »nur« 13 Kilotonnen Sprengkraft). Neben der von der Hitze und dem Explosionsdruck ausgehenden Zerstörung versuchten Atomwaffen das Zielgebiet nachhaltig radioaktiv. Der aufsteigende Staub könnte langfristig die Atmosphäre verdunkeln und somit zu einer Klimaabkühlung führen, mit langfristigen Folgen für die globale Lebensmittelversorgung.

Das gewaltige Zerstörungspotential atomarer Waffen, die zusammen mit ihren Trägersystemen ohnehin schon hochkomplexe technische Systeme darstellen, führten zwangsläufig zur Einführung elaborierter, komplexer

Schutzmechanismen. Diese sollen sicherstellen, dass es zu keinem ungewollten Einsatz der nuklearen Gefechtsköpfe kommt – sei es durch Unfälle, Sabotage oder Unbefugte.

Die USA entwickelten in den 1960er Jahren, als die Zahl der Atomsprengköpfe rasch wuchs und die Spannungen des Kalten Krieges zunahmen, Technologien, welche die einfache Scharfschaltung von nuklearen Sprengköpfen verhindern sollten. Der sogenannte »*Permissive Action Link*« (PAL), sollte zum einen verhindern, dass hochrangige Generale mit Kommandogewalt in Zeiten von Krisen die Nerven verlieren würden und selbstständig die Waffen zum Einsatz bringen. So formulierte General Horace M. Wade seine Bedenken über den Commanding General des Strategic Air Command, General Thomas Power: »Ich sorgte mich um General Power. Ich sorgte mich darum, dass General Power nicht krisenfest war. Ich sorgte mich um die Tatsache, dass er die Kontrolle über so viele Waffen und Waffensysteme hatte und diese Streitmacht, unter gewissen Umständen, in Bewegung setzen konnte. Damals in jenen Tagen, bevor wir echte ausführende Kontrolle [d. h. PAL] hatten, hatte SAC die Macht, eine Menge Dinge zu tun, und es lag in seinen Händen, und er wusste das.«

Zum anderen waren und sind ein Teil der amerikanischen Atomwaffen in verbündeten Staaten stationiert, so zum Beispiel in Deutschland und der Türkei. Während man sich bei beiden um die politische Stabilität in der Hochphase des Kalten Krieges sorgte, kam bei ersterem hinzu, dass die Bundesrepublik im Falle einer sowjetischen Invasion rasch überrannt würde und die Waffen dem Gegner in die Hand hätten fallen können.

Waren die ersten PAL-Systeme noch mechanische Schlösser, die den Zündmechanismus des Sprengkopfes blockierten, so sind moderne Systeme

in der Regel eine Kombination aus Zahlencodes, die auf Befehl miteinander abgeglichen werden müssen und physischen Schlüsseln, die von zwei Personen gleichzeitig («Zwei-Mann-Regel») betätigt werden müssen, um das Waffensystem zu aktivieren und die Abschusssequenz zu starten.

Neben dem unbefugten Einsatz müssen die Sprengköpfe vor mechanischen und thermischen Einflüssen geschützt werden, die eine Zündung auslösen könnten. So ist in den nuklearen Sprengköpfen in der Regel konventioneller Sprengstoff vorhanden, der die bis dahin unterkritischen Bestandteile der Bombe aneinander bringt und somit die Kettenreaktion auslöst. Dieser Sprengstoff darf jedoch nicht durch externe Einflüsse wie Stöße oder Feuer im Rahmen von Unfällen aktiviert werden. Daher werden mittlerweile sogenannte »insensitive Sprengstoffe« verwendet, die Unfällen stand-

halten und nur durch den jeweiligen elektrischen Zünder zur Detonation gebracht werden können.

Der Blick in die Geschichte zeigt jedoch, dass die elaborierten Sicherungsanlagen kein Garant dafür sind, dass Beinahe-Unfälle geschehen können. So argumentiert der Politikwissenschaftler Scott Sagan, dass Unfälle mit komplexen Hochtechnologiesystemen wie nuklearen Waffen oder Anlagen durch eine Theorie »Normaler Unfälle« erklärt werden können. Dabei koinzidiert ein Versagen in einem Teil des Systems (sei es materiell, menschlich oder organisatorisch) mit dem Versagen eines komplett anderen Teils des Systems. Eine solch unvorhersehbare Kombination von Versagen kann sich kaskadierend über das gesamte System ausbreiten und somit zu einem irreversiblen Kontrollverlust führen. Da es zahlreiche Kombinationen und Pfade für ein solches komplexes Versagen gibt, müssen komplexe Systemunfälle als wahrscheinlicher Teil der Realität, das heißt als normal, betrachtet werden. Schutzmechanismen zur Abwehr von solchen Versagensmöglichkeiten wie Redundanzen, eine Sicherheitskultur in der Organisation, ständiges Training von Standardprozeduren und organisatorisches Lernen können die Eintrittswahrscheinlichkeit von Systemversagen minimieren. Jedoch konkurriert »Sicherheit« in der Regel mit anderen Organisationszielen wie beispielsweise der Reaktionsgeschwindigkeit oder materieller Ausstattung aufgrund von Budgetzwängen.

Eines der bekanntesten Beinahe-Unfälle mit Atomwaffen ist der sogenannte »Damascus-Vorfall« in den USA, der am 19. September 1980 auf der Little Rock Air Force Base nahe Damascus, Arkansas, stattfand. Zwei Instandsetzungsmechaniker waren am Vortag mit Routinearbeiten an einer der dort stationierten Titan II Inter-

US-Kategorien nuklearer Zwischenfälle (Auswahl)

Broken Arrow: Ein Atomwaffenunfall, der keinen Nuklearkrieg provoziert, der aber eine nukleare Detonation oder den Brand einer Atomwaffe umfasst und der eine Gefährdung der Öffentlichkeit darstellt.

Empty Quiver: Der Verlust, die Inbesitznahme, Zerstörung, oder versehentliche Abwurf einer nuklearen Waffe.

Bent Spear: Ein Vorfall, der radioaktive Kontamination umfasst.

Dull Sword: Ein Sicherheitsvorfall, der zu geringem Schaden an einer Waffe führte.

Nucflash: Ein Unfall mit einer nuklearen Waffe, der zu einer möglichen Detonation und dem Risiko eines Krieges führt.

kontinentalraketen beschäftigt. Dabei verlor einer der Techniker aus Versehen eine Steckschlüsselnuss, die nach 24 Metern Fall vom Boden des Raketen-silos abprallte und den Treibstoff-tank der Rakete aufriss. Sofort trat Treibstoff der ersten Antriebsstufe aus und füllte den Boden des Silos.

Nachdem am Morgen des Folgetags ein Unfallreaktionsteam eintraf, kam es zur Explosion des ausgetretenen Treibstoffes. Die Wucht der Explosion schleuderte die 740 Tonnen schwere Siloabdeckung zur Seite, und die zweite Stufe der Rakete zusammen mit dessen Gefechtskopf aus dem Silo heraus. Die zweite Stufe explodierte nach Verlassen des Silos und der nukleare Gefechtskopf wurde dreißig Meter von der Siloöffnung entfernt geschleudert. Die Sicherungsmechanismen des Kopfes hielten jedoch und es konnte kein radioaktives Material

austreten. Durch die Explosion starb jedoch ein Soldat, 21 weitere wurden teilweise schwer verwundet.

Der Unfall bei Damascus war das bislang letzte »Broken Arrow«-Ereignis der amerikanischen Nuklearstreitkräfte. »Broken Arrow« bezeichnet in der Terminologie der US Air Force eine Stufe in der Klassifikation von Vorkommnissen mit Atomwaffen. Vorfälle, die als »Broken Arrow« klassifiziert werden, sind zum Beispiel die versehentliche Detonation von Nuklearwaffen, deren nicht-nukleare Verbrennung, eine radioaktive Kontamination oder der Verlust einer Nuklearwaffe oder deren Trägersystems während eines Transports. Bis zum Jahr 2013 klassifizierte das amerikanische Verteidigungsministerium insgesamt 32 Vorfälle als »Broken Arrow«. Darunter waren auch Vorfälle, die längerfristige Schäden anrichteten. So kollidierte am

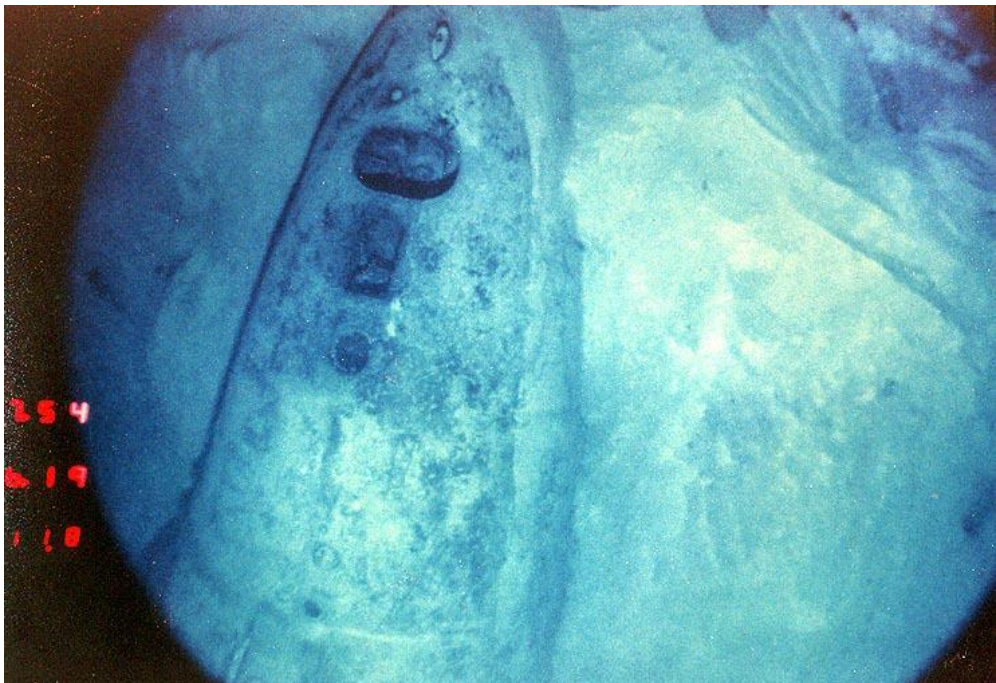


Foto: Bow Scorpion von US-Navy / wikipedia / Public Domain

Unterwasseraufnahme des US-amerikanischen U-Boots Scorpion - 1968 gesunken, liegt es heute noch 400 Seemeilen südwestlich der Azoren mitsamt Nuklearreaktor sowie zwei mit Atomsprengköpfen bestückten Torpedos an Bord.

17. Januar 1966 ein mit vier Wasserstoffbomben beladener B-52-Bomber mit einem Tankflugzeug nahe dem spanischen Ort Palomares. Durch die Explosion stürzten beide Flugzeuge ab, wobei sieben der insgesamt elf Besatzungsmitglieder starben. Drei der Wasserstoffbomben gingen über dem

1.400 Tonnen kontaminierter Boden wurden in den Folgemonaten an Land abgetragen; eine Kontamination des Geländes kann jedoch bis heute gemessen werden.

Zwei Jahre später, am 21. Januar 1968 brach in der Nähe der Thule Airbase bei Grönland an Bord eines B-

Siebzig Jahre Erfahrungen mit Nuklearwaffen sind kein Garant für einen sachgemäßen Umgang.

Festland nieder, die vierte stürzte vor der andalusischen Küste ins Meer. Auch wenn die Sicherheitsmechanismen der Bomben eine thermonukleare Explosion verhinderten, setzte bei zwei der über Land niedergegangenen Bomben der hochexplosive konventionelle Sprengstoff um und verteilte radioaktives Material auf 170 Hektar Agrarland. Die im Meer versunkene Bombe konnte in einer aufwändigen Rettungsaktion geborgen werden und

52, der ebenfalls mit vier Wasserstoffbomben beladen war, ein Feuer aus. Die Besatzung war gezwungen, das Flugzeug zu verlassen, das anschließend ins Wasser stürzte. Durch den Aufprall gelangte auch hier der konventionelle Sprengstoff der Wasserstoffbomben zur Explosion, was zu einer Kontamination des Eises um die Absturzstelle herum führte.

Insbesondere die beiden letzten Unfälle führten zu organisatorischem

Foto: Thule air base von USAF / wikipedia / Public Domain



Blick von oben auf die Thule Airbase - 1968 Schauplatz eines Vorfalles mit Wasserstoffbomben aufgrund eines Feuers an Bord eines Bombers vom Typ B-52.

Lernen und einer Weiterentwicklung der nuklearen Sicherheitsmechanismen. So stellten die USA im Nachgang der Abstürze die »Chrome Dome«-Flüge ein, bei denen sich ständig ein Dutzend nuklear-bestückte B-52-Bomber in der Luft befanden, um im Falle eines Angriffes mit Nuklearwaffen den Vergeltungsschlag führen zu können. Zudem forcierten sie weiter die Einführung insensitiver Sprengstoffe. Das Ende der Blockkonfrontation nach dem Fall des Eisernen Vorhanges führte zwar zu einer Verringerung der Wahrscheinlichkeit eines atomaren Krieges und die Abrüstung der nuklearen Arsenale senkte auch deren Unfallwahrscheinlichkeit. Jedoch existieren weiterhin Staaten, welche das nukleare Abschreckungspotential zum Überleben ihrer Regime als notwendig erachten. So sank die Zahl der Besitzer nuklearer Arsenale nicht, sondern stieg sogar noch an.

Dass auch siebzig Jahre Erfahrung im Umgang mit Nuklearwaffen kein Garant für einen sachgemäßen Umgang sein können und institutionelle Prozesse sowie externe Zwänge weiterhin Potential für Unfälle bergen, zeigte unlängst ein Bericht des amerikanischen Bundesrechnungshof: Bei der Überprüfung der Führungsinfrastruktur der strategischen Nuklearstreitkräfte stellte das Government Accountability Office im vergangenen Jahr fest, dass das Pentagon dort noch Computersysteme aus den 70er Jahren verwendet, welche mit 8-Zoll Disketten operieren – eine Technologie die bereits Anfang der 80er Jahre veraltet war.

Im Rahmen der begonnenen Modernisierung des amerikanischen Nukleararsenals wurden bereits Schritte unternommen, die Sicherheit im Umgang mit den Waffen- und Trägersystemen zu erhöhen. So hat der ehemalige Verteidigungsminister Chuck Hagel bereits im Jahr 2014 ein

Programm ins Leben gerufen, dass den Zustand des Personals, der Erprobung, Führung, Leistungsfähigkeit und Finanzierung des amerikanischen Nuklearwaffenkomplexes evaluieren und Verbesserungsbedarf feststellen soll. Die Administration unter Präsident Donald Trump hält an dem von seinem Amtsvorgänger beschlossenen Modernisierungskurs fest und wird dafür in den nächsten dreißig Jahren rund 1,2 Billionen US-Dollar ausgeben.

Dabei sollen Trägersysteme wie die Minuteman III ICBM und Trident II SLBM komplett neu konstruiert sowie die B2 und B52H-Trägerflugzeuge modernisiert werden. Zudem wird die Lebensdauer von bestehenden Gefechtsköpfen verlängert und die Technik in den Führungs- und Kontrollleinrichtungen modernisiert. Schließlich sollen nach kritischen Berichten über Dienstpflichtverletzungen und disziplinarischen Verfehlungen bei Angehörigen der Air Force auch Prozeduren und Organisationskultur überarbeitet werden.

Nukleare Waffen mit ihrer strategischen Bedeutung bleiben nicht nur eine besondere Herausforderung für die internationale Abrüstungspolitik, sondern verdienen auch weiterhin eine besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich ihrer Lagerung und Sicherung.

Oliver Teige *hat Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen und Geschichte an den Universitäten Greifswald und Uppsala (Schweden) studiert und ist Offizier der Bundeswehr.*

...

Quellen und Links:

[Chatham House Bericht »Too Close for Comfort« vom April 2014](#)

[Beitrag von Marco Fey von der HSEK auf dem sicherheitspolitik-blog vom März 2014](#)



Nukleare Abschreckung auf Knopfdruck? Was in der Theorie einfach klingt, erweist sich in der Praxis als kompliziert, denn hier kommen die Faktoren Mensch, Organisation und Glaubwürdigkeit ins Spiel. Im Bild: Bedienungselemente des im Kalten Krieg genutzten Nike-Flugabwehrraketensystems, das auch nuklear bestückt werden konnte.

ABSCHRECKENDER OPTIMISMUS

VON SEBASTIAN NIEKE

Mehr Nuklearwaffen für mehr Stabilität? Die Debatte um Kenneth Waltz' optimistische Vorstellung von nuklearer Abschreckung taugt nicht nur als Crashkurs im nuklearstrategischen Denken. Sie offenbart sich auch als Lehrstück von Chancen und Grenzen wissenschaftlicher Intervention in die außen- und sicherheitspolitische Praxis.

»Die Politikwissenschaft entleert sich ihres Inhaltes – der Analyse des Politischen« schreibt der Professor für Internationale Politik Carlo Masala Anfang 2017 bei Zeit Online. Ähnlich hat sich bereits Ende der Nullerjahre der US-Politologe und Außenpolitikexperte Joseph Nye in der New York Times geäußert: »*The danger is that political science is moving in the direction of saying more and more about less and less.*« Beide Plädoyers sind eindeutig: Die Forschung sollte sich in die Praxisdebatte einmischen, auch und gerade, wenn es um die großen Fragen des menschlichen Zusammenlebens geht.

Ein plastisches Beispiel dafür mit Blick auf die »*high politics*« nuklearer Proliferation lieferte kurz vor seinem Tod der US-Politikwissenschaftler und Vater der neorealistischen Theorie internationaler Politik Kenneth Waltz. Während sich im Sommer 2012 die Debatte über das iranische Nuklearprogramm zuspitzte, die »P5+1« und die EU auf den damals noch keineswegs absehbaren »Nukleardeal« mit der Islamischen Republik hinarbeiteten und in der strategischen Community kontrovers über Luftangriffe zur »*Counterproliferation*« diskutiert wurde, veröffentlichte Waltz in der renommierten Foreign Affairs einen Beitrag, der es fettgedruckt aufs Titelblatt schaffte: »*Why Iran Should Get the Bomb*«. Was war passiert?

Was passieren kann, wenn sich Stimmen aus der Forschung in die politische Debatte einmischen, ist bestenfalls dem menschlichen Zusammenleben dienlich, schlechtestenfalls vergebliche Mühe, in fast jedem Fall aber aufschlussreich über Grenzen und Grenzübergänge zwischen Forschung und Praxis. So auch hier, denn Waltz' Einlassung war keineswegs spontan, sondern vielmehr Ausfluss einer ausgedehnten Debatte über das Für und Wider nuklearer Bewaffnung in der

internationalen Politik. Diese heute mehrere Bücher füllende Auseinandersetzung taugt nicht nur als Crashkurs in nuklearstrategischem Denken. Sie offenbart sich auch als Lehrstück darüber, wie eine akademische Intervention in das praktische Feld der Außen- und Sicherheitspolitik mit Kontingenz, Wissensasymmetrien und der Unvorhersagbarkeit menschlichen Handelns zu kämpfen hat.

Waltz' Thesen von 2012 sind relativ einfach wiederzugeben. Den Verzicht Irans auf Nuklearwaffen, wie er durch Verhandlungen zwischenzeitlich erreicht wurde, hielt Waltz 2012 für unwahrscheinlich. Ein alternatives »*Breakout Capability*«-Szenario, in welchem Teheran die Entwicklung unmittelbar vor der Produktion eines Atomsprengekopfs stoppt und sich als Fast-Nuklearmacht eine kurzfristige »Option auf die Bombe« offenhält, erschien ihm wenig wünschenswert, da die Bedrohungswahrnehmungen in anderen Staaten, darunter zuvorderst in Israel, dann weiterbestünden und immer noch mit einem Angriff gegen die iranischen Atomanlagen zu rechnen sei.

Demgegenüber sei eine Islamische Republik, die über Kernwaffen verfüge, aus Waltz' Sicht ein Szenario, das mehr Stabilität für die Region böte. Iran sei ein rationaler Akteur, der Nuklearrüstung zum Erhalt seiner Sicherheit betreibe. Ein lange bestehendes Machtungleichgewicht aufgrund israelischer Nuklearwaffen würde zudem ausgeglichen. Mit einer aggressiveren auswärtigen Politik Teherans sei nach Erhalt der Bombe gerade nicht zu rechnen, ebenso wenig wie mit einer Weitergabe von Nuklearwaffenmaterial an Dritte – das zeige der Blick auf alle anderen Kernwaffenstaaten. Stattdessen würde rasch der bekannte Mechanismus der atomaren Abschreckung greifen: »Wo Nuklearfähigkeiten entstehen, entsteht auch Stabilität«.

Und die Gefahr eines Rüstungswettlaufs? Waltz' Antwort darauf dürfte selbst viele sicherheitspolitische Falken die Stirn runzeln und Friedensforscher die Hände über dem Kopf zusammenschlagen lassen. Denn »*More may be better*« lautet seit jeher Waltz' so bekanntes wie provokantes Motto, wenn es um die Nuklearisierung von Staaten geht – und das nicht erst seit gestern. Waltz' 1979 erschienenes Buch *Theory of International Politics* gilt heute als Klassiker. Die darin formulierte Idee der Staatenwelt als ein anarchisches System, in dem Staaten auf sich selbst gestellt ihre Sicherheit zu maximieren suchen und ein Gleichgewicht der Mächte Stabilität verheißt, bildet den Grundstein des neorealistischen Zweigs der internationalen Politikforschung. Während Atomwaffen in seiner *Theory* nur am Rande Erwähnung finden, greift Waltz ihre Verbreitung zwei Jahre später gezielt in einem Papier auf, das unverblümt

»*More May Be Better*« untertitelt ist und bereits 1981 den Weg zu seinen kontroversen Iran-Thesen weist.

In Waltz' anarchischer Struktur des internationalen Systems ist die Maximierung der eigenen Sicherheit das entscheidende Motiv eines jeden Staats, der atomare Bewaffnung anstrebt. Aus seiner systemischen Vogelperspektive spielt dabei keine Rolle, ob es sich um eine freiheitliche Demokratie, eine sozialistische Republik oder eine Diktatur handelt: Staaten sind für Waltz grundsätzlich rationale Akteure, deren Kernziel ihr eigener Fortbestand ist. Vor diesem Hintergrund entwickelt Waltz eine optimistische Idee atomarer Abschreckung, auf der sein gesamter nuklearer Optimismus letztlich fußt.

So spricht Waltz Kernwaffen aufgrund des horrenden Zerstörungspotentials selbst kleiner Nukleararsenale eine Absolutheit zu. Ob ein Staat über 50 oder 500 Atombomben verfügt, macht für ihn kaum keinen Unterschied, denn: »*Nuclear forces do not add up.*« Diese absolute Qualität komme einem Game-Changer gleich, denn während in konventionell ausgetragenen Konflikten durch Fehleinschätzungen stets ein Hang zur unvorsichtigen Eskalation bestehe, berge ein Konflikt selbst bei nur rudimentären nuklearen Fähigkeiten im Hintergrund stets das Risiko extremer Zerstörungen in sich. Freilich räumt Waltz große Unterschiede zwischen beispielsweise dem Kernwaffenarsenal Russlands und jenem Pakistans ein und stellt die Notwendigkeit einer Zweitschlagsfähigkeit heraus. Doch seine Vorstellung von Absolutheit ficht das nicht an. Waltz sieht gleichsam einen von 50 veralteten Jagdbombern mit Atombombe unter dem Rumpf, dem es gelingt, im Chaos eines zwischenstaatlichen Krieges die gegnerische Flugabwehr zu durchbrechen und eine grenznahe Großstadt zu bombardieren. So hätte

Nuklearer Optimismus

Kenneth Waltz ist mit seinem nuklearen Optimismus zwar in der Minderheit aber nicht allein. Mit John Mearsheimer spricht sich ein weiterer Vertreter der neorealistischen Schule in bestimmten Fällen für nukleare Proliferation aus – und das ähnlich provokant: 1990 regte er in seinem Aufsatz »*Back to the Future*« an, dass Deutschland nach Ende des Kalten Krieges Kernwaffen erhalten solle, um zur Stabilität in Europa beizutragen. Ähnlich äußerte sich der US-Politologe Stephen Van Evera. Auch die Konfliktforscher Bruce Bueno de Mesquita und William Riker halten bei bestimmten Konflikten, in denen nur einer der Gegner über Atomwaffen verfügt, nukleare Proliferation theoretisch für hilfreich, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

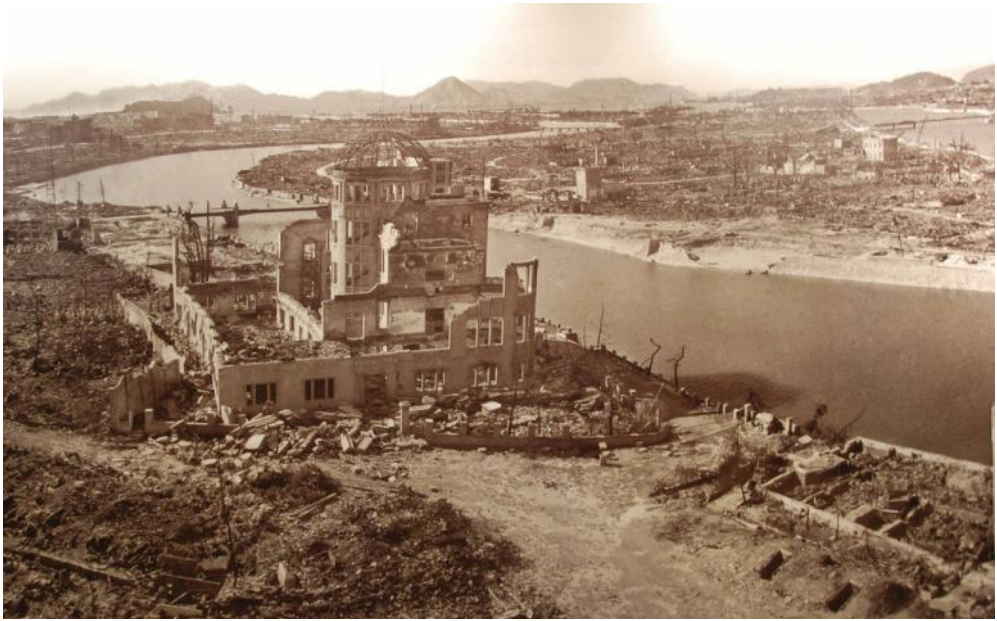


Foto: Hiroshima-after-the-bomb von Maarten Heerlen / flickr / CC-BY-SA 2.0

Hiroshima nach dem 6. August 1945: Angesichts des Zerstörungspotentials selbst kleinerer Atomsprengköpfe tendieren Staaten zu großer Vorsicht, wenn Kernwaffen im Spiel sind – so zumindest die Annahme nuklearer Optimisten wie Kenneth Waltz.

selbst ein nuklear schwach und konventionell veraltet gerüsteter Staat im Kriegsfall zwar minimale aber nicht wegdiskutierbare Chancen, einem Gegner atomare Zerstörungen beizubringen. Mit ballistischen Raketen lässt sich dieses Szenario etwa auf die

und daraus resultiere eine ausgeprägte Vorsicht. Auch die Weitergabe waffenfähigen Nuklearmaterials an per se nur schwer kontrollierbare nichtstaatliche Akteure sei deshalb sehr unwahrscheinlich. Unter dem Strich begreift Waltz den Status »Nuklearmacht«

Waltz' nuklearer Optimismus dürfte selbst sicherheitspolitische Falken die Stirn runzeln lassen.

heutige Situation Nordkoreas übertragen – der Fehlalarm auf Hawaii im Januar 2018 lässt grüßen.

Das führt zu Waltz' nächstem Gedanken: Im Angesicht nuklearer Bewaffnung werde Furcht zum Leitmotiv jedes staatlichen Konflikthandelns,

demnach als absolut: Sobald ein Staat über eine rudimentäre Zahl von Kernwaffen und Trägermitteln dafür verfügt, ist er für Waltz ein atomarer Akteur. Daraus erwächst letztlich seine optimistische Vorstellung nuklearer Abschreckung – definiert als die

NUKLEARE STABILITÄT: KEIN AUTOMATISMUS

Fähigkeit, einen potentiellen (und eventuell militärisch haushoch überlegenen) Gegner durch einen Nuklearschlag, gegen den er sich nicht verteidigen könnte, von einem Angriff abzuhalten. Spätestens mit dem Erhalt einer Zweitschlagsfähigkeit wäre eine stabile Abschreckung sichergestellt, weitere Nuklearrüstung unnötig, und die Häufigkeit wie auch die Intensität militärischer Konflikte zwischen den Nuklearstaaten reduziert – »More May Be Better«, soweit die Theorie.

Verlässt man jedoch Waltz' systemische Vogelperspektive, beginnen die Säulen seines nuklearen Optimismus zu wackeln, je stärker die Faktoren Mensch und Organisation ins Spiel kommen. Zwar räumt auch Waltz ein, dass atomare Abschreckung technisch-operationelle Voraussetzungen hat. Diese erachtet er allerdings als sicher erfüllbar, auch für schwächere Staaten. Folgt man hingegen seinen Kritikern

wie dem US-Politikwissenschaftler und Nuklearexperten Scott Sagan und öffnet einmal die Blackbox der politisch-militärischen Führungsorganisation eines Nuklearstaats, entsteht ein völlig anderes Bild. Sagan steigt aus den Höhen internationaler Politiktheorie tief hinab in die Kommandobehörden, Planungsstäbe und Gefechtsstände, in denen Entscheidungen über Strategie, Planung und Alarmierung – und bei mangelnder ziviler Kontrolle sogar über den Einsatz – einer Nuklearwaffe getroffen werden würden. Dort macht er gleich mehrere Risikofaktoren aus.

Als besonders problematisch sieht Sagan einen in Militärführungen weltweit ausgeprägten Hang, gegenüber dem Feind die Initiative zu behalten. Hege ein Gegner erkennbare Kernwaffenambitionen, könne dieses »besser jetzt als später«-Denken zur Befürwortung von Präventivschlägen

Foto: DN-ST-82-01336 von National Museum of the U.S. Navy / flickr / Public Domain



Die US-Marine verfügt mit u-bootgestützten Atomraketen, wie hier auf der Ohio-Klasse, heute über die sicherste Option zur nuklearen Abschreckung. Doch für ihre Einführung brauchte es zivile Einflussnahme gegen Widerstände in der militärischen Führung.

gegen den Atomaspiranten führen. Sagan verweist auf die erstmals in den Sechzigerjahren nuklear rüstende Volksrepublik China und zitiert zunächst in den USA und später in der Sowjetunion gemachte Vorschläge aus der Streitkräfteführung an die Politik, dem militärisch zuvorzukommen, bevor das chinesische Arsenal hinreichend ausgebaut und geschützt wäre. In beiden Fällen entschied sich die politische Führung offenkundig gegen einen Angriff. Was aber wäre, wenn sich andernorts eine Staatsführung nicht gegen die Generalität ihres Landes durchsetzen kann oder sogar völlig von ihr abhängig ist?

Der Faktor zivile Kontrolle ist jedoch keineswegs nur mit Blick auf etwaige offensive Militärdoktrinen von Bedeutung, sondern erst recht wenn es darum geht, das eigene Nukleararsenal gegen feindliche Präventivschläge zu schützen. Denn gerade wo finanzielle Ressourcen knapp bemessen sind und Nuklearwaffen als (inter-)nationale Prestigeobjekte wahrgenommen werden, sind die Faktoren Sprengkraft, Reichweite und Vorzeigbarkeit auf Paraden für die Verantwortlichen im Zweifel der Karriere im eigenen Apparat dienlicher und damit attraktiver, als jene oft unscheinbaren Maßnahmen zur Tarnung, Verbunkerung und Mobilität, die es braucht, um ein Atomarsenal zu »härten« und zu einer Zweitschlagsfähigkeit weiterzuentwickeln. Selbst die Geschichte etablierter Nuklearmächte zeigt, dass dafür Eingriffe der zivilen Führung nötig sind.

So wurde etwa die Entwicklung u-bootgestützter Atomraketen, welche der US-Marine heute die weltweit sicherste Zweitschlagskapazität verleihen, in den Fünfzigerjahren zunächst gegen den Widerstand der Marineführung und nur dank der externen Überredungsarbeit des zivilen „Killian Committees“ durchgesetzt –

Zweitschlagsfähigkeit

Nukleare Abschreckung zwischen Staaten beruht darauf, dass im atomaren Ernstfall ihre gegenseitige Zerstörung unausweichlich wäre – im Kalten Krieg bürgerte sich die Rede von der »mutually assured destruction« ein. Was aber, wenn ein Staat das Nukleararsenal des Gegners überraschend zerstört, bevor dieser atomar reagieren kann? Um dieses Szenario auszuschließen, muss eine Atommacht zum Zweitschlag fähig sein – das heißt, sie muss über Kernwaffen verfügen, die auch dann noch eingesetzt werden können, wenn ein gegnerischer Nuklearangriff bereits erfolgt ist. Das allerdings ist aufwändig und teuer. Die derzeit sicherste Zweitschlag-Option sind weitreichende Raketen, die auf U-Booten stationiert werden, welche sich der gegnerischen Beobachtung relativ gut entziehen können. Großbritannien und Frankreich etwa setzen heute nur noch auf U-Bootgestützte Atomwaffen.

viele Admirale hatten befürchtet, dass die Raketenentwicklung auf Kosten der klassischen Seekriegsführung mit Kreuzern und Flugzeugträgern gehen würde.

Doch selbst wenn Maßnahmen zur »Härtung« eines Atomarsenals getroffen werden, können eben diese wiederum neue Verwundbarkeiten bergen. Denn gerade militärische Gründlichkeit läuft seit jeher Gefahr, »Signaturen« zu erzeugen, die dem Gegner bei genauer Analyse nicht verborgen bleiben. Sagan hat dafür zahlreiche Beispiele aus der nuklearen Abschreckungsgeschichte parat. Sie reichen von symmetrisch angelegten Flugabwehrraketstellungen in den Wäldern Kubas über auffällig große Kurvenradien im sowjetischen Straßenbau, die zum Transport zusammengebaute Raketen

in ihre Stellungen nötig waren, bis hin zu baulichen Strukturen in Nordkorea, die verdächtig an Entsorgungsdeponien für Nuklearmaterial aus der Sowjetunion erinnern.

Unter dem Strich bergen offensive Militärdoktrinen auf der einen, verwundbare Atomarsenale auf der anderen Seite und die Gefahr mangelnder ziviler Kontrolle demnach stets das Risiko von Präventivschlägen und die

Räume öffnen für mehr oder weniger verdeckte Aggression. Das Repertoire dafür ist umfangreich und wird heute, wenngleich zumeist mit Blick auf Osteuropa, mit dem Etikett der »hybriden Kriegsführung« versehen.

Ein Gedankenspiel in dieser Region verdeutlicht, wie begrenzt der »Geltungsbereich« nuklearer Abschreckung sein dürfte. Die Ukraine verfügte nach dem Zusammenbruch der Sowjet-

Verlässt man Waltz' Vogelperspektive und öffnet die Blackbox des Nuklearstaats, beginnen die Säulen seines Optimismus zu wackeln.

damit zusammenhängende Gefahr kriegserischer Eskalation – funktionierende nukleare Abschreckung ist also kein Automatismus. Ob sich gerade in von wechselseitigen Bedrohungswahrnehmungen und regionalem Konkurrenzkampf geprägten Weltgegenden wie dem Mittleren Osten zwischen neuen Nuklearstaaten tatsächlich mehr Stabilität einstellen würde, ist somit äußerst fraglich.

Das gilt umso mehr, da nukleare Abschreckung die Annahme der Entschlossenheit des atomar bewaffneten Gegners voraussetzt – es geht um Glaubwürdigkeit, was wiederum die Frage aufwirft, wer überhaupt wen wovon nuklear abschrecken kann. Waltz stellt klar, dass vitale Interessen wie die eigene territoriale Integrität berührt sein müssten.

Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass dort, wo (glaubwürdig vertretenes) vitales Interesse und damit »Abschreckbarkeit« endet, sich

union über das drittgrößte Nukleararsenal der Welt, gab es jedoch bereits 1994 im »Budapester Memorandum« gegen die Zusicherung territorialer Integrität sowie wirtschaftlicher Unterstützung aus dem Westen vollständig auf und trat dem Atomwaffensperrvertrag bei. Hätte Kiew 20 Jahre später Russland von der Annexion der Krim abschrecken können, wenn es seine Atomwaffen behalten (und in Stand gehalten) hätte? Kenneth Waltz ist 2013 verstorben, aber weitere nukleare Optimisten wie John Mearsheimer sagen Ja.

Die meisten anderen Experten hingegen bezweifeln das stark, denn auch hier hätte unter anderem das Problem mangelnder Glaubwürdigkeit bestanden: »Nukleare Abschreckung verlangt klare Kommunikationskanäle und klar definierte rote Linien, welche Russland durch die Nichtkenntlichmachung seiner Soldaten und der Einbindung russischer Minderheiten in der

Ukraine geschickt konterkariert hat«, schreibt der Nuklearexperte und Friedensforscher Giorgio Franceschini schon zu Beginn der Krise im März 2014. »Hybride Kriegsführung« ließe sich also schwerlich nuklear abschrecken.

Was bleibt nach so viel Skepsis von Waltz' theoriegeleitetem Vorstoß in die Praxis? Zuvorderst eine breite öffentliche Resonanz, nicht zuletzt, da sein Beitrag gekürzt auch in USA Today erschien. Gegen Joseph Nyes Befürchtung des »Saying more and more about less and less« sind Waltz' Iran-Thesen ob ihrer Einfachheit und Tragweite mit Sicherheit gefeiert. Doch machen gerade seine eingenommene Vogelperspektive und die an seinem Denken sonst oft gelobte analytische »Schlankheit« durch Abstraktion (»parsimony«) Waltz' Empfehlungen für die Praxis in diesem Fall besonders problematisch. Nicht von ungefähr warnen die allermeisten

Experten im Gegensatz zu Waltz vor einer Nuklearisierung Irans, und dementsprechend kritisch fiel ein Großteil der Reaktionen aus.

Der Politologe und ehemalige Sicherheitsberater von US-Vizepräsident Joe Biden Colin Kahl etwa verweist auf das sogenannte »Stabilitäts-Instabilitäts-Paradox«: Selbst wenn sich eine funktionierende nukleare Abschreckung einstellen sollte, mache das zwar einen Krieg zunächst weniger wahrscheinlich, lasse aber zugleich Provokationen und Scharmützel unterhalb dieser Schwelle gleichsam »handhabungssicher« erscheinen – ein Risiko, das im Fall der Islamischen Republik mit ihren stark fragmentierten inneren Machtstrukturen, den ziviler Kontrolle weitgehend enthobenen Revolutionsgarden und der etablierten Zusammenarbeit mit substaatlichen Gewaltakteuren wie der Hisbollah nicht von der Hand zu



Foto: SA-2 Launch sites in Cuba von U.S. Air Force / wikipedia / Public Domain

Militärische Gründlichkeit kann zum Risiko werden, denn sie erzeugt Signaturen, die dem Gegner nicht verborgen bleiben. Durch Luftbilder wie dieses einer SA-2-Flugabwehrrakettenstellung wurden die USA 1962 darauf aufmerksam, dass die Sowjetunion versuchte, verdeckt Atomraketen auf Kuba zu stationieren.



Ukraine 2014: Lassen sich »Grüne Männchen« nuklear abschrecken? Wohl kaum, denn hybride Kriegsführung unterläuft oft gezielt jene Schwelle, ab der ein Staat zur Verteidigung seiner Interessen glaubhaft mit einer Eskalation drohen könnte.

weisen ist. Irans Konflikt mit Israel und sein regionaler Machtkampf mit Saudi-Arabien, so das einhellige Feedback, sind mitzubedenken, denn sie bergen großes Eskalationspotential – ob in der Straße von Hormus, im Libanon oder, wie sich heute deutlich zeigt, in Syrien. »Vielleicht kann Waltz nachts ruhig schlafen, wenn so ein Regime Nuklearwaffen hat. Aber ich glaube, die meisten Zeitgenossen im Mittleren Osten nicht – und das aus gutem Grund«, schreibt Gary Schmitt vom konservativen American Enterprise Institute.

Deutlich wird an den Reaktionen vor allem, dass Waltz' Vorstoß einen so markanten wie unerwarteten Ausreißer gegenüber dem Mainstream der laufenden Iran-Debatte markierte. Wer solche Kontrapunkte setzt, muss damit rechnen, auch Beifall aus jenen Lagern zu erhalten, die mit dem etablierten Diskurs auf Kriegsfuß stehen. Der damalige Außenpolitikdirektor des

libertären Cato Institutes Justin Logan etwa preist Waltz' Artikel im National Interest als Ohrfeige gegen das Washingtoner »Außenpolitik-Establishment«.

Auch braucht es bisweilen ein dickeres Fell als in der akademischen Debatte: Waltz' Beitrag sei »der jüngste Beweis, dass manche Ideen soweit hergeholt sind, dass nur Columbia-Professoren sie glauben können«, findet der Journalist Ira Stoll im Commentary Magazine.

Doch die differenzierten Kommentare überwiegen, und einige Stimmen begrüßen ausdrücklich Waltz' gedanklichen Querschuss. »Die schiere Drastik im Denken solcher Ausreißer kann verdeutlichen, was in der Mainstreamdiskussion auf dem Spiel steht und was darin Sinn macht oder nicht, selbst wenn sonst niemand in der Diskussion solche Positionen einnimmt«, schreibt der CIA-Veteran Paul Pillar im Natio-

nal Interest. Unbenommen aller berechtigten Kritik hatte Waltz' Vorstoß dadurch auch eine positive

gerade im Sinne guter akademischer Praxis in die politische Debatte einzumischen – der Columbia-Weggefährte

Nukleare Abschreckung macht einen Krieg weniger wahrscheinlich, kann aber Konflikte unterhalb davon handhabungssicher erscheinen lassen.

Folge: Denn jene, die in der Diskussion auf ein rationales Kalkül des iranischen Regimes pochten und für eine Verhandlungslösung eintraten, sahen sich herausgefordert und bestärkt zugleich – lieferte Waltz als jeden Appeasementversuchs unverdächtigster Doyen einer maßgeblichen Denktradition der amerikanischen *Strategic Community* doch ein starkes Plädoyer für eben diese Rationalität und gegen die unter der Bush-Administration geprägte Figur Irans als Teil einer angeblichen »Axis of Evil«. Um das zu erreichen sei es aber besser, die Entscheidungsträger in Teheran davon zu überzeugen, selbst die Nuklearrüstung aufzugeben, indem »ihr wahrgenommener Bedarf an Abschreckung reduziert und ihnen ein diplomatischer Deal angeboten wird, der ihr Recht auf Urananreicherung wahrht.« Waltz' ebenso bekannter US-Kollege Stephen Walt beispielsweise sprach sich bei Foreign Policy klar gegen einen nuklear bewaffneten Iran aus.

Gleich eines fachlichen Gegengewichts brachte Waltz somit gerade die Verhandlungsbefürworter dazu, ihre Argumente zu schärfen. Unter dem Strich erreichte Waltz' Vorstoß somit etwas, das eigentlich jeder Wissenschaftlerin und jedem Wissenschaftler Mut machen sollte, sich auch und

Robert Jervis bringt es in einem Nachruf auf Waltz in der New York Times auf den Punkt: »*Even when you disagree, he moves your thinking ahead.*«

Sebastian Nieke ist Politikwissenschaftler und Redakteur an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

...

Quellen und Links:

[Kenneth Waltz' Meinungsbeitrag »Why Iran Should Get the Bomb« in der Foreign Affairs von Juli/August 2012](#)

[Meinungsbeiträge von Colin Kahl und Kenneth Waltz über »Iran and the Bomb« in der Foreign Affairs von September/Oktober 2012](#)

[Paul Pillars Meinungsbeitrag »Waltz and Iranian nukes« im The National Interest-Blog vom Juni 2012](#)

[Stephen Walts Meinungsbeitrag »Should we give Iran the bomb?« im Foreign Affairs-Blog vom Juni 2012](#)

[Douglas Martins Nachruf »Kenneth Waltz, Foreign-Relations Expert, Dies at 88« in der New York Times vom Mai 2013](#)



Das Friedensdenkmal in Hiroshima erinnert an die Zerstörungen durch den Atombombenabwurf am 6. August 1945. Das 1915 als Ausstellungshalle erbaute Gebäude wurde im Zustand von 1945 erhalten und 1996 durch die UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

MIT MORGENTHAU UND BOMBE ZUM WELTSTAAT

VON MORITZ RUDOLPH

»Realisten« in den Internationalen Beziehungen sind, anders als der Mythos es behauptet, keine Zyniker, die den Nationalstaat vergotten. Ihr Vordenker Hans J. Morgenthau entwickelte sich sogar zu einem Verfechter der Idee vom Weltstaat. Nur diesen sah er imstande, die Gefahr eines Atomkriegs zu bannen.

Wer die Einigung der Welt für den Gipfel der politischen Vernunft hält, schlägt, weil er einen Gegner braucht, von dem er sich absetzen kann, gern auf die Theorieschule des Realismus in den Internationalen Beziehungen ein. Vielen gilt sie bloß als zynische Rechtfertigungslehre für national-staatliche Machtpolitik, die um Verbesserung der Stellung der eigenen Nation bemüht ist, sich aber um den Zustand der übrigen Welt nicht weiter kümmert, und dabei leichtfertig deren Destabilisierung in Kauf nimmt. Eine Theorie ohne Gewissen also, die blindlings gutheißt, was sie zu beschreiben vorgibt und dabei alle kosmopolitischen Ideale mit Füßen tritt.

Dass diese Kritik aber am Kern des Realismus vorbeigeht, zeigt ein Blick in dessen Anfangsjahre. Für Hans J. Morgenthau, vielleicht die wichtigste Figur in der realistischen Ahnenreihe, steht im Zentrum des politischen Realismus nicht das Festhalten am Nationalstaat, sondern geschichtsphilosophische Skepsis: Mit dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt kann der moralische nicht Schritt halten; er bleibt zurückgeworfen auf die ewiggleiche, aggressiv nach Macht strebende Menschennatur. Durch die Gleichzeitigkeit von technischem Fortschritt und moralischer Stagnation wächst die Wahrscheinlichkeit großer Zerstörungen. Die Furcht des Realismus vor der Natur des Menschen liefert, zusammen mit der Entwicklung nuklearer Waffen, eine viel bessere Begründung des Weltstaats, als es der Mythos wahrhaben will.

Zunächst steht der Skepsis gegenüber menschlicher Selbstbeschränkung im Technologiegebrauch aber eine andere Skepsis gegenüber: Der Realismus schließt den Weltstaat nicht grundsätzlich aus, aber 1948, als Morgenthau sein Hauptwerk »Politics Among Nations« schreibt, hält er ihn für unrealistisch und darum jede Idee,

ihn zu errichten, für gefährlich. Sie gibt sich, so seine Befürchtung, denselben Illusionen vom ewigen Frieden hin, an denen die Weltpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts krachend gescheitert ist – entweder durch naiven Völkerrechtsoptimismus und zauderndes Appeasement, das die Gefahr des Nationalsozialismus nicht erkannt hat, oder durch aggressive Weltbeglückungsphantasien. Beides läuft auf Krieg hinaus.

Der Weltstaat ist für Morgenthau unmöglich, weil es keine transnationale Gemeinschaft gibt, die ihn tragen kann. Nationalstaaten verfügen auch im 20. Jahrhundert über die drei entscheidenden Stützen einer stabilen Ordnung: das Monopol organisierter Gewaltsamkeit, die Loyalität der Staatsbürger und die Fähigkeit, einen (minimalen) sozialen Ausgleich herzustellen.

Morgenthau schreibt: »*Under the present moral conditions of mankind, few men would act on behalf of a world government if the interests of their nation would require a different course of action. On the contrary, the overwhelming majority would put the welfare of their own nation above everything else, the interests of a world state included.*«

Jeder Staatsmann, der sich dem Imperativ der Machtsteigerung widersetzt und stattdessen daran arbeitet, eine bessere, gemeinschaftlichere Weltordnung zu schaffen, macht seinen Staat demnach bloß verwundbar, ohne etwas an den Mechanismen internationaler Machtpolitik zu ändern. Da es für Morgenthau unvorstellbar ist, dass sich die Nationalstaaten freiwillig auflösen zugunsten einer übergeordneten Autorität, bleibt nur die Möglichkeit, den Weltstaat zu erzwingen: »Ein derartiger Weltstaat wäre ein totalitäres Monstrum, das auf tönernen Füßen ruht. Der bloße Gedanke daran erschrickt das Vorstellungsvermögen.«

In den Folgejahren verfestigt sich Morgenthau Skepsis gegenüber der Welteinigung zu einer harten Haltung im Kalten Krieg. Morgenthau entwickelt sich zum außenpolitischen Falken, wettert gegen Eisenhowers »war-avoiding policies« in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Harsch kritisiert er 1956 die Zurückhaltung der US-Regierung nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands und in der Suez-

Krise. 1957 fordert er in Reaktion auf den Sputnik-Schock ein umfassendes Militarisierungsprogramm. 1956 schreibt er gar: »*The United States must prepare for, and fight if necessary, a limited atomic war, with the atomic ingredient carefully adapted to the challenge to be met – strong enough, at the very least, to avoid defeat, but not so strong as to provoke all-out atomic retaliation*«.

Doch dann geschieht offenbar irgendetwas, das ihn an seiner sicherheitspolitischen Haltung zweifeln lässt, denn um das Jahr 1958 herum häufen sich seine Stellungnahmen gegen eine harte Gangart im Kalten Krieg. Gleichzeitig nähert er sich der Idee vom Weltstaat, die schon in »Politics Among Nations« als Möglichkeit vorhanden war, nun wieder an. Die weltpolitische Realität, so der Tenor seiner politischen Kommentare, duldet keinen Aufschub mehr. Auch wenn die Welteinigung unwahrscheinlich ist, müssen wir daran festhalten. Morgenthau scheint zum Utopisten geworden zu sein. Was war passiert?

Wir können nur spekulieren. Vielleicht hat Morgenthau Angst bekommen vor der eigenen Courage, als Präsident Eisenhower ab 1957 tatsächlich das vergleichsweise genügsame »Containment«-Konzept seines Vorgängers Truman durch eine aggressive »Rollback«-Politik gegenüber der Sowjetunion verschärft. Vielleicht jagte ihm die Zuspitzung des Kalten Krieges, die sich mit der zweiten Berlin-Krise von 1958 beschleunigte und 1962 beinahe im Atomkrieg endete, einen politischen Schrecken ein, von dem er sich nie wieder erholte.

In jedem Fall setzt sich bei Morgenthau folgende (eigene, alte, jetzt aber radikalisierte) Einsicht durch: Wenn die Atomwaffen so zerstörerisch sind, und der Mensch, der über sie verfügt, so unzuverlässig ist, gibt es nur zwei Möglichkeiten, um den



Hans Joachim Morgenthau

Hans Joachim Morgenthau (1904-1980) war ein deutsch-amerikanischer Jurist und Politologe. Nach Promotion (1929) und anschließender Richtertätigkeit in Frankfurt am Main lehrte er ab 1932 Völkerrecht in Genf. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland emigrierte er zunächst nach Spanien und später in die Vereinigten Staaten. Er lehrte unter anderem an der University of Chicago und der New School for Social Research in New York.

Foto: Morgenthau, Hans | mit freundlicher Genehmigung der University of Chicago

Atomkrieg zu verhindern: Entweder sich im Kalten Krieg zu ergeben oder einen Weltstaat zu errichten, der über den Blöcken thront.

Während er die US-Führung in einem Artikel von 1958 noch dazu auffordert, ihre Kapazitäten zur Führung eines »*limited nuclear war*« auszu-

nun offen von einem historischen Bruch durch die Atombombe. Die politischen Konsequenzen sind drastisch. 1970 schreibt Morgenthau: »*Threatened by the unsolved political problems of the day, we have to think more and more in terms of a supranational community and a world government,*

Realismus und Idealismus fallen mit einem Schlag zusammen, wenn der Gegner die Bombe ist.

bauen, meldet er in einer Vorlesung am Dartmouth College im selben Jahr erstmals Bedenken an der Möglichkeit begrenzter nuklearer Kriegsführung an.

Wie passt das zusammen? Nutzt Morgenthau das Universitätsseminar als Laboratorium, in dem er mit neuen Thesen experimentiert, die er einer größeren Öffentlichkeit aber noch vorenthalten will? Auch hier bleiben die Motive im Dunkeln, aber wir können vermuten, dass die widersprüchliche Haltung ihre Wurzel in der Theorie des Realismus selbst hat. Morgenthaus Bedenken gegen den Weltstaat sind ja nicht mit einem Mal verschwunden, nur hält er es jetzt für noch bedenklicher, ihn nicht zu errichten.

Anfang der 60er Jahre scheint er jedoch endgültig ins Lager der Atomwaffengegner übergewechselt zu sein. Morgenthau erkennt, dass diese Waffen eine historische Zäsur bedeuten. 1960 schreibt er: »*Qualitatively speaking*«, ist diese Anfälligkeit für die totale Zerstörung »*the only structural change that has occurred in international relations since the beginning of history.*« Derselbe Morgenthau, dem man oft Ahistorismus vorgeworfen hat, spricht

a political organization and structure that transcends the nation state.«

Der Weltstaat hat die Weltgemeinschaft zur Voraussetzung. Diese wird es erst geben, wenn ein Minimalkonsens über das politisch Gemeinsame erzielt wurde. In einer äußerst heterogenen Welt kann der Konsens nur negativ sein und er ist, wie Morgenthau 1959 bemerkt, bereits vorhanden: Die gemeinsame Angst der beiden Supermächte vor der atomaren Vernichtung übersteigt ihre Angst voreinander, womit die Grenze der Feindschaft bereits verschoben ist: Gegner ist die Bombe, nicht der Andere.

Der wolkige Traum einiger Humanisten wird zur Notwendigkeit für alle, die an Selbsterhaltung interessiert sind. Realismus und Idealismus fallen mit einem Schlag zusammen. Aus der gemeinsamen Angst vor der Vernichtung kann die Keimzelle eines Weltstaates entstehen, dessen genauere Konturen erst noch herauszuarbeiten sind. Den Anfang, so Morgenthau 1961, sollen die Vereinten Nationen machen, nachdem ihnen in einem gemeinsamen Gründungsakt die Kontrolle über sämtliche Nuklearwaffen übergeben worden ist.

Betrachten wir diesen politischen Schwenk nicht als persönliche Laune, sondern als dem Realismus immanent, dann ergibt sich ein scharfer Kontrast zur verbreiteteren neo-realistischen Nachfolgetheorie, die bis heute viele (US-amerikanische) Universitäten und das strategische Denken beherrscht: Während der Neorealismus davon ausgeht, dass die Atombombe Frieden zwischen den Großmächten stiftet, weil ihr Einsatz keinem der Beteiligten, die immer mit einem Gegenschlag rechnen müssen, Nutzen stiften könnte, will sich der klassische Realismus nicht auf so viel Rationalität verlassen. Er hält auch suizidale Akteure für denkbar, die sich von einem möglichen Gegenschlag nicht abschrecken lassen. Schon eine Sekunde der Unachtsamkeit oder auch nur

eine Überreizung im diplomatischen Spiel durch ansonsten recht vernünftige Köpfe könnte die Katastrophe zur Folge haben. Mit der Bombe ist der Krieg nicht mehr die Forstsetzung der Politik mit anderen Mitteln, eher macht sie deren Außerkraftsetzung im Weltstaat notwendig, um die Gefahr durch Souveränität zu bannen.

Anders der Neorealismus: Dessen Vordenker Kenneth Waltz erregte kurz vor seinem Tod im Jahr Aufsehen, als er in einem Foreign-Affairs-Artikel eine mögliche iranische Atombombe begrüßte. Mit ihr werde es Stabilität im Nahen und Mittleren Osten geben, weil der Iran, wie jeder andere Staat auch, nach Selbsterhaltung strebe. Teheran werde niemanden angreifen und auch nicht angegriffen werden – wie jeder Staat, der die Bombe hat.

Foto: 1964... 'Dr.-Strangelove' von James Vaughan / flickr / CC-BY-NC-SA 2.0



Während Politik und Wissenschaft das Handeln rationaler Akteure als Prämisse ansetzen, sorgen in der medialen Welt seit jeher die »Irren mit der Bombe« für unterhaltsame Angstlust – hier Dr. Seltsam aus dem gleichnamigen Film von Stanley Kubrick.

Sechs Prinzipien des politischen Realismus

Seinem Hauptwerk »Politics Among Nations« stellt Morgenthau folgende »sechs Prinzipien des politischen Realismus« voran:

- 1) In der sozialen Welt existieren objektive Gesetze, die erkannt werden können. Sie wurzeln in der menschlichen Natur.
- 2) Macht und Interesse sind die Triebkräfte der Politik
- 3) Das nationale Interesse bestimmt überall zu jeder Zeit die internationale Politik. Was es jedoch konkret beinhaltet, unterliegt historischen Schwankungen.
- 4) Universale Moral kann für die internationale Politik nicht der Maßstab sein. Oft widersprechen die Erfordernisse der Moral und die der Politik einander.
- 5) Die moralischen Ziele einer Nation dürfen nicht für die moralischen Prinzipien der gesamten Welt gehalten werden.
- 6) Die politische Sphäre ist autonom gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen (Wirtschaft, Ethik, Recht), sie folgt eigenen Gesetzen.

Morgenthau dagegen behandelt nicht alle Staaten gleich. Er hält manche für gefährlicher als andere. Besonders solche, die von der Ideologie des »nationalistischen Universalismus« beseelt sind, sind unberechenbar, weil ihre Regierungen die Tugend der klugen Selbstbeschränkung nicht kennen. Seinerzeit waren das Nazi-Deutschland und die Sowjetunion – möglich, dass ähnliche Formationen wiederkehren.

Ist die Gültigkeit der Morgenthau'schen Einsicht nicht ungebrochen?

Weil schon eine kurze Pause von der politischen Vernunft menscheitsvernichtende Folgen hätte, versetzt die Atombombe dem Nationalstaat, der nun nicht einmal mehr seine Grundfunktion – den Schutz von Leib und Leben seiner Bürger – verlässlich erfüllen kann, den Todesstoß in Sachen Legitimität. Nun muss der Weltstaat kommen, um wenigstens das Rennen um Verbesserung der Sicherheitsposition auf Kosten anderer Staaten auszuschalten, oder mit der Menschheit wird es irgendwann ein schlimmes Ende nehmen. Diese Einsicht ist realistisch, die politischen Konsequenzen daraus sind hochmoralisch. Von Zynismus ist da keine Spur.

Moritz Rudolph *promoviert in politischer Ideengeschichte an der Universität Leipzig.*

...

Quellen und Links:

Hans J. Morgenthau: Vorlesung am Dartmouth College vom 10. Februar 1958 »A Reassessment of United States Foreign Policy«, in: *Politics in the 20th Century*, (2), S.63ff

Hans J. Morgenthau: Rezension zu Reinhold Niebuhrs »The Structure of Nations and Empires«, in: *Christianity and Crisis*, 8. Februar 1960

Hans J. Morgenthau: »Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Beziehungen, Gütersloh 1963

[Kenneth N. Waltz: »Why Iran Should Get the Bomb«, in: Foreign Affairs, 15. Juni 2012](#)



Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der Außenminister Irans Mohammed Dschawad Sarif bei einem Ministertreffen zum Atomabkommen im Rahmen der UN-Generalversammlung 2017.

PLÄDOYER FÜR EIN SCHWERES ABKOMMEN

VON STEFAN LUKAS

Der Atomdeal mit dem Iran ist wohl eines der umstrittensten Abkommen in der Geschichte des Nahen Ostens. Während sich die regionalen Konkurrenten des Iran, allen voran Saudi-Arabien und Israel, in Form neuer strategischer Allianzen aufstellen, werden die Europäer nicht müde, das Abkommen gegen alle Widerstände aus den USA zu verteidigen. Doch wieso überhaupt noch für dieses umstrittene Abkommen kämpfen? Ein kurzer Einblick in die Entwicklungen seit 2016 zeigt, dass auch ein schwieriger Deal kein schlechter Deal sein muss.

Teheran, 14. Juli 2015. Tausende Menschen feiern in den Straßen der iranischen Hauptstadt und anderer großer Städte des Landes den erfolgreichen Abschluss des Atomabkommens mit den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates, der EU und Deutschlands. Die beiden iranischen Helden des Atomabkommens, Präsident Hassan Rouhani und Außenminister Mohammad Dschawad Sarif, werden frenetisch bejubelt und verkünden, dass sich die Geschicke des Landes mit der Inkraftsetzung des Deals im Januar 2016 nun deutlich zum Positiven verändern würden. Der Iran werde bald wieder als vollwertiges Mitglied in der internationalen Gemeinschaft agieren, und durch die nun mögliche allmähliche Aufhebung der verhassten internationalen Sanktionen, die in Teilen seit nunmehr fast 40 Jahren bestehen, werde das Land eine neue Blüte erleben.

Knapp zwei Jahre nach der Implementierung des Abkommens gingen in den iranischen Städten wieder tausende Menschen auf die Straßen doch dieses Mal nicht, um die 2017 wiedergewählte Regierung von Rouhani erneut zu bejubeln, sondern um gegen eben diese Regierung und das System, für welches sie steht, zu demonstrieren. Viele der Demonstranten, welche vorrangig der aufstrebenden Mittelschicht entstammten, warteten weiterhin vergeblich auf den versprochenen Wandel, der auf die Lockerung der Sanktionen und die in diesem Zusammenhang angekündigten Reformen folgen sollte. Das ehemals verheißungsvolle Abkommen scheint nicht mehr die Rückendeckung im Land wie noch 2015 zu haben – ein Umstand, mit dem vor allem die iranischen Hardliner nun Politik gegen Rouhani und seine Regierung machen.

Und auch außerhalb des Iran werden unzufriedene Stimmen über das Abkommen immer lauter. Nicht nur die ohnehin einflussreichem

Gegner des Abkommens, wie etwa Israels Ministerpräsident Netanjahu oder die Mehrheit der Republikaner hinter US-Präsident Trump, sondern auch Befürworter des Atomdeals mit dem Iran, wie zum Beispiel die Bundesregierung, sprechen neuerdings wieder von der abermaligen Inkraftsetzung bestimmter Sanktionen. Doch ist das Abkommen wirklich nicht mehr tragbar? Wieso sollte man überhaupt noch an einem Atomabkommen festhalten, an das scheinbar kaum noch einer so richtig glauben mag?

Das Abkommen, welches in der politischen Welt unter dem Namen »Joint Comprehensive Plan of Action« (JCPOA) bekannt ist und am 16. Januar 2016 in Kraft trat, hat drei vorrangige Ziele: Erstens, die Kontrolle und Begrenzung des iranischen Atomprogramms. Zweitens, die Verhinderung eines drohenden militärischen Eingreifens durch die USA und Israel. Und drittens, solle dem Iran eine Möglichkeit eröffnet werden, wieder Teil der internationalen Staatengemeinschaft zu sein, was vor allem den Hardlinern innerhalb des Irans den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Dabei ist zu beachten, dass das JCPOA streng genommen gar kein Abkommen, sondern vielmehr ein zwischen den Parteien verabredeter Handlungsplan zum iranischen Atomprogramm bis zum Jahr 2041 ist.

Die Reaktionen auf das JCPOA ließen nicht lange auf sich warten. Während in den meisten der westlichen Länder sowie China und Russland das Abkommen positiv aufgenommen wurde, brachten sich mit Israel und dem Königreich Saudi-Arabien vor allem die regionalen Rivalen des Iran gegen das Abkommen in Stellung. Mit der Wahl Donald Trumps gesellte sich zu diesen beiden Gegnern des Abkommens nun auch das Weiße Haus, welches sich nicht zuletzt im Herbst 2017 weigerte, objektiv erreichte

Fortschritte Irans im beschlossenen Handlungsplan anzuerkennen. Die nötige Einwilligung zur weiteren Fortführung des JCPOA aus US-amerikanischer Sicht liegt nun dem US-Kongress vor, welcher voraussichtlich im Mai entscheiden wird, ob die USA wieder neue Sanktionen gegen den Iran erheben.

Vor allem das iranische Programm zur Verbesserung der Raketensysteme vom Typ »Shahab« und »Safir« -

Sicherheitsrat relativ isoliert.

Das Fazit nach zwei Jahren des JCPOA ist nichtsdestotrotz durchwachsen. Technisch betrachtet gibt es durchaus Fortschritte. So hat Teheran seine angereicherten Uranvorräte nahezu komplett (zu 98%) nach Russland ausgeliefert, während die restlichen 2% an hochangereichertem Uran nur zu medizinischen und forschungstechnischen Zwecken eingesetzt werden. Auch die Zentrifugen zur Anreicherung

Trotz allem hält das JCPOA Teheran vom Atomwaffenbau ab.

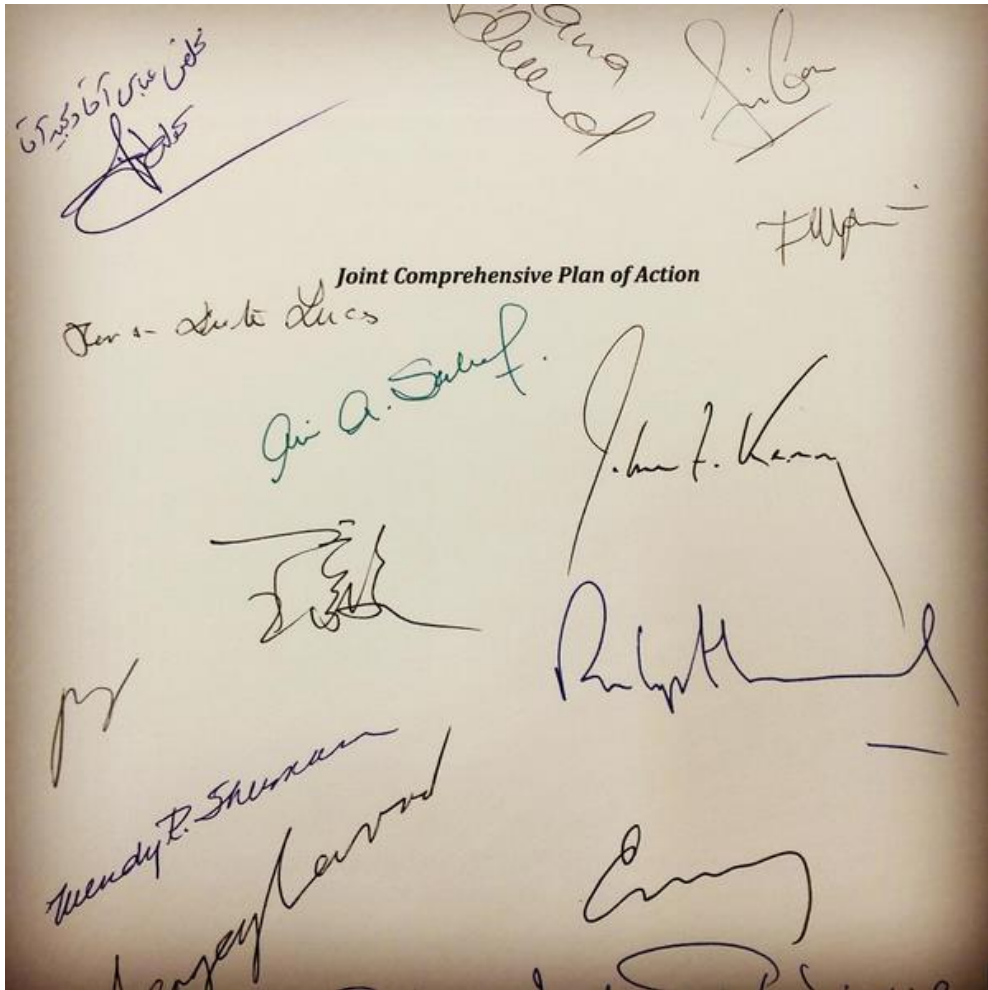
ersteres eine militärische Mittelstreckenrakete, letzteres zumindest offiziell Teil des zivilen iranischen Raumfahrtprogramms - die anhaltenden Verwicklungen der iranischen Revolutionsgarden (Pasdaran) in den Krisenherden des Nahen und Mittleren Ostens, sowie die Weigerung der iranischen Regierung, Kontrolleuren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Zugang zu bestimmten militärischen Anlagen zu gewähren, gereichen den Kritikern des JCPOA als Argumente zur Wiedereinführung von Sanktionen. Problematisch daran ist jedoch, dass weder der Zutritt zu militärischen Anlagen noch die Reduzierung des iranischen Raketenprogramms und auch nicht die Aktivitäten der Pasdaran Bestandteil des JCPOA sind.

Daher behaupten nun die Kritiker, allen voran Trump, dass der Iran gegen den »Geist des Abkommens« verstoße. Da allerdings selbst die IAEO in ihren regelmäßigen Kontrollberichten dem Iran die Einhaltung des Abkommens bescheinigt, sind die USA unter Trump mit Ihrer Meinung nicht nur im UN-

des Urans in Natanz und Fordo wurden größtenteils heruntergefahren. Während die moderneren Zentrifugen in Fordo gemäß dem Abkommen für 15 Jahre gar kein Uran anreichern dürfen, ist dem Iran, mittels der älteren Zentrifugen in Natanz, nur noch eine Anreicherung auf 3,67% des U-235-Isotopes erlaubt. Für waffenfähiges Uran wäre eine Anreicherung von mehr als 90% nötig.

Auch die Überwachung der Plutoniumanreicherung bestätigt bislang die Einhaltung des Abkommens, da Teheran weiterhin auf die Errichtung von Schwerwasserreaktoren verzichtet und die bisherigen Reaktoren dieser Art umgebaut werden.

Weitere Maßnahmen des Iran zur Proliferation, wie etwa die Beschaffung von technischem Equipment, wurden nahezu gänzlich eingestellt und unterliegen der dauerhaften Kontrolle der IAEO. Wenngleich die regelmäßigen Kontrollberichte der IAEO von Seiten der Gegner des Abkommens, vor allem aufgrund der iranischen Weigerung, IAEO-Kontrolleure auf militärisches Sperrgebiet zu lassen, angezwei-



Die Unterschriften der an den Verhandlungen beteiligten Außenminister. Für Deutschland unterschrieb der damalige Außenminister Frank Walter Steinmeier.

felt werden, ist festzuhalten, dass der Iran seinen Zusagen zum Abbau der nuklearen Rüstung einhält.

Auf der Habenseite kann außerdem festgehalten werden, dass der Iran tatsächlich eine gewisse Öffnung vollzogen hat und in Teilen bereits wieder in die Weltwirtschaft und in die internationale Gemeinschaft eingebunden wurde. So wird das iranische Bankensystem derzeit, nach Jahrzehnten der Abstinenz, ansatzweise an die heutigen Standards im Finanzverkehr angepasst und erste einheimische

Banken wieder in das SWIFT-System aufgenommen, wodurch erstmals wieder relativ problemlos Rechnungen im internationalen Geschäftsverkehr bezahlt werden können.

Profitiert haben von der neuen Öffnung bisher vor allem europäische, chinesische und US-amerikanische Auto- und Flugzeughersteller wie Airbus, Boeing oder VW. Insbesondere französische Unternehmen wie Total, Alstom, Peugeot oder Renault konnten äußerst lukrative Verträge in dem neuem Absatzmarkt abschließen. Der

Iran lechzt, nach mehr als 13 Jahren technischer Isolation vom westlichen Markt aber auch in den Bereichen Bahnverkehr und Tiefbau förmlich nach neuer Technologie. Beispielsweise erhielt der chinesische Hersteller CMC die Lizenz zum Bau einer Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Teheran und der nordöstlich gelegenen Geburtsstadt des Ayatollah Khamenei Maschhad, während Siemens zum Ausbau des allgemeinen Schienennetzes Technik liefern soll. Auch veraltete, teilweise in der EU wegen der hohen Unfallgefahr nicht mehr zugelassene Flugzeugtypen iranischer Airlines sollen in der Zivilluftfahrt der Vergangenheit angehören: So wurden allein bis Februar 2018 mehr als 200 neue Flugzeuge der Hersteller Airbus und Boeing durch iranische Fluggesellschaften geordert. Aus ökonomischer Perspektive sind somit vor allem Erfolge bei der Stärkung der iranischen Privatwirtschaft Erfolge zu verzeich-

nen, welche mit einem Anteil von 20 Prozent an der Wirtschaftsleistung des Landes allerdings auch weiterhin im Schatten der großen halbstaatlichen Stiftungen (Bonyads) des Iran steht.

Auf der anderen Seite ist allerdings auch zu konstatieren, dass die Öffnung bislang nicht überall wie erhofft stattfindet. Anders als beim Abschluss des Abkommens vom Westen angedacht, kam es bisher nur sehr sporadisch zu einer gesellschaftlichen Transformation hin zu mehr Weltoffenheit, Toleranz und Liberalismus. Sowohl die Zahl der Hinrichtungen im Iran als auch die weiterhin bestimmende Diskriminierung der iranischen Minderheiten, wie etwa der Bahai, hat kaum an Intensität verloren und auch die Macht der Pasdaran unter Generalmajor Mohammad Ali Dschafari wurde bislang nicht wirklich beschnitten. Zu stark sind die Funktionäre der alten Garde, welche unter dem Eindruck des Ersten Golfkrieges mit dem Irak an die

Foto: Shahab-3-Missile von Hossein Velayati / wikipedia / CC BY 4.0



Die Weiterentwicklung der Shahab-3-Raketen ist essentieller Bestandteil des iranischen Raketenprogramms und unter anderem Anstoß zur Kritik der USA und Israels.

Macht gekommen sind, in der Gesellschaft und in staatlichen Strukturen verankert, als dass hier eine Veränderung innerhalb von zwei Jahren vonstattengehen könnte.

Auch der Einfluss der religiösen Eliten auf die Politik ist nach wie vor ungebrochen, was vor allem Präsident Rouhani unter anderem bei Rechtsre-

es vor allem junge Unternehmer sind, die von einer Öffnung zum internationalem Markt hin profitieren können.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass halbstaatliche Stiftungen durchaus in einem sanktionierten Umfeld gedeihen und nur bedingt durch äußere Einschränkungen getroffen werden können. Demnach würde eine erneute

Eine geduldige Politik sollte ihr Zuckerbrot nicht leichtfertig wegwerfen.

formen nur begrenzte Einflussmöglichkeiten erlaubt. Zwar wurde etwa das iranische Strafgesetzbuch schon im Laufe der Verhandlungen um das JCPOA novelliert und teilweise, wie etwa durch ein Doppelbestrafungsverbot, an internationale Standards angepasst, doch sind bis heute schwere Körperstrafen, wie zum Beispiel die Steinigung nach islamischen Recht, im Iran Teil der juristischen Praxis. Der Grundsatz der iranischen Verfassung von 1979, dass jegliches Recht im Iran islamisch sein muss, gilt somit ohne Frage nach wie vor.

Die jüngsten Unruhen im Iran zeigen allerdings auch auf, dass sich durch die allmähliche Öffnung des Landes und durch eine anfangs noch gemäßigte Privatisierungspolitik, die unter Präsident Chatami Anfang der 2000er Jahre begonnen hatte und nun ihre ersten Früchte trägt, eine neue Klasse von Mittelstand im Iran herausbildet.

Es ist vor allem dieser neue Mittelstand, dessen Schicksal maßgeblich von einem Gelingen des JCPOA und der damit verbundenen Aussetzung der erdrückenden Sanktionen abhängt, da

Sanktionierung im Falle der Aufkündigung des JCPOA kaum die Richtigen treffen und vielmehr äußerst kontraproduktiv gegenüber jenem innovativen Mittelstand sein, der vom internationalen Markt abhängig ist und eine gesellschaftliche Öffnung vorantreibt.

Ein Ende des JCPOA durch die USA würde wirtschafts- und sicherheitspolitisch außerdem zwei asiatischen Playern in die Karten spielen: China und Indien. Denn der Iran ist aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Asiens und seiner reichen Gas- und Ölvorkommen in zwei Megaprojekte eingebunden, welche in nicht allzu ferner Zukunft eine entscheidende Rolle auf dem asiatischen Kontinent spielen werden.

So führt von Ost nach West das neue chinesische Seidenstraßenprojekt (»One-Belt-One-Road«) quer durch den Iran und sorgt für neue Investitionen durch die chinesische Wirtschaft. Von Süden, über Tschahbahar kommend, ist der Iran in das indische Konkurrenzprojekt, den Nord-Süd-Transport-Korridor, eingebunden und dient für Indien hier vor allem als Tor nach Zentralasien und Russland unter

Umgehung von China und Pakistan. Bereits heute investieren sowohl China als auch Indien deshalb hohe Milliardensummen in Infrastrukturprojekte in der Region, wovon nicht zuletzt die iranische Wirtschaft profitiert. Eine Wiedereinführung der Sanktionen durch die USA und ein damit einhergehender erneuter Rückzug vieler westlicher Unternehmen würde somit nicht zuletzt dem Westen selbst schaden und so der asiatischen Konkurrenz im gesamten Mittleren Osten das politische und wirtschaftliche Feld überlassen.

Zusammenfassend kann daher durchaus eingeräumt werden, dass das JCPOA nicht das beste Abkommen ist, welches sich der Westen hätte wünschen können. Es ist aber nach Lage der Dinge die einzige praktikable Handhabe, die der internationalen Gemeinschaft jenseits einer militärischen Intervention im Umgang mit dem iranischen Atomprogramm zur Verfügung steht.

Selbst einige wichtige israelische Persönlichkeiten, wie Ami Ayalon, der ehemalige Leiter des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, oder der ehemalige Leiter des Mossad, Efraim Halevy, sehen das Abkommen derzeit auch für Israel als beste Option an, da der Iran nach Einschätzungen von Experten durch die im Abkommen festgelegten Maßnahmen nicht mehr nur noch zwei Monate zum Bau einer Atombombe bräuchte, sondern mindestens zwölf Monate benötigen würde was das Land nicht zuletzt auch für die westliche Gemeinschaft berechenbarer macht.

Vor allem eines aber muss in der Zukunft unbedingt verhindert werden: Ein erneutes Erstarken der ultraorthodoxen Mullahs und der Hardliner der Revolutionsgarden in der iranischen Politik. Dies aber kann nur durch eine weitere Öffnung des internationalen Marktes für den Iran geschehen. Dass

die iranischen Träger der Macht nur einen begrenzten Vertrauensvorschuss genießen, muss jedoch auch weiterhin unterstrichen werden. Da nur eine geduldige Politik der Staatengemeinschaft, die sprichwörtlich Zuckerbrot und Peitsche in sich vereint, zum Erfolg im Umgang mit dem Iran führen kann, sollte das Zuckerbrot nicht leichtfertig weggeworfen werden.

Stefan Lukas ist Doktorand und Lehrbeauftragter an der Universität Greifswald und forscht zur Neuesten Geschichte sowie der Sicherheitspolitik des Nahen und Mittleren Ostens.

...

Quellen und Links:

[Davenport, Kelsey: »Building on the Iran Deal to Enhance Nuclear Security«, Paper des Atlantic Council, Juni 2007](#)

Ernst, Oliver: Iran Reader 2017, Sankt Augustin/Berlin, KAS 2017.

[»Europe Must Fight to Preserve the Iran Deal«, Kommentar von Ellie Geranmayeh, in: Foreign Policy vom 23.01.2018.](#)

Hourcade, Bernard: Iran – alte Nation, neue Gesellschaft, in: Le Monde diplomatique, 02/2018.

Lohmann, Sascha; Meier, Oliver; Zamirirad, Azadeh: Irans Atomprogramm: Washington und Brüssel auf Kollisionskurs, SWP-Aktuell, Juli 2017.

Murciano, Gil: Israel vis-à-vis Iran in Syrien: Die Gefahren einer aktiven Eindämmung, SWP-Aktuell, Januar 2018.

Posch, Walter: Revolutionsexport: Qods sei Dank, in: Zenith-Magazin, 03/2017.



Foto: Xi Jinping, Kim Jong Un hold talks in Beijing von State Council of the People's Republic of China / wikipedia / Public Domain

In letzter Zeit seltener zu sehen: Demonstrative Einigkeit beim Handschlag zwischen Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un und Chinas Staatschef Xi Jinping.

SANKTIONSMACHT UND SYSTEMGARANT

VON MARKUS B. LIEGL

Auch nach dem Trump-Kim-Gipfel in Singapur wollen die USA weiter den Sanktionsdruck gegen Nordkorea aufrechterhalten um das Kim-Regime endgültig zur nuklearen Abrüstung zu bewegen. Obwohl Nordkoreas nukleare Ambitionen auch den Interessen Chinas zuwiderlaufen stellt Peking nun eine Lockerung der bestehenden Sanktionen in den Raum. Die Volksrepublik hält weiter ihre schützende Hand über das Kim-Regime, denn für China geht es im Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel um mehr als nur Atomwaffen.

Das historische Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un hat vor allem eins produziert: schöne Bilder. Der Konflikt um das nordkoreanische Kernwaffenprogramm hingegen bleibt weiterhin ohne tragfähige Lösung und könnte daher schon in naher Zukunft wieder für wachsende Spannungen sorgen. Die Trump-Administration will bis zur vollständigen nuklearen Abrüstung Nordkoreas an der Politik des maximalen Drucks und an den gegen Pjöngjang verhängten Sanktionen festhalten. Um aber diesem strategischen Ansatz zum Erfolg zu verhelfen müsste Washington nun auch die Volksrepublik China dazu bewegen, ihren eigenen, vor allem wirtschaftlichen Einfluss in Pjöngjang geltend zu machen um so den Druck auf das nordkoreanische Regime zu erhöhen, tatsächlich abzurüsten.

China scheint jedoch wenig bereit, dieser Forderung vollumfänglich nachkommen zu wollen obwohl auch die Volksrepublik ein Interesse an einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel hat. So wird die jüngste diplomatische Annäherung zwischen den USA und Nordkorea von Peking zwar außerordentlich begrüßt, gleichsam stellt jedoch die Volksrepublik nun die Lockerung der gegen Pjöngjang verhängten Sanktionen in den Raum. Damit zeigt sich wieder einmal, dass es für China im Nuklearkonflikt um mehr geht als nur um die Frage, wie mit den nuklearen Ambitionen Nordkoreas umgegangen werden soll.

Dass China deutlich mehr tun könnte um dem nordkoreanischen Regime Einhalt zu gebieten ist eine in der westlichen Wahrnehmung des Nuklearkonflikts weit verbreitete Auffassung. Beobachter sind sich einig, dass der Volksrepublik bei der Lösung des Konflikts eine Schlüsselrolle zukommt, denn das international stark

isolierte Nordkorea ist hochgradig abhängig von chinesischer Unterstützung und damit auch vom vermeintlichen Wohlwollen Pekings. Will man das Kim-Regime kritisch unter Druck setzen, muss Peking mit ins Boot geholt werden. China ist nicht nur der einzig verbliebene militärische Verbündete Nordkoreas, sondern fungiert mit einem Anteil von geschätzten 80 bis 90 Prozent auch als der mit weitem Abstand wichtigste Handelspartner des Regimes.

Zudem versorgt die Volksrepublik Pjöngjang mit dem für die nordkoreanische Wirtschaft überlebenswichtigen Rohöl. Schätzungen zufolge exportiert China pro Jahr rund eine Million Tonnen dieser wertvollen Ressource nach Nordkorea, was ungefähr dem Minimalbedarf des Landes entsprechen dürfte. Theoretisch kontrolliert Peking damit eine vitale Lebensader des Kim-Regimes: Würde China die Ölexporte dauerhaft einstellen, dann gingen in Nordkorea die Lichter nicht nur sprichwörtlich aus. Bislang hat China aber nur selten und auch nur relativ kurzzeitig von diesem Druckmittel Gebrauch gemacht, vornehmlich um Pekings wachsenden Unmut über Nordkoreas nukleare Aktivitäten zum Ausdruck zu bringen. Denn die Volksrepublik hat zwar einerseits kein Interesse an der Entstehung eines atomaren Dauerkrisenherds in unmittelbarer Nachbarschaft, konnte sich jedoch andererseits auch bisher nicht dazu entschließen, den zweifelhaften Verbündeten ganz fallen zu lassen.

Die Volksrepublik bleibt ihrer Doppelrolle als Sanktionsmacht und Systemgarant Nordkoreas treu. So trägt Peking zwar die mittlerweile deutlich verschärften Sanktionen des UN-Sicherheitsrats mit und schreckt vor wütenden Tönen gegenüber Pjöngjang nicht länger zurück, stützte zugleich aber auch das Regime während des letzten Machtübergangs und hält

weiterhin seine schützende Hand über Nordkorea. Dementsprechend muss sich die chinesische Führung den Vorwurf gefallen lassen, den nuklearen Ambitionen Nordkoreas nicht entschieden genug entgegenzutreten zu wollen, dem Kim-Regime weiterhin Narrenfreiheit zu gewähren und ein totalitäres System künstlich am Leben zu erhalten. Nicht zuletzt geht Pekings fortwährende Unterstützung für Nordkorea somit deutlich zu Lasten von Chinas internationaler Reputation und konterkariert das chinesische Selbstbild eines verantwortungsvollen Aufsteigers in der Region.

Wenn die vergangenen Jahrzehnte eines gezeigt haben, dann dass Chinas Bündnis mit Nordkorea ein mehr als deutliches Minusgeschäft zu Ungunsten der Volksrepublik ist. Spätestens seit dem ersten Kernwaffentest von 2006 begann Pjöngjang aktiv gegen Chinas explizite Interessen zu agieren. Seit der Machtübernahme durch Kim Jong-un sieht Peking zudem den

eigenen Einfluss in Pjöngjang aufgrund personeller Wechsel innerhalb der nordkoreanischen Führungselite zusehends schwinden. Auch lässt sich wohl kaum ein anderer staatlicher Akteur im internationalen System finden, der China in jüngerer Vergangenheit ähnlich oft brüskiert und bloßgestellt hat wie Nordkorea. Die Staats- und Parteiführung in Peking ist daher schon seit langem weit davon entfernt, die Eskapaden des Nachbarn weiterhin gutzuheißen und auch in der chinesischen Bevölkerung finden sich zusehends Stimmen, die eine Neuausrichtung der chinesischen Nordkoreapolitik fordern.

Was aber hält die chinesische Führung noch davon ab, den zur Last gewordenen und gänzlich undankbaren Verbündeten aufzugeben? Wie so oft in der internationalen Politik scheinen auch hier vor allem Interessen den Ausschlag zu geben. Chinas Interessenlage auf der koreanischen Halbinsel lässt sich traditionell in drei Schlag-



Foto: Kim Jong Un von Robert Sullivan / flickr / Public Domain

Auch wenn die Pilotinnen jung sind, gleicht das konventionelle Waffenarsenal Nordkoreas doch eher einem Militärmuseum. Der im Hintergrund zu bewundernde Flugzeugtyp MiG-15 kam in den 1950er Jahren – vor allem eben im Koreakrieg – zum Einsatz.

worten zusammenfassen: *bu zhan, bu luan, bu he* – kein Krieg, kein Chaos, keine Atomwaffen. Die Reihenfolge ist dabei relevant, denn sie spiegelt die Prioritätensetzung Pekings wider. An erster Stelle steht daher für die Volksrepublik die Vermeidung einer militärischen Auseinandersetzung, weswegen sich Peking angesichts der zwischenzeitig besorgniserregend anwachsenden Spannungen und eskalierenden Rhetorik auch sichtlich um eine Stabilisierung der Lage und ein mäßiges Einwirken auf Washington und Pjöngjang bemühte.

Historisch gesehen hat sich für China aus jeder gewaltsamen Veränderung des status quo auf der koreanischen Halbinsel ein eklatantes Sicherheitsdefizit ergeben, weswegen Peking bis heute besonders empfindlich auf Krisen in diesem Teil Ostasiens reagiert. Gegenwärtig würde ein militärischer Konflikt auf der koreanischen Halbinsel vor allem Chinas wirtschaft-

liche Entfaltung und gesellschaftliche Entwicklung beeinträchtigen und könnte damit sogar Auswirkungen auf die der Stabilität des Herrschaftsanspruchs der Kommunistischen Partei haben. Dieser legitimiert sich zusehends dadurch, dass es der Partei gelingt, die Lebensumstände und Einkommensverhältnisse der chinesischen Bevölkerung stetig zu verbessern und die sozialen Disparitäten im Land auszugleichen.

Um das dafür notwendige Binnenwachstum zu generieren, ist Peking aber auf ein stabiles und kooperatives regionales Umfeld angewiesen. Der Ausbruch eines Krieges würde die chinesische Führung darüber hinaus vor die Entscheidung stellen, ob die Volksrepublik ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Pjöngjang auch nachkommen sollte. Beobachter sind sich uneins, ob die Volksrepublik tatsächlich eine Neuauflage des Koreakriegs riskieren würde um das Kim-



Foto: De-Nuke the world? von Nexxt PRESS / flickr / CC BY-SA 2.0

Es mutet bizarr an, aber vielleicht geht der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika doch noch als Friedensfürst in die Geschichte ein, dessen unberechenbare Twitter-Attacken, die selbst Hardcore-Diktatoren zum Einlenken brachten, als Geniestreiche gefeiert werden. Man wird ja noch träumen dürfen...

Regime vor dem Untergang zu bewahren. Jedoch hat Peking in einer Reaktion auf Trumps »Feuer und Wut« Rede angekündigt, im Falle eines Angriffs auf Nordkorea dem Verbündeten militärischen Beistand leisten zu werden. Damit maximieren sich für die USA die potentiellen Risiken und Kosten einer Militäraktion zur Entwaffnung Nordkoreas, weswegen Peking darauf hoffen kann in der Praxis nicht mit dieser schwerwiegenden Entscheidung konfrontiert zu sein und durch wirksame Abschreckung das chinesische Primärinteresse der Vermeidung eines bewaffneten Konflikts auf der koreanischen Halbinsel sicherstellen zu können.

Unterhalb der Schwelle einer militärischen Auseinandersetzung ist der chinesischen Führung jedoch auch daran gelegen, Instabilität und Chaos auf der koreanischen Halbinsel zu vermeiden. Im Kern bedeutet dies, einen unkontrollierten Zusammenbruch des nordkoreanischen Regimes zu verhindern, denn ein Systemkollaps würde für die Volksrepublik mit sicherheitspolitisch schwerwiegenden Folgen einhergehen. So fürchtet die chinesische Führung zum einen, dass der zu erwartende Strom von nordkoreanischen Flüchtlingen und sich absetzenden Soldaten zu Unruhen in Chinas nordöstlichen Provinzen führen wird.

Zum anderen könnte der Sturz des Kim-Regimes in einem Machtvakuum und einer bürgerkriegsähnlichen Situation in Nordkorea enden, in der wiederum eine externe Intervention nötig wäre um die Kontrolle über die dort in großer Anzahl vorhandenen biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sicherzustellen und das Kernwaffenarsenal zu sichern. Ohne klare Vorabsprachen könnte ein solcher Einsatz allerdings nur allzu leicht in ungewollten Schusswechseln zwischen chinesischen, amerikanischen und südkoreanischen Spezial-

kräften münden. Zuletzt würde China bei einem Zerfall des Kim-Regimes eine strategisch relevante Pufferzone verlieren, welche seit nunmehr 70 Jahren die Nordostflanke der Volksrepublik von den in Südkorea stationierten US-Truppen trennt.

Vor dem Hintergrund derzeit zunehmender chinesisch-amerikanischer Spannungen ist davon auszugehen, dass die strategische Relevanz Nordkoreas für die Sicherheitsinteressen Chinas weiter zunehmen wird. Schwindendes Vertrauen und zunehmende strategische Konkurrenz werden es den USA und China hingegen weiter erschweren oder sogar unmöglich machen, eine für beide Seiten akzeptable Lösung für eine potentiell neu zu ordnende koreanische Halbinsel zu finden. Denn dafür müsste aus chinesischer Sicht die Prämisse erfüllt sein, dass ein wiedervereinigtes, demokratisches Korea nicht länger als Allianzpartner der USA der fungieren kann, womit auch ein kompletter Abzug der US-Truppen und ihrer Waffensysteme von der koreanischen Halbinsel verbunden wäre.

Unter den derzeitigen Umständen ist es jedoch nur schwerlich vorstellbar, dass die USA dazu bereit wären, ihre strategische Positionierung und ihr Allianzsystem in der Region – auch im Hinblick auf den sich schon jetzt abzeichnenden Ordnungskonflikt mit China – durch einen Rückzug von der koreanischen Halbinsel zu schwächen. Ein solcher Schritt wäre nicht nur mit einem erheblichen Prestigeverlust verbunden, sondern würde auch die Glaubwürdigkeit der USA als Allianzpartner untergraben.

Kein Krieg, kein Chaos und zuletzt die Atomwaffen: Für die Volksrepublik China steht in dem Konflikt weitaus mehr auf dem Spiel als nur die Frage, wie mit Nordkoreas nuklearen Ambitionen umgegangen werden soll. Zwar hat auch die chinesische Führung ein

Interesse, die Nuklearisierung Nordkoreas zu verhindern um so den Dauerkonflikt an Chinas Peripherie einzuhegen. Jedoch sieht sich China im Hinblick auf die Situation auf der koreanischen Halbinsel seit geraumer Zeit auch mit einem handfesten und sicherheitspolitisch heiklen Dilemma konfrontiert: Sollte sich Peking dazu entscheiden, die für Nordkorea vitale Unterstützung und insbesondere die Ölexporte einzustellen, um dadurch, wie von den USA gefordert, weiterhin kritischen Druck auf das nordkoreanische Regime auszuüben, dann riskiert China gleichsam den unkontrollierten Zusammenbruch des nordkoreanischen Staates mit potentiell schwerwiegenden Folgen für die Volksrepublik und ihre sicherheitspolitischen Interessen in der Region.

Da Peking offenbar noch keinen Ausweg aus dem eigenen Nordkorea-Dilemma gefunden hat, hält China weiterhin an der Aufrechterhaltung einer minimalen Stabilität des nordkoreanischen Regimes fest und unterläuft damit die bisherige Strategie der Trump-Administration, Nordkorea durch die Maximierung von externem Druck zur endgültigen Aufgabe des Kernwaffenprogramms und zur Abrüstung der bestehenden Kapazitäten zu zwingen. Solange Peking die kurzfristigen Implikationen eines Zusammenbruchs Nordkoreas mehr zu fürchten scheint als die langfristigen Folgen eines nuklear bewaffneten Nordkoreas für die strategische Balance in der Region, dürfte sich Pjöngjang also der schützenden Hand Chinas weiterhin sicher sein können.

Kurzfristig dürfte somit die Volksrepublik China als eigentliche Gewinnerin aus dem Trump-Kim-Gipfeltreffen hervorgehen, denn die dort erzielten Ergebnisse wie auch die amerikanisch-nordkoreanische Annäherung spiegeln vor allem das chinesische Primärinteresse nach Frieden und Stabilität auf

der koreanischen Halbinsel wider. Jedoch muss Peking bei dieser pragmatischen Interessenabwägung ebenfalls bedenken, dass sich Nordkoreas Kernwaffen auch gegen China richten könnten, sollte sich Peking eines Tages doch für einen konfrontativeren Kurs gegenüber dem undankbaren Verbündeten entscheiden.

Markus B. Liegl ist Doktorand am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Weltordnungsfragen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sein Buch „China's Use of Military Force in Foreign Affairs: The Dragon Strikes“ ist 2017 bei Routledge erschienen.

...

Quellen und Links:

[Analyse von Sebastian Biba »Es geht nur um Sicherheitsinteressen« in Zeit Online vom 23. September 2017.](#)

[Arbeitspapier von Markus Liegl bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik »Endstation für Illusionen: Trumps Optionen für amerikanische Nordkoreapolitik« vom 9. Februar 2017.](#)

[Meinungsbeitrag von Harald Müller »Operation Seitenwechsel: Ein Tabubruch zur Lösung der Koreakrise«, PRIF Spotlight 8/2017.](#)

[Sung Chull Kim und Michael D. Cohen \(Hrsg\): »North Korea and Nuclear Weapons: Entering the New Era of Deterrence«. Washington DC, Georgetown University Press, 2017.](#)

[Victor Cha: »The Impossible State. North Korea, Past and Future«. New York, NY, HarperCollins, 2012.](#)

ganz neue Methoden...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE



Christoph Heusgen, links im Bild bei seiner Beglaubigung in New York, ist seit 2017 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen. Zuvor war er seit 2005 sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

EINER VON 193

VON ANNE-KATHRIN HERLITZE

Wie sieht die Rolle Deutschlands in der globalen UN-Familie aus? Wie engagiert sich Deutschland? Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung dabei? Diese und viele weiteren Fragen standen im Mittelpunkt der IX. Sicherheitspolitischen Aufbauakademie des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH). Im Oktober 2017 beschäftigten sich 24 Studierende im Rahmen der viertägigen Veranstaltung unter anderem mit Fragen nach der Kandidatur Deutschlands für den UN-Sicherheitsrat, den Herausforderungen im Bereich Proliferation und Abrüstung sowie dem deutschen Beitrag zu UN-Friedensmissionen. Die folgenden Beiträge greifen einige Gedanken und »take-aways« dieser Aufbauakademie auf.

Am 24. Oktober 1945 mit 51 Staaten gegründet, sind im Juni 2018 nun 193 Staaten Mitglied in den Vereinten Nationen (UN). In diesen 73 Jahren ist die »UN-Familie« stetig gewachsen. Neben den sechs Hauptorganen, über 15 Sonderorganisationen und den hier nicht aufzählbaren Nebenorganen von Fachkommissionen bis Friedensmissionen und internationalen Strafgerichtshöfen, gehören auch die über 13 Programme und Fonds (UNHCR, UNICEF oder UN Woman, um nur drei Beispiele zu nennen) sowie Forschungs- und Ausbildungsinstitute dazu. Die aktuell insgesamt über 43.000 Mitarbeiter der UN sind nicht nur in den verschiedenen Sitzstaaten der Organe und Programme wie New York, Genf, Wien, Bonn oder Tokio beschäftigt, auch sind derzeit über 120.000 Blauhelm-Soldaten aus 127 Nationen in 15 Friedensmissionen der UN eingesetzt.

Die »Sicherheitspolitische Aufbauakademie« ist eines der vielen regelmäßig stattfindenden Weiterbildungsangebote des BSH und bietet interessierten Studierenden aller Studiengänge einen themenspezifischen, vertiefenden und interdisziplinären Einblick in ausgewählte Themenfelder der Außen- und Sicherheitspolitik.

Das Konzept der Akademie folgt dabei einem zweigliedrigen Ansatz, der sowohl einen Theorie- als auch einen Praxisteil beinhaltet. Denn während zunächst namhafte Expertinnen und Experten in Vorträgen und Diskussionen in kleiner Runde zu ihren Themen die theoretischen Grundlagen vermitteln und den Teilnehmenden Rede und Antwort stehen, wird das so erworbene Wissen dann anschließend bei Besu-

chen in einschlägigen Institutionen und Behörden direkt einem Praxistest unterzogen. Die Aufbauakademie beleuchtet dabei jährlich ein anderes, aktuelles Themenfeld. So reichten die bisherigen Schwerpunkte etwa von »Terrorismusforschung« über »Polizei im Wandel« bis hin zu »Informationstechnologie und Sicherheitspolitik«. Nach der Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen werden 2018 nun Fragestellungen zur maritimen Sicherheit im Fokus stehen.

...



Foto: BSH

Anne-Kathrin Herlitze ist Vorsitzende des 33. Bundesvorstandes des BSH und schließt 2018 den Master in Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg ab.



DAS »LEVEL OF AMBITION« DEFINIEREN

INTERVIEW MIT WINFRIED NACHTWEI

Im Rahmen der IX. Aufbauakademie des BSH zum Thema »Deutschland und die Vereinten Nationen« diskutierte Winfried Nachtwei am 25. Oktober 2017 mit den Teilnehmern über das deutsche VN-Engagement. Die dabei entstandenen Fragen und Reaktionen tragen Anne-Kathrin Herlitze und Jan Fuhrmann, der das Gespräch moderierte, in diesem Interview zusammen.

Herr Nachtwei, welche drei Prioritäten würden Sie der neuen Bundesregierung für ihre VN-Politik an die Hand geben?

Gerade als Pensionär neigt man leichter zum Besserwisserein, von daher fallen mir schnell drei Empfehlungen ein. Erstens: eine systematische Personalpolitik. Diese ist bisher nur nach dem Zufalls- und Verfügbarkeitsprinzip gelaufen. Zum Beispiel hat die Bundesrepublik 2014 den Brigadegeneral Kay Brinkmann als Force Commander für die UNAMA Mission in Afghanistan gestellt. Aber er wurde nur eingesetzt weil er gerade verfügbar war und im Anschluss hat man nicht für einen Nachfolger oder Kontinuität gesorgt.

Zweitens benötigt Deutschland ein Konzept zum systematischen Aufbau von militärischen, polizeilichen und anderen Fähigkeiten, die den VN zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet man müsste für die Bundesrepublik erst mal ein »Level of Ambition« definieren: Was wollen wir im VN-Rahmen leisten können?

Dazu muss gehören, dass verbindlich geklärt wird, was und wie viel wir den VN grundsätzlich an militärischen und polizeilichen Fähigkeiten zur Verfügung stellen wollen. Beispielsweise hat es Schweden so gelöst, dass ein Prozent zusätzlich zum Personalkörper der Polizei für internationale Polizeimissionen zur Verfügung stehen soll.

Meine dritte Empfehlung ist, dass die Bundesrepublik durchdekliniert, wie wir mit der Schutzverantwortung, der »R2P«, umgehen wollen. In den neuen Leitlinien zu Krisenprävention der Bundesregierung steht, sie gehöre zur deutschen Staatsräson. Das bedeutet sie ist noch gewichtiger als sicherheitspolitische Interessen.

Sie haben den Aspekt der Fähigkeiten bereits benannt. Welche Fähigkeiten

sollte Deutschland denn verstärkt bereitstellen?

Insbesondere die Polizei würde ich für besonders wichtig halten, weil polizeiliche Ausbildung in einer Nachkriegssituation oder einem schwachen Staat der strategische Übergang für etwas mehr Nachhaltigkeit der Sicherheit der Menschen vor Ort ist.

Zudem gehört die deutsche Polizei im internationalen Vergleich zu den rechtsstaatlich besten und durchsetzungsfähigsten. Während andere Staaten private Sicherheitsfirmen oder ehemalige Militärs als Ausbilder in Krisengebiete schicken, blicken unsere Polizisten auf einige Erfahrung in der Ausbildung auf Augenhöhe zurück. Wir haben da klasse Leute!

Woran liegt es dann, dass Deutschland zuletzt nur 27 Polizisten in VN-Missionen hatte?

Naja oft heißt es, es würden sich nicht genügend Polizisten für solche Einsätze melden. Das stimmt aber nicht. Was die Bereitschaft der Polizisten betrifft, hat es immer mehr Freiwillige gegeben als letztlich genommen wurden.

Allerdings wachsen die Anforderungen immer mehr, so dass wachsen und insbesondere höherrangige Polizeibeamte benötigt werden. Während die Bundeswehr relativ viele Stabsoffiziere hat, die Führungs- und Beratungsaufgaben übernehmen können, wird der Personalkörper der Polizei auf dieser Besoldungsebene sehr schnell sehr schmal. Hier reißt dann schnell eine Lücke.

Oftmals hört man ja auch von Ressort- und Kompetenzstreitigkeiten.

Richtig, das kommt hinzu. Im Auswärtigen Amt findet man Polizeientsendungen gut, hat aber keine Polizeikräfte. Im formal zuständigen Bundesin-

nenministerium liegen die Prioritäten hingegen auf der inneren Sicherheit Deutschlands.

Im Bundestag war es lange Zeit so, dass wir uns am meisten im Verteidigungs-ausschuss darum gekümmert haben, weil wir wussten: nur Bundeswehr, das ist flüchtige Sicherheit. Deshalb ist die Polizei als Brücke zur nachhaltigen Sicherheit elementar. Im Innenausschuss hingegen fehlte das internationale Verständnis. Es war also keiner so richtig zuständig.

Nachhaltige Sicherheit durch Polizei – wie erreicht man das?

Man muss Rechtsstaatlichkeit fördern, ein ganz dickes Brett. Bei den VN gibt es mittlerweile dank Stefan Feller, der bis Ende 2017 polizeilicher Berater des Generalsekretärs und höchster Polizist weltweit war, Leitlinien für Polizeioperationen in VN-Missionen.

Wenn man sich die durchliest, staunt man nur, worauf sich die VN geeinigt haben und wie viel an rechtsstaatlichen Elementen enthalten ist. Und das mit Zustimmung aller Mitgliedsländer! Ich glaube, wenn viele Staatschefs das lesen würden, würden sie sagen: »weg mit dem Scheiß«. Es ist bemerkenswert, dass sogar auf Ebene der VN, also keiner demokratischen Staatengemeinschaft, innerhalb einer bestimmten Fachcommunity dann doch so etwas möglich ist.

Gerade bei der Mandatierung von Missionen im Sicherheitsrat scheinen klare Formulierungen oft schwer erreichbar. Ist ein breiteres, nicht so aussagekräftiges Kompromissmandat besser als keines?

Stimmt, das ist das Dilemma bei solchen Mandaten. Wenn man die durchliest, merkt man auch, dass sie auf hehre Ziele konzentriert sind, auf die man sich eben am ehesten einigen kann. Wenn es konkreter wird, wird es schwierig. Auf der Ebene des Sicherheitsrates wird sich das womöglich so schnell nicht verbessern lassen.

Wenn aber die Bundesrepublik bei einem Einsatz mit Schwerpunkt beteiligt ist, wie jetzt in Mali und damals in Afghanistan, steigt der eigene Verantwortungsanteil.

Was bedeutet das?

Dass es sehr sinnvoll wäre, wenn man den Beitrag für die internationale



Winfried Nachtwei

Nach seiner aktiven Beteiligung an der Studenten- und Anti-Vietnamkriegsbewegung in den 1960er und 1970er Jahren lernte Winfried Nachtwei die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands von 1994 bis 2005 als grüner Bundestagsabgeordneter aus anderer Perspektive kennen. Heute ist er Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Vereinte Nationen und Mitglied des Beirats Zivile Krisenprävention.



Foto: Armee Isaf Afghanistan von JensMo / pixabay / [CC0 Creative Commons](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Robuster Kampfeinsatz oder Aufbaumission? Das Fehlen einer Strategie inklusive Exit-Option für Afghanistan ist in den vergangenen Jahren mehrfach angemahnt worden. Ob der Diskurs je in ein Ergebnis mündet, scheint inzwischen aussichtslos. Denn das Land sowie der ISAF-Einsatz sind medial kaum noch von besonderem Interesse, obwohl gerade die Sicherheitslage vor Ort sich weiter verschlechtert hat.

Friedensmission mit einer eigenen Strategie unterfüttern würde, um offengehaltene Mandate zu konkretisieren und mit Leben zu füllen.

In Afghanistan ist dies im Grunde nicht geschehen. Das Afghanistankonzept der Bundesregierung kam erst 2003 und wurde danach ein bisschen aufgepeppt. Aber eine Strategie ist es nicht. Die Militärs haben immer zu recht bemängelt, dass nie geklärt wurde, welcher »End-State« anzustreben ist, welcher Zielzustand also letztlich erreicht werden soll.

Zudem fehlen in Deutschland nicht nur mit Blick auf Afghanistan Exit-Kriterien und eine Evaluation der Einsätze. Bisher hat man nämlich das Problem, dass wir nach fünf oder zehn Jahren in einem Einsatz nicht seriös

beurteilen können, inwieweit wir vorangekommen sind und wo es Stillstand oder Rückschritte gegeben hat. Ein Konzept mit solchen Kriterien ist von entscheidender Bedeutung für Mandatskonkretisierungen, zumindest von gewichtigen Beitragenden der jeweiligen Mission. Das wäre immerhin ein Zwischenschritt.

Wie beurteilen Sie die Ergebnisse des Weißbuchprozesses und des Peacelab2016 in Deutschland im Hinblick auf eine Strategieformulierung?

Zunächst mal sind die aus dem PeaceLab entstandenen Leitlinien im Hinblick auf ihre friedenspolitische Grundorientierung so deutlich wie bisher kein Grundlagendokument der

Bundesregierung. Als man in der Vergangenheit oft nur von Sicherheit sprach, schien es fast so, dass der Friedensauftrag der Bundesrepublik in Vergessenheit geraten wäre.

Außerdem finde ich an den Leitlinien gut, wie die verschiedenen Zielkonflikte, die bei der Umsetzung von Stabilisierungsmaßnahmen vor Ort immer wieder aufkommen, offen benannt werden.

Die konkreten Fähigkeitsziele jedoch bleiben im Ungefähren. Zwar stehen am Ende des vierten Kapitels rund 50 Selbstverpflichtungen mit konkreten Handlungen.

Indes bedeuten 21 von diesen 50 Selbstverpflichtungen, dass bestimmte Bereiche gestärkt werden sollen, was in diesen Bereichen aber ohne personelle und finanzielle Unterfütterung nicht vorstellbar ist. Dazu findet man in den Leitlinien jedoch nichts. Das ist der Zentralmangel bei den Leitlinien.

Krisenprävention hat derzeit auch aufgrund der Leitlinien an Konjunktur gewonnen. Wo führt der Weg aus Ihrer Sicht hin?

Jetzt, wo die Kriege und Krisen aufflammen, fangen wir ernsthafter mit Krisenprävention an. Inzwischen scheint sie aber für manche ein Allheilmittel zu sein. Da muss man auch mal realistisch bleiben. Ich habe über Jahrzehnte mitbekommen, wie die Akzeptanz dieses Politikfeldes, einschließlich der dafür nötigen zivilen Fähigkeiten, enorm zugenommen hat.

Neben der neuen Abteilung »Krisenprävention und Stabilisierung« im Auswärtigen Amt gibt es seit zwei Legislaturperioden im Bundestag den Unterausschuss zivile Krisenprävention. Es fällt mir auch in Plenardebatten auf. Hier werden nicht einfach Sprechzettel vorgelesen, sondern die Abgeordneten haben auch Fachkenntnisse.

Für die Zukunft erhoffe ich mir jedoch eine gezielte und systematische Förderung von Instrumenten und Schaffung weiterer Fähigkeiten im zivilen Bereich. Das fehlt mir bislang noch.

Kommen wir abschließend zum Weißbuch 2016. Als »strategische Priorität« sind die VN – im Gegensatz zu EU und NATO – dort nicht aufgeführt. Ist das ein Fehler?

Ich sehe das durchaus als Mangel am Weißbuch. Dennoch habe ich den Eindruck, dass die VN zumindest in der allgemeinen Rhetorik stärker betont werden. Es gibt das Eingeständnis, dass man besser werden muss.

Mit der Beteiligung an der MINUSMA-Mission in Mali hat das VN-Engagement auch einen erheblichen Sprung gemacht. Da ich jetzt über zwei Jahrzehnte zurückblicke und weiß, wie langsam Lernprozesse der Vergangenheit vorangingen, ist der Prozess der letzten Jahre vergleichsweise zügig.

Außerdem: wenn man sich derzeit häufig gebrauchte Redewendungen wie »die Welt gerät aus den Fugen« oder »globaler Werteverlust« ansieht, beziehen diese sich im Kern auf die Vereinten Nationen mit ihren Grundwerten, die in der Charta verankert sind. Das heißt, dass da noch ein Ort von Gemeinsamkeit vorhanden ist. Von daher sind die Vereinten Nationen nach meiner Auffassung wichtiger denn je.

Herr Nachtwei, wir danken Ihnen für das freundliche Gespräch.

...



VOM STROHFEUER ZUM DAUERBRENNER?

KOMMENTAR VON LENA STRAUSS

Deutschlands Beteiligung an der UN-Friedensmission MINUSMA in Mali wurde als eine Rückkehr zur multilateralen Unterstützung der Vereinten Nationen gewertet. Doch nun zeichnet sich eine Abschwächung des deutschen Engagements ab. Das wäre nicht nur in Anbetracht einer möglichen UN-Mission in der Ukraine eine Fehlentscheidung. Es würde auch den Verlust politischer Glaubwürdigkeit mit sich bringen und die aufflammenden Hoffnungen auf internationaler Ebene deutlich eindämmen, wenn nicht sogar auslöschen.

Deutschlands Beteiligung an der UN-Friedensmission in Mali wurde als eine Rückkehr zur multilateralen Unterstützung der Vereinten Nationen im Bereich der Friedensmissionen gefeiert. Doch im Sommer wird das deutsche Engagement in Westafrika wieder zurückzugehen und der lang angekündigte Abzug der deutschen Hubschrauber vollzogen werden. Gründe für diese Entscheidung umfassen unter anderem die klimatischen Belastungen des Materials vor Ort, aber auch die Engpässe in der Ausrüstung der Bundeswehr. Eigentlich war dieser Abzug schon für Ende 2017 geplant, dieser wurde jedoch nicht realisiert, da keine anderen Nationen entsprechende Kapazitäten zur Verfügung stellten.

Dieser Rückgang an deutschen Hochwertfähigkeiten schwächt den deutschen *Peacekeeping*-Anteil trotz der jüngsten Verlängerung und leichten Erhöhung der Mandatsobergrenze für den Auslandseinsatz der Bundeswehrsoldaten in Mali. Sollte sich dieser

Trend fortsetzen und weitere qualitativ hochwertige Beiträge Deutschlands abgezogen werden, läuft Deutschland Gefahr an politischer Glaubwürdigkeit zu verlieren sowie die aufflammenden Hoffnungen nicht erfüllen zu können und im schlimmsten Falle sogar auszulöschen, die an den nichtständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat 2019/20 geknüpft sind. Besondere Brisanz birgt in diesem Zusammenhang die aktuelle Diskussion um eine UN-Mission in der Ukraine, bei der sich für die Bundesregierung politisches sowie diplomatisches Potenzial böten.

Aktuell stellt die Bundeswehr für die Friedensmission MINUSMA (*Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali*) Aufklärungsfähigkeiten in Form von Drohnen (Heron) sowie Transporthubschraubern (NH-90) und Kampfhelikoptern (Tiger) zur Verfügung. Diese fliegen zum einen Rettungs- und Evakuierungseinsätze und unterstüt-

Foto: 180219_MINUSMA_Rettung_Wueste_Pieper_1W7A0735 von Bundeswehr/Oliver Pieper



In Mali ist die Bundeswehr im Rahmen der UN-Mission MINUSMA seit 2013 im Einsatz.

zen zum anderen die Bodentruppen von MINUSMA bei Patrouillen aus der Luft. Seit Dezember letzten Jahres steht Camp Castor, die UN-Militärbasis in der Nähe von Gao, unter deutscher Verantwortung und wird von Bundeswehrsoldaten mithilfe des Frühwarnsystems »Mantis« gesichert, das auch für den Schutz des UN-Camps in Gao

hatte sich Deutschland bereits früher in Mali engagiert, wobei sich diese Mission hauptsächlich im sicheren Süden Malis der Ausbildung und dem Training malischer Sicherheitskräfte widmete. Mit der schrittweisen Ausweitung der deutschen Beteiligung auf und dann auch innerhalb von MINUSMA unterstrich die Bundesregierung

Mehr Verantwortungsübernahme für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

sorgt. Im Laufe des Sommers werden die deutschen NH-90 und Tiger abgezogen werden, da in den letzten Wochen und Monaten endlich die benötigten Flugkapazitäten von El Salvador, Belgien und Kanada eingetroffen sind.

Der deutsche Beitrag zu dieser Blauhelmission umfasst damit nicht nur Personal, also Militär, Polizei- und Zivilkräfte, sondern auch materielle Kapazitäten. Die Rückkehr Deutschlands zu den Friedensmissionen der Vereinten Nationen in diesem Umfang ist von besonderer Bedeutung, da der Einsatz in Mali mit insgesamt 169 Toten seit seinem Beginn im April 2013 eine der tödlichsten Missionen der UN ist. Deutschlands Beitrag ist daher in New York, aber vor allem auch in Paris eine willkommene Unterstützung, da Frankreich maßgeblich die Missionsplanung und -autorisierung im Sicherheitsrat und im *Department for Peacekeeping Operations* forciert hatte.

Zum anderen beweist die Bundesregierung mit dem Einsatz ihre Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen, was der Bewerbung für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Nachdruck und Glaubwürdigkeit verleiht. Denn im Rahmen der Trainingsmission der Europäischen Union in Mali (EUTM)

ihren Anspruch, mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen zu übernehmen, wie er im Weißbuch von 2016 formuliert worden war.

Doch nicht nur zahlenmäßig, sondern auch geografisch wurde das deutsche Engagement auf den gefährlichen Norden ausgeweitet, in dem immer noch dschihadistische Gruppen Anschläge verüben und auch Personal und Lager der UN angreifen. Gleichzeitig verfolgt Deutschland in Mali den vernetzten Ansatz mithilfe von Projekten zur Grenzsicherung, dem Auf- und Ausbau der Infrastruktur sowie der Unterstützung des Stabilisierungs- und Friedensprozesses, unter anderem mithilfe des BMZ und der GIZ. Denn nur ein umfassender und inklusiver Ansatz, der die Konfliktdynamiken identifiziert und den Interdependenzen Rechnung trägt, die involvierten Akteure einbindet und somit sozio-ökonomische, politische und wirtschaftliche Herausforderungen angeht, kann einen nachhaltigen Frieden in Mali ermöglichen.

Ein Teil der Gleichung für eine erfolgreiche UN-Mission setzt sich folglich aus den Komponenten Militär, Personal und Material zusammen, wobei Deutschland in Mali bisher einen soliden Beitrag leistet und diesen auch weiterhin leisten und wo möglich

ausbauen soll. Weitere Variablen sind die Politik und die Diplomatie, die die Weichen auf internationaler und nationaler Ebene zum Frieden stellen müssen. So kann eine UN-Mission materiell und personell noch so gut ausgestattet sein, ihr Scheitern oder Erfolg ist von den politischen Gegebenheiten auf der nationalen Ebene sowie vom regionalen und internationalen Kontext abhängig.

Hinsichtlich der internationalen Verknüpfungen ist vor allem Frankreich aufgrund seiner historischen Beziehungen als ehemalige Kolonialmacht und seines Militäreinsatzes (*Operation Serval*) zu Beginn der Krise im Januar 2013 und der immer noch andauernden Nachfolgemission »*Barkhane*« eine treibende Kraft. Hinzu kommen die starken politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen Frankreichs mit Westafrika.

Im Gegensatz dazu spielt Deutschland eine wesentlich weniger einfluss-

reiche Rolle in Mali und hat somit weniger Möglichkeiten auf den politischen Friedensprozess einzuwirken. Dennoch sollte Deutschland sich von diesem komplexen Konflikt nicht abwenden und weiterhin sein Blauhelm-Engagement sowie politischen und diplomatischen Aktivitäten zielgerichtet einsetzen, damit Mali nicht das aktuell so viel beschworene »Afghanistan Westafrikas« wird.

In Bezug auf die deutsche Politik stellt sich in der Ukraine die umgekehrte Situation im Gegensatz zur Lage in Mali dar, wo Deutschland eine politisch und diplomatisch ungeordnete Rolle spielt. So ist die Bundesregierung in der Person von Angela Merkel und dem neuen Außenminister Heiko Maas, der bereits in die Ostukraine gereist ist, sehr aktiv. Seit Beginn der Ukraine Krise ist Deutschland, zusätzlich zu EU und OSZE, in den diversen Formaten zur Konfliktlösung diplomatisch engagiert.

Foto: OSCE SMM monitoring the movement of heavy weaponry in eastern Ukraine von OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine von / flickr / CC BY 2.0



Bislang überwacht nur die OSZE die Bewegung schwerer Waffen in den umkämpften Gebieten der Ostukraine.



Foto: Secretary Tillerson Shakes Hands With German Foreign Minister Gabriel in Washington von U.S. Department of State / Flickr / U.S. Government Works

Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel zu Besuch bei Rex Tillerson, dem ebenfalls damaligen Amtskollegen in Washington im August 2017 – beide sicherlich nicht ahnend, dass ab April 2018 jeder von ihnen Freiraum für neue Betätigung haben wird.

Im Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Ukraine, Russland) sowie auf bilateraler Ebene mit Russland und der Ukraine wurde ein Waffenstillstandsabkommen (Minsk II) ausgehandelt. Trotz des Abkommens und der damit verbundenen Entsendung der »Special Monitoring Mission to Ukraine« (SMM) durch die OSZE ist die Lage in der Ostukraine noch immer instabil, da die Kampfhandlungen noch andauern und die politischen Streitigkeiten nicht gelöst wurden.

Im September 2017 brachte der russische Präsident Wladimir Putin die Entsendung einer UN-Friedensmission ins Spiel. Dieser Vorschlag wurde im Herbst von der deutschen Regierung unterstützt und auch die amerikanische Administration bekundete ihre Zustimmung. Erst kürzlich begrüßte auch der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei Gesprächen mit Angela Merkel in Berlin die Entsendung einer Blauhelm-Mission in die Ukraine.

Diese bewaffnete Mission soll nicht nur Zivilisten beschützen, sondern auch die Umsetzung des Waffenstillstands und die OSZE-Beobachter in ihrer Mission unterstützen.

Dies hätte weitreichende Konsequenzen für die Situation in der Ukraine, da zum einen die OSZE-Beobachter unter dem Schutz von bewaffneten Blauhelm-Soldaten, die nicht nur eigenes Leben, sondern auch das der Beobachter unter dem Einsatz von Waffengewalt verteidigen dürften, stünden. Zum anderen wäre diese Mission, je nach Mandatierung, auch in der Lage das ukrainische Militär bei seinen Aufgaben zu unterstützen, die Implementierung des Friedensabkommens zu überwachen und sogar die Zivilbevölkerung vor bewaffneten Gruppierungen zu schützen.

Noch ist jedoch eine solche Mission weder mandatiert noch autorisiert, denn nicht nur der UN-Sicherheitsrat müsste zustimmen, sondern auch das

Einsatzland. Die Ukraine hat jedoch noch Vorbehalte gegenüber den Vorstellungen Russlands, insbesondere was die Zusammensetzung, das Einsatzgebiet und die genauen Aufgaben einer Mission betreffen.

Für Deutschland bietet sich hier die Chance die Ernsthaftigkeit seines UN-Engagements über die Zeit der Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat hinaus unter Beweis zu stellen und sein Potenzial in diesem Fall voll auszuschöpfen. So sollte die Bundesregierung ihren Einfluss innerhalb der UN und des Sicherheitsrats nutzen, um einerseits einen Kompromiss für eine Mission zwischen der Ukraine und Russland zu vermitteln, und andererseits um eine Mehrheit für die Mandatierung, Autorisierung und Entsendung einer Mission zu generieren.

In diesem Zusammenhang ist eine starke und geschlossene Haltung der EU von entscheidender Bedeutung und würde die Position Deutschlands gegenüber Russland stärken. Auch haben bereits einige Europäer, vor allem Schweden und Finnland, aber auch Irland, Österreich und die Schweiz ihre Bereitschaft für eine Beteiligung an so einer Mission signalisiert.

Um die deutschen Absichten allgemein im Hinblick auf Friedensmissionen der UN zu untermauern, sollte sich die Bundesregierung umfassend an einer Mission in der Ukraine beteiligen. Eine – zusätzlich zum politischen Engagement – auch personelle Einbindung in Form von militärischem, polizeilichem und zivilem Personal und Material würde die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft enorm stärken. Zusätzlich muss der politische Prozess zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine von Deutschland weiterhin mit Nachdruck vorangetrieben werden, da ohne die politische Dimension auch

potentiell entsandte Blauhelme im besten Falle nur den Status quo verwalten können.

Ein umfassender politischer und militärischer *Peacekeeping*-Ansatz der Bundesregierung könnte im Fall der Ukraine nicht nur einen neuen sicherheits- und außenpolitischen Schwerpunkt in Form einer deutschen Beteiligung an UN-Friedensmissionen unter Beweis stellen, sondern auch eine nachhaltige Lösung des Konfliktes zur Folge haben. Denn Friedensmissionen sind nicht für die Ewigkeit gedacht, sondern als Übergangslösungen bei der Transition vom Krieg zum Frieden.

Die kontinuierliche Fortführung des Auslandseinsatzes der deutschen Blauhelme in Mali und die Beteiligung an einer möglichen Mission in der Ukraine würden das Strohfeuer des deutschen Engagements zu einem Dauerbrenner werden lassen. So würde Deutschland auch nach der Wahl im Juni in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seinen Ambitionen im Bereich der Friedenssicherung und Konfliktlösung gerecht werden können. Dies würde entscheidende Fähigkeiten und politische Koalitionen mit sich bringen, die die Friedensmissionen der Vereinten Nationen zwingend brauchen, um erfolgreich zu sein.

Lena Strauß hat Politikwissenschaften und Security, Peace and Conflict an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Duke University in den USA studiert. Sie war als Projektassistentin der SWP im Projekt »Auslandseinsätze der Bundeswehr im Wandel« tätig. Die Autorin gibt ihre persönliche Meinung wieder.

...



**DEUTSCHLAND
KANDIDAT FÜR DEN
SICHERHEITSRAT
DER VEREINTEN NATIONEN
2019-20**

DABEISEIN IST ALLES

VON SAMIR FELICH

»Deutschland, eine Stimme für Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft in den Vereinten Nationen« - mit diesem Motto stellt sich Deutschland 2018 als Kandidat für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2019-2020 zur Wahl. Direkte Mitbewerber auf zwei Plätze sind Belgien und Israel, doch Deutschland ist gut aufgestellt.

»Werbung für Deutschland – Kein Wahlkampf gegen die Anderen«, so lässt sich der Einblick von Herrn Dr. Spinner vom Auswärtigen Amt im Rahmen seines Vortrages Die Bewerbung Deutschlands für den UN-Sicherheitsrat 2019-20 im Zuge der IX. Sicherheitspolitischen Aufbauakademie des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen zusammenfassen.

Das Ziel Deutschlands auch in der anstehenden Periode 2019/2020 einen der beiden zu besetzenden nicht-ständigen Sitze in der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erhalten, ist anspruchsvoll, aber erreichbar. Erklärtes Ziel sei es, im ersten Wahlgang die benötigte Zweidrittelmehrheit der Stimmen in der Generalversammlung der UN zu erhalten. Mit Belgien und Israel stellt sich allerdings eine ernsthafte Konkurrenz. Für Israel wäre es das erste Mal im Sicherheitsrat, für Belgien insgesamt die sechste Amtszeit.

Häufig als wichtigstes und mächtigstes Organ der Vereinten Nationen betrachtet, war der Sicherheitsrat in Zeiten des Kalten Krieges vor allem für die gegenseitige Blockade der Ost-West-Blockmächte, durch die Veto-Stimmrechte der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (P-5) bekannt. Heute befasst sich der Sicherheitsrat in seinen Sitzungen und Resolutionen auch mit Themen jenseits der klassischen Themenfelder der Außen- und Sicherheitspolitik: Klimaschutz, Gesundheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit oder Zugang zu Bildung sind keine Rarität mehr auf der Tagesordnung. Dies zeugt von einem erweiterten Verständnis der internationalen Staatengemeinschaft bezüglich Inhalt und Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit weltweit.

Die wichtigste Handlungsform des Sicherheitsrats bleiben allerdings seine

Resolutionen, die Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta zulassen. Der Sicherheitsrat trifft mit Bindungswirkung für alle Mitgliedstaaten die Entscheidung, welche Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens

Deutschland und der Sicherheitsrat

Bisher hat es die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland drei Mal (2011-2012; 2003-2004; 1995-1996), zwei Mal das ehemalige West-Deutschland (1987-1988; 1977-1978) und sogar einmalig die ehemalige DDR (1980-1981) geschafft in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt zu werden. Traditionell bewirbt sich Deutschland alle acht Jahre als Kandidat für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Dies geschieht unabhängig davon wie viele und welche Mitbewerber sich aus der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten ebenfalls bewerben.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist eines ihrer sechs Hauptorgane. Weitere Hauptorgane sind die Generalversammlung, der Wirtschafts- und Sozialrat, der Treuhandrat, der Internationale Gerichtshof und das Sekretariat. Neben der Generalversammlung wird der Sicherheitsrat als zentrales und wichtigstes Organ der Vereinten Nationen wahrgenommen. Diese Wahrnehmung folgt aus den Aufgaben des Sicherheitsrates nach Art. 24 UN-Charta, welcher dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zuweist. Daneben auch aus Art. 25 UN-Charta, wonach die Mitgliedstaaten übereinkommen, die Beschlüsse des Sicherheitsrates anzunehmen und durchzuführen.

oder bei Angriffshandlungen zu treffen sind. Die Autorisierung und Entsendung einer *Peacekeeping-* oder *Peacebuilding-Mission* entscheidet der Sicherheitsrat dabei unabhängig von der Generalversammlung. Der Resolutionseuphemismus »*to take all necessary measures*«, um die Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens zu gewährleisten, umfasst auch die Anwendung von militärischer Gewalt. Auf Grund des allgemeinen und völkerrechtlich anerkannten Gewaltverbotes, kodifiziert durch Artikel 2 der UN-Charta, wird der ausnahmsweise rechtmäßige Einsatz militärischer Gewalt, neben dem Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 und der obsoleten »Feindstaatenklausel«, nur im Rahmen von Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta aufgrund einer Resolution des Sicherheitsrates legitimiert. Der Sicherheitsrat gewährleistet so im Zentrum des Systems der kollektiven Sicherheit der Vereinten

Nationen die Sicherheit der einzelnen Mitgliedstaaten und der Staatengemeinschaft. Zur Durch- und Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen ist der Sicherheitsrat – sowie die Vereinten Nationen als Ganzes – mangels eigener Ressourcen und Streitkräfte allerdings immer auf die freiwillige Unterstützung der Mitgliedstaaten angewiesen. Für den bewaffneten Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland, sind Resolutionen des Sicherheitsrates, die militärische Gewalt autorisieren, regelmäßig die notwendige verfassungsrechtliche Voraussetzung, um einen Out-of-Area-Einsatz im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit durch den Bundestag beschließen zu können.

Seit der ersten und bisher einzigen Reform des Sicherheitsrates durch Resolution 1991 (XVIII) der Generalversammlung vom 17. Dezember 1963 stehen nach Artikel 23 der UN-Charta jenseits der P-5 zehn nicht-ständige



Foto: UN security council 2006 von Hu Tanya / wikipedia / CC BY-SA 3.0

Nicht nur dabei sein, sondern lieber mittendrin: der Sitzungssaal des Sicherheitsrates im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York.



UN-Einrichtungen sind nicht nur in New York zu finden. Seit 1996 hat der Internationale Seegerichtshof (ISGH) seinen Sitz in Hamburg.

Sitze für die Mitgliedstaaten zur Verfügung. Jedes Jahr werden seither fünf Mitgliedstaaten durch die Generalversammlung für eine zweijährige Amtszeit in den Sicherheitsrat gewählt. Gemäß der UN-Charta sollen bei der Auswahl dabei die folgenden Gesichtspunkte besonders berücksichtigt werden: »in erster Linie der Beitrag von Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der sonstigen Ziele der Organisation sowie ferner eine angemessene geographische Verteilung der Sitze.«

Faktisch wurde allerdings durch die Resolution 1991 entschieden, dass dieser Programmsatz der Charta so zu verstehen ist, dass die zehn nicht-ständigen Sitze auf die inoffiziellen Regionalgruppen zu verteilen sind. So entfallen traditionell fünf Sitze auf die Staaten aus Afrika und Asien (in der nachfolgenden Staatenpraxis in drei Sitze für Afrika und zwei Sitze für

Asien aufgeteilt), ein Sitz auf die osteuropäischen Staaten, zwei Sitze auf die lateinamerikanischen Staaten und zwei Sitze auf die westeuropäischen und anderen Staaten. Daraus entwickelte sich in der Praxis der Vereinten Nationen ein gleichbleibender Wahlrhythmus. Im Zweijahresturnus werden die beiden Sitze der westeuropäischen und anderen Staaten, sowie je ein Sitz aus der nunmehr Asien-Pazifik Gruppe (1 von insgesamt 2 Sitzen), der lateinamerikanischen und karibischen Gruppe (1 von insgesamt 2 Sitzen) und ein Sitz aus der afrikanischen Gruppe (1 von insgesamt 3 Sitzen) gewählt, wobei die zweijährige Amtszeit in ungeraden Jahreszahlen beginnt. Im darauffolgenden Jahr wird dementsprechend ein Platz aus der osteuropäischen Gruppe sowie die zwei verbleibenden Sitze der afrikanischen Gruppe und der jeweils weitere verbleibende Sitz der lateinamerikanischen und karibischen Gruppe und der asiatischen Gruppe gewählt, womit die

Amtszeit entsprechend in geraden Jahren beginnt. Durch diese Verteilung und den Wahlrhythmus wird angestrebt, einen geographischen und geopolitischen Ausgleich zu den P5-Mitgliedstaaten zu erzeugen.

An diesem Modell gibt es seit langem deutliche Kritik. Bislang aber scheiterten alle Versuche, den Sicherheitsrat zu reformieren, nicht zuletzt am Widerstand der bisherigen Vetomächte. Zwar wird es auch weiterhin solche Versuche geben, angesichts der derzeitigen weltpolitischen Lage scheint eine baldige Veränderung aber eher unwahrscheinlich. Das Deutschland den Status eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates, auch ohne Veto-Recht, in naher Zukunft erhält ist daher nicht erkennbar. So bleibt vorerst nur die Möglichkeit sich über einen nicht-ständigen Sitz in dieses wichtigste UN-Organ einzubringen.

Für die erfolgreiche Wahl in den Sicherheitsrat müsste Deutschland, wie alle Bewerberstaaten, eine Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung erhalten. Dabei gilt das Prinzip *»one state, one vote«*, was grundsätzlich bedeutet, dass mindestens 129 Stimmen auf einem Staat entfallen müssen, wenn sich alle der derzeitigen 193 stimmberechtigten Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an der Wahl beteiligen. Das Quorum der Zweidrittelmehrheit bemisst sich allerdings an der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen, so dass bei Enthaltungen die benötigte Gesamtzahl der Zweidrittelmehrheit auch niedriger liegen kann. Sollte in einem ersten Wahlgang keiner der um einen Sitz konkurrierenden Staaten die benötigte Zweidrittelmehrheit erreichen, wird eine begrenzte Stichwahl unter den beiden Staaten durchgeführt, welche die meisten Stimmen im vorherigen Wahlgang erreicht haben. Sollte nach drei geschlossenen Stichwahlrunden zwischen diesen zwei Kandidaten,

wobei Stimmen die für andere als die beiden Stichwahlstaaten abgegeben werden als ungültig gezählt werden, immer noch nicht die benötigte Mehrheit erreicht sein, so schließen sich erneut drei offene Wahlrunden an. Dieser Vorgang wird im Zweifel solange wiederholt, bis ein Staat die benötigte Mehrheit an Stimmen erreicht hat.

Wie bei anderen Wahlen auch betreiben die Kandidaten im Vorfeld dieser Abstimmung massiv Wahlkampf unter ihren potenziellen Wählern. Im UN-Kontext wird dieser jedoch nicht mit Plakaten und Wahlreden auf öffentlichen Plätzen vollzogen, sondern er findet eher bei Gesprächen hinter den Kulissen statt, in denen die Kandidatenländer die anderen stimmberechtigten Staaten davon überzeugen wollen, ihnen ihre Stimme zu versichern. Das dies im Einzelfall eine gewisse Basarmentalität fördert, bei der gerade ärmere Mitgliedsstaaten die Kandidatenländer in einen regelrechten Bieterwettstreit um ihre Stimmen antreten lassen, ist kein Geheimnis. Die Vergangenheit zeigt aber, dass auch ein solcher »Stimmenkauf« am Wahltag keineswegs den Erfolg garantiert. Anders als bei Bundes- oder Landtagswahlen bieten die Stimmauszählungen in der Generalversammlung nämlich öfter unerwartete Überraschungsmomente. Prognosen und Einschätzungen weichen bei Wahlen innerhalb der Vereinten Nationen, wie beispielsweise die zum Sicherheitsrat, am Ende regelmäßig deutlich von den tatsächlichen Ergebnissen am Wahltag ab. Die Opportunität der Staaten scheint im Rahmen der Vereinten Nationen unberechenbare Ausmaße anzunehmen. Praktisch bedeutet dies, dass zahlreiche Staaten den Kandidatenländern im Vorfeld Zusagen machen, am Wahltag dann aber anders abstimmen. So fasste der damalige australische UN-Botschafter Richard

Butler die unerwartete Wahlniederlage Australiens 1996 ganz undiplomatisch zusammen und sprach im Zusammenhang mit diesem Phänomen schlicht von den »*rotten lying bastards*«.

Um dieser Unwägbarkeit zu begegnen, greifen viele Staaten auf die durch den italienischen Diplomaten Paolo Fulci entwickelte Prognose-Formel zurück. Nach der »*Fulci-Formel*« sollte ein kandidierender Staat bei seiner Prognose demnach etwa 10 Prozent der schriftlich zugesagten Stimmen und weitere rund 20 Prozent der mündlich zugesagten Stimmen vorsorglich vom Endergebnis abziehen. Wenn die Kalkulation danach weiterhin oberhalb der benötigten Zweidrittelmehrheit verbleibe, könne halbwegs sicher mit einer erfolgreichen Wahl gerechnet werden.

Um die Fehleranfälligkeit der Prognosen und die Gefahr von falschen Versprechen zu mildern engagiert sich Deutschland, insbesondere auch in den Jahren vor der Wahl in vielen Regionen der Welt und durch direkte Kooperationen mit Staaten. Die Verknüpfung diverser und komplexer Themenbereiche, auch außerhalb des Alltags der deutschen Außenpolitik, zeugen von Deutschlands Selbstverständnis als partnerschaftlicher Akteur in der internationalen Gemeinschaft. So werden Handlungsansätze die im Bereich der Vernetzen Sicherheit, oder als Vernetzter Ansatz bekannt sind, auch in der Wahl(be)werbung sichtbar. Dabei stehen nicht nur etwaige Krisensituationen, die sich nur aus dem Zusammenspiel von politischen, zivilen und militärischen Mechanismen lösen lassen, im Fokus. Das partielle Zusammenspiel aus diesen Bereichen eignet sich ebenso in nicht-militärischen Situationen, um für Deutschland als Ganzes auf dem internationalen Parkett zu werben.

Dass Deutschland einen Beitrag,

insbesondere für Sicherheit und Frieden in der Welt, im Rahmen der Vereinten Nationen leistet und Verantwortung übernimmt, zeigt sich auch am zuletzt verstärkten militärischen Engagement im Rahmen von Friedensmissionen der Vereinten Nationen, wie etwa bei MINUSMA in Mali. Ein positives Bild von Deutschland kann neben dem aktiven Einsatz deutscher Soldaten und über klassische Entwicklungshilfe hinaus auch durch Ausbildungsunterstützung der Bundeswehr generiert werden. Durch den Einsatz von Mobile Training Teams der Bundeswehr – 2017 etwa in Ägypten und Guinea – leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag bei der Vorbereitung und Ausbildung von Soldaten dieser Staaten für UN-Friedensmissionen. Ein gesamtheitlicher Ansatz von ziviler, politischer und auch militärischer Unterstützung in der Region Afrika, zeigt den dort ansässigen Staaten, dass Deutschland ein verlässlicher und engagierter Partner im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ist.

Auch über klassischerweise dem Sicherheitsbegriff zugeordnete Themen wie Friedensmissionen hinaus, setzt sich Deutschland international ein. Mit der Durchführung der UN-Klimakonferenz in Bonn im Jahr 2017 zeigte Deutschland, dass es den Klimawandel im internationalen Bewusstsein aufrechterhalten will. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit konnte so ein dezentes Zeichen gesetzt werden, dass Deutschland sich auch für die Belange von Kleinststaaten einsetzt. Während Fidschi als vom Klimawandel besonders betroffener Staat den Vorsitz der Konferenz innehatte, übernahm Deutschland die Rolle des technischen Ausrichters. Mit bereitgestellten rund 120 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt, zeigte Deutschland durch ein ziviles-politisches Engagement, dass die internationale Zusammenarbeit in

Klimafragen eine wichtige Rolle spielt. Darüber hinaus befinden sich eine Vielzahl von UN-Institutionen auch in Deutschland; der Internationale Seegerichtshof in Hamburg und der UN-Campus in Bonn sind darunter besonders hervorzuheben. Als jeweils viertgrößter Beitragszahler zum regulären UN-Haushalt und zur gesonderten finanziellen Unterstützung der Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen, unterstützt Deutschland zudem auch materiell die Idee und Umsetzung der Vereinten Nationen als Weltforum und Garant von Frieden und Sicherheit in der Welt. All dies sind gute Punkte bei der Jagd nach den Stimmen der Mitgliedsstaaten bei einer Bewerbung für den Sicherheitsrat.

Das soll allerdings nicht heißen, dass diese Beispiele aus neuerer Zeit einen reinen Wahlwerbungsaktionismus darstellen. Die Bewerbung bei der anstehenden Wahl um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat fügt sich vielmehr in ein ganzheitliches, dauerhaftes Engagement Deutschlands im Rahmen der Vereinten Nationen ein. Denn »Deutschland für Frieden, Gerechtigkeit, Innovation und Partnerschaft in den Vereinten Nationen« ist nicht auf ein Engagement im Rahmen der Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat beschränkter Leitsatz. Die beständige umfangreiche wirtschaftliche Förderung der Vereinten Nationen und seine Rolle als Fürsprecher für unterschiedlichste nationale und internationale Belange, sind Ausdruck des internationalen Verantwortungsbewusstseins Deutschlands. Eine erfolgreiche Wahl würde die bisherige positive Reputation Deutschlands in der internationalen Staatengemeinschaft bestätigen und dem eigenen Anspruch eine verantwortungsvolle Rolle in Weltgemeinschaft zu übernehmen, gerecht werden. Trotz aller Unwägbarkeiten ist Deutschland gut aufgestellt, ab 2019 für zwei Jahre

einen der verantwortungsvollen nichtständigen Sitze des Sicherheitsrates zu erhalten. Voraussichtlich am 8. Juni 2018 findet die Wahl der Generalversammlung statt. Im Auswärtigen Amt ist man jedenfalls zuversichtlich, dass die Wahl gelingen werde.

Samir Felich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln und Doktorand im Völkerrecht.

...

Anm. der Redaktion: Nach dem Redaktionsschluss, wurde Deutschland zwischenzeitlich am 8. Juni 2018 mit 184 Stimmen, bei zwei Enthaltungen in den Sicherheitsrat der UN gewählt. Von einer Veränderung des Textes wurde abgesehen.

Quellen und Links:

[Webseite des AA mit Informationen zu Bewerbung Deutschlands](#)

[Webseite der Belgischen Kandidatur](#)

[Webseite des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen](#)

[Einführungsliteratur zu den Vereinten Nationen: BPB Schriftenreihe \(Bd. 1446\). Die Vereinten Nationen – Aufgaben, Instrumente und Reformen. Sven Bernhard Gareis / Johannes Varwick, 5. Auflage, Bonn 2014.](#)

Sabine von Schorlemer (Hrsg.), *Praxishandbuch UNO. Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen*, Berlin Heidelberg 2003.

Nico Schrijver, *Reforming the UN Security Council in Pursuance of Collective Security*, in: *Journal of Conflict & Security Law*, 2007 S. 127-138.



TABUBRUCH ODER NEUAUSRICHTUNG?

KOMMENTAR VON SVEN MORGEN

In seiner Rede beim Berliner Forum Außenpolitik der Körber-Stiftung im Dezember 2017 kritisierte der damalige Außenminister Sigmar Gabriel das Strategiedefizit der Deutschen und skizziert die Grundzüge einer strategischeren Außenpolitik Deutschlands und Europas. Doch welche Idee von Strategie steht hinter der Rede und welches Verständnis von Moral und Recht wollte Gabriel der deutschen Außenpolitik künftig zugrunde legen?

Das breitere Medienecho zur »Grundsatzrede zur Außenpolitik« von Außenminister Sigmar Gabriel vom 5. Dezember 2017 beim Berliner Forum Außenpolitik der Körber-Stiftung thematisierte überwiegend die – vermeintliche – Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik gegenüber den USA. Gabriels Rede hält jedoch auch einige andere Gedanken bereit, die einige Fragen aufwerfen und daher dringend einer strategietheoretischen Betrachtung bedürfen.

Denn Gabriels eigentliche Kernbotschaft ist, dass es für die Deutschen schwierig sei, »ein strategisches Verhältnis zur Außenpolitik zu finden«. Deutschland, beziehungsweise die EU, bräuchten jedoch dringend eine »geostrategische Idee«, wie sie China mit der »neuen Seidenstraße« verfolgt. In der Rede umreißt Gabriel den Punkt des Strategiedefizits wie folgt:

»[Herfried Münkler] beklagt eine deutsche ›Fixierung auf das Recht als Bewältigungsform politischer Herausforderungen‹, die fast einer Realitätsverweigerung gleich komme [sic!]. Man traue sich nicht, schonungslos zu analysieren, was wirklich passiere. Stattdessen, so Münkler, schweife der Blick stets zum ›Horizont moralischer Normen und Imperative‹. Was fehle, sei ›politisch-strategisches Denken‹.«

In seiner Argumentation stützt sich Gabriel also auf den Politikwissenschaftler Herfried Münkler, dessen Gedanken als »ideengeschichtlicher« Hintergrund für Gabriels Rede und Denken zum Thema »Strategie« gesehen werden können. Deswegen lohnt es sich, ein wenig Quellenstudium zu betreiben und die entsprechenden Ausführungen Münklers genauer zu betrachten.

Dieser entwickelt seine Überlegungen zur Strategiefähigkeit der Deutschen etwa im Rahmen seines jüngsten Buches zum Dreißigjährigen Krieg. Hier formuliert er ein »gravierende[s]

Defizit an strategischem Denken in der politisch interessierten deutschen Öffentlichkeit« und führt dafür folgenden Grund an:

»Stark vereinfacht kann man vielleicht sagen, dass die vorherrschende Reaktion auf politikstrategische Herausforderungen hierzulande der Verweis auf juridische Regelungen ist, zumeist solche des Völkerrechts [...].«

In seinen Ausführungen kritisiert Münkler den Ansatz, bei politikstrategischen Herausforderungen auf die Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts zurückzugreifen.

»Wer die Vorgeschichte und die ersten Jahre des Krieges studiert, wird gegenüber der Fixierung auf das Recht als Bewältigungsform politischer Herausforderungen skeptisch werden und darüber nachdenken, ob nicht strategische Kompromissbildung sinnvoller ist als das dogmatische Insistieren auf rechtliche Bestimmungen.«

Münkler wirbt hier dafür, das juridische Beharren auf rechtliche Bestimmungen zurückzustellen und stattdessen »strategische Kompromissbildung« anzustreben. Was genau mit »strategischer Kompromissbildung« gemeint ist, wird nicht explizit deutlich. Der Bezugsrahmen und die von Münkler selbst angebrachten Beispiele lassen aber darauf schließen, dass damit durchaus eine Abwertung beziehungsweise Zurückstellung des Völkerrechts zugunsten – vermeintlich realistischer – Machtpolitik verstanden werden kann.

Neben der Fixierung Deutschlands auf rechtliche Bestimmungen identifiziert Münkler indes noch einen weiteren Punkt, der aus seiner Sicht unser strategisches Denken und Handeln beschränkt:

»Neben dem Reaktionsmodell des Rechtlichen steht hierzulande das des Moralischen. Die Erörterung politischer Herausforderungen im Horizont moralischer Normen und Imperative ist

vielfach an die Stelle strategischen Denkens getreten.«

Hier plädiert Münkler also dafür, in politisch-strategischen Fragen moralische Argumente gegenüber strategischen Erwägungen zurückzustellen. Der Dreißigjährige Krieg ist für ihn ein gutes Beispiel dafür, dass es ohne eine solche Abkehr von moralischen Bedenken zu keinem Friedensschluss kommen kann. Gabriel wiederum bezieht sich in seiner Argumentation explizit auf Münkler, der dafür wirbt, Außenpolitik nicht an »in Frage gestelltem« (=juridisch) Völkerrecht zu orientieren.

Andererseits betont er in seiner Rede aber explizit, »dass wir uns mit Hilfe der Instrumente des internationalen Systems für die essentielle humanitäre Hilfe und völkerrechtliche Prinzipien einsetzen. Das muss auch weiter außer Frage stehen. [...] Auf dieser Basis und mit einem klaren Wertekompass sollten wir dann beherzt für das kämpfen, was wir bewahren und was wir erreichen wollen.

Und zwar ohne überdimensionierte moralische oder normative Scheuklappen und mit der Bereitschaft zur – wie

lich aussehen.

Deutlich wird aber, dass Gabriel sich hier für eine selektive Wahrnehmung und Ausübung moralischer und normativer Vorgaben ausspricht – ein Ansatz den andere Akteure (etwa die USA, Russland oder China) verfolgen und damit Erfolg haben, der jedoch überhaupt nicht dafür geeignet ist, die Bindewirkung des Völkerrechts zu erhöhen. Das hier propagierte selektive Einhalten von Regeln widerspricht vollständig der – von Gabriel im vorhergehenden Teil der Rede entworfenen und präferierten – »G-X-Welt«, welche auf »Ordnungsverbindlichkeit« und »verbindlichen Regeln und Strukturen« beruhen sollte und in der eben nicht im realistischen Sinne die Machtverhältnisse der Akteure entscheidend wären. Hier werden in der Rede und in der Argumentation Gabriels Inkonsistenzen und Widersprüche deutlich, die einer Klärung bedürfen.

Münkler stellt in seinen Ausführungen in diesem Kontext die rhetorische Frage, ob »strategische Kompromissbildung« nicht »sinnvoller ist als das dogmatische Insistieren auf rechtlichen Bestimmungen«. Mit diesem

Recht und Moral sind wichtige Faktoren der strategischen Kultur.

Münkler schreibt – »strategischen Kompromissbildung«. Was genau dieser »Wertekompass« beinhaltet, wenn nicht die konsequente Orientierung an moralischen und rechtlichen Vorgaben, wird nicht weiter ausgeführt. Auch die Formulierung der »überdimensionierten Scheuklappen« wirft unweigerlich die Frage auf, wie »normaldimensionierte« moralische oder normative Scheuklappen eigent-

»ideengeschichtlichen« Hintergrundwissen aber können – oder müssen – Gabriels Aussagen so verstanden werden, dass er es befürwortet, die völkerrechtlichen Beschränkungen außenpolitischen Handelns aufzuweichen oder ganz aufzugeben, um »strategisch« und somit »effektiv« handeln zu können.

Das würde jedoch in der Konsequenz die Abkehr vom deutschen



Herfried Münkler gilt auch aufgrund seines Status als geschätzter Gesprächspartner für Politiker, Medien und Symposien als Deutschlands Vorzeige-Politologe.

Zivilmachtverständnis und eine Neu- ausrichtung der deutschen Außenpoli- tik bedeuten, da dies der bisherigen strategischen Kultur Deutschlands diametral zuwiderläuft. Münkler, und damit auch Gabriel, konstruieren somit einen anscheinend unversöhnlichen Gegensatz beziehungsweise Wider- spruch zwischen Moral und Recht auf der einen und strategischem Denken auf der anderen Seite. Nur wer im Zweifelsfall bereit ist, amoralisch zu handeln und sich nicht an Recht zu halten, könne letztlich strategisch und effektiv agieren.

Aus strategietheoretischer Perspek- tive sind Recht und Moral aber keine Hindernisse für effektive Strategie, sondern wichtige Faktoren der strate- gischen Kultur und des ›strategic environment‹, die Ausgangspunkt für strategisches Denken und Handeln sind. Denn die strategische Kultur eines Landes wird von vielen Faktoren geprägt, unter anderem von histori-

schen Erfahrungen, strukturellen und politischen Gegebenheiten. Deutsch- lands strategische Kultur misst dem Primat des Völkerrechts höchste Bedeutung zu.

Ursächlich sind dafür Faktoren politischer (Einstellungen der Öffent- lichkeit; außenpolitischer Konsensus zwischen den meisten Parteien), juristischer (beispielsweise das Grund- gesetz und dessen Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht) und struk- tureller (also beispielsweise Parla- mentsbeteiligungsgesetz, das dem Bundestag die Mitbestimmung bei militärischen Einsätzen garantiert) Natur.

Widerspricht politisch-strategisches Handeln der vorherrschenden strate- gischen Kultur, so kann dieses Handeln nicht nachhaltig effektiv sein, weil es keine politische Legitimation und keine Zustimmung der Bevölkerung generieren kann. Mit der Absage an Recht und Moral, die zu einer strategi-

scheren und effektiveren Außenpolitik führen soll, ›befreit‹ Gabriel die deutsche Außenpolitik also nicht von einer Last, sondern verkennt und negiert die strategisch-kulturelle Identität Deutschlands, die bestimmt, welche außenpolitischen Ziele erstrebenswert und welche Mittel zu deren Erreichung angemessen sind.

Gabriel und Münkler unterliegen einem Trugschluss, wenn sie strategisches Denken allein aus einer realistischen, also macht- oder sogar militärfixierten, Perspektive betrachten und den Strategiebegriff allein mit amorali-scher Effektivität gleichsetzen. Strategie bedeutet vielmehr rationales, vorausschauenden und kohärentes Denken und Handeln sowie die Orchestrierung aller zur Verfügung stehenden Mittel (auch Macht) zur Erreichung eines mittel- und langfristigen Zieles, bei Berücksichtigung des

strategischen Umfelds, welches eben auch moralische und rechtliche Handlungsbeschränkungen umfassen kann. Effektivität ist dabei nur einer von vielen Faktoren, die ›gute‹ Strategien ausmachen.

Gabriels echte Faszination für das chinesische geostrategische Projekt der ›neuen Seidenstraße‹ und der durchscheinende Respekt für die »hohe Effektivität« des außenpolitischen Verhaltens der »anderen Akteure« (wahrscheinlich sind hier vor allem Russland und die USA gemeint) in Syrien lassen vermuten, dass Gabriel eine eher machtbasierte deutsche beziehungsweise europäische Außenpolitik anstrebt, die sich nicht immer an »verbindliche Regeln« klammern solle. So gesehen strebt Gabriel nicht eine G-X-Welt an, sondern eher die von ihm mit »Regellosigkeit« charakterisierte ›G-Null-Welt‹ oder eine min-

Foto: Kanzlerin Merkel in China von Bergmann / Bundesregierung / Public Domain



Bis nach Duisburg? Die neue Seidenstraße soll auf ihrer nördlichen Route im Ruhrgebiet enden. Doch gibt es sowohl zu den chinesischen Ambitionen als auch zu einer deutschen Mitbeteiligung weiterhin Gesprächsbedarf. So vermutlich auch bei dem jüngsten Besuch von Bundeskanzlerin Merkel bei Staatspräsident Xi Jinping im Mai 2018.

destens ›G-Drei-Welt‹ mit einem machtpolitisch selbstbewussten und handlungsfähigen Europa, welches sich mit »operationalisierter Macht« gegenüber den USA und China (sowie Russland?) behauptet und in den für Europa entscheidenden Regionen durchsetzungstark auftritt.

Aus strategietheoretischer Sicht ist die Rede, etwa entsprechend dem Modell der Hamburger Politik-

Agenda-Setting und setzte einen durchaus streitbaren Punkt, der eine strategische Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik begründen könnte.

Die Rede wirft damit aber grundlegende Fragen auf, die eigentlich einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit und gesellschaftlichen Debatte bedürften. Inwieweit die Rede nur ein versteckter Tabubruch des ehemaligen

Effektivität ist nur einer von vielen Faktoren, die ›gute‹ Strategien ausmachen.

wissenschaftler Ralf Tils und Joachim Raschke, in der ersten von zwei Phasen eines gegenwärtig laufenden Strategieprozesses anzusiedeln. Zu dieser ersten Phase gehören dabei unter anderem Problemidentifikation und Agenda-Setting. Die Rede identifiziert das Problem der mangelnden Strategiefähigkeit Deutschlands, und knüpft somit an eine bestehende Diskussion an, die zuletzt etwa Jan Techau und Leon Mangasarin mit ihrem Buch ›Führungsmacht Deutschland‹ befeuert hatten.

Besonderes Gewicht erhält sie dabei aber dadurch, dass hier nicht irgendein Experte, sondern der höchste außenpolitische Amtsträger Gedanken und Argumente zur Strategie Deutschlands entwickelte und kommunizierte. In der Rede wird, in der Zusammenschau mit den Ausführungen von Herfried Münkler als ideengeschichtlicher Hintergrund, eine Präferenz des Außenministers für eine vermeintlich effektive und realistische geostrategische Außenpolitik deutlich, die sich von Moral und Völkerrecht löst. Gabriel betrieb so mit seiner Rede

Außenministers war oder, unter Heiko Maas weiterverfolgt, eben doch der strategische Neustart der deutschen und europäischen Außenpolitik ist, wird sich erst in Zukunft durch konkretes Handeln und weitere Diskussionen zeigen.

Sven Morgen ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

...

Quellen und Links:

[Die Rede Sigmar Gabriels beim ›Forum Außenpolitik‹ der Körber-Stiftung vom 5. Dezember 2017](#)

[Die Webpräsenz des ›Berlin Foreign Policy Forum‹ der Körber-Stiftung](#)

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der ADLAS ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Laura Brehme (lbr), Stefan Dölling (doe) (V.i.S.d.P.), Jan Fuhrmann (fuh), Björn Hawlitschka (haw), Philipp Janssen (jap), Stefan Mehrens (stm), Leonie Munk (mun), Moritz Rudolph (rud), Mirjan Schulz (msc)

Layout: Björn Hawlitschka

Autoren: Samir Felich, Jan Fuhrmann, Anne-Kathrin Herlitze, Lina-Marieke Hilgert, Leo Hoffmann-Axthelm, Karl-Heinz Kamp, Mathias Krämer, Markus B. Liegl, Stefan Lukas, Sven Morgen, Sebastian Nieke, Moritz Rudolph, Dirk Schuchardt, Lena Strauß, Oliver Teige

Danke: Marc & VdRBw

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder.

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen.

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

...

